

DIE POLITISCHE ARBEIT DER SPD SCHLESWIG- HOLSTEIN 2023-2025

Bericht zum
ordentlichen Landesparteitag
am 10. und 11. Mai 2025
in Husum

ARBEITEN & RELAXEN AM SEE!

Unser Konferenzhotel am Kelersee, im Herzen der Holsteinischen Schweiz gelegen, bietet einen besonderen Rahmen für Klausurtagungen und Workshops. Das gesamte Haus ist frisch saniert, alle Zimmer verfügen über bequeme Boxspringbetten und eine moderne Einrichtung.

Ausgestattet mit Badesteg und Ruderbooten, Bibliothek, Billardraum und unserer elegant gestalteten Bar „Zum Gustav“ bietet das Haus viele Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung vor Ort. Für alle Gliederungen der SPD gibt es 10 % Nachlass auf die Gesamtrechnung.



INHALT

01

04 DIE ARBEIT DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN

- 05 Bericht des Landesvorstandes
- 16 Bericht des Schatzmeisters
- 20 Bericht der Revisionskommission
- 22 Bericht des Landesparteirats
- 23 Bericht der Landesschiedskommission
- 24 Bericht der Landesgeschäftsführerin
- 30 Politische Bildungsarbeit
- 32 Bericht ordentlicher Landesparteitag Husum 2023
- 33 Bericht Landeswahlkonferenz Europa 2023
- 34 Bericht Landeswahlkonferenz Bundestagswahl 2024

02

36 ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND FOREN

- 37 Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA)
- 39 Arbeitsgemeinschaft Migration & Vielfalt
- 40 Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)
- 42 Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen (AGS)
- 43 Arbeitsgemeinschaft für Senior*innen (AG 60PLUS)
- 44 Arbeitsgemeinschaft SPD Frauen
- 45 Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Jurist*innen (ASJ)
- 46 Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokrat*innen im Gesundheitswesen (ASG)
- 48 Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)
- 49 Umweltforum

- 51 SKG – Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik e.V.
- 52 Geschichtswerkstatt

03

54 DIE ARBEIT DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

- 55 Politik ohne Soziales ist wie Schleswig ohne Holstein

04

70 BERICHTE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

- 71 Die Arbeit der Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten
- 74 Sönke Rix
- 78 Dr. Nina Scheer
- 82 Dr. Ralf Stegner
- 85 Bettina Hagedorn
- 88 Tim Klüssendorf
- 91 Bengt Bergt
- 94 Mathias Stein
- 96 Dr. Kristian Klinck

05

98 DIE ARBEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

- 99 Delara Burkhardt, MdEP

Der vorgezogene Termin zur Bundestagswahl und der Redaktionsschluss für die meisten Berichte überschnitt sich, deswegen konnten nicht alle Berichte auf die Wahl eingehen.

DIE ARBEIT DER SPD SH

01



BERICHT DES LANDESVORSTANDES

Liebe Genossinnen und Genossen,
von Anfang an war klar, dass die nun abgelaufene Amtszeit des Landesvorstands insbesondere im Zeichen der anstehenden Wahlen stehen würde. Mit dem Landesparteitag im Februar 2023 in die Kommunalwahl gestartet, folgte im Frühsommer 2024 schon die Europawahl. Direkt danach begannen die Vorbereitungen für den Bundestagwahlkampf, der letztlich wegen der Sabotageaktion der FDP deutlich früher als erwartet begonnen hat. Gleichzeitig hat sich der Vorstand vorgenommen, die ersten Meilensteine auf dem Weg zur Landtagswahl 2027 in Angriff zu nehmen. Denn unabhängig vom konkreten Termin war klar: Nach der Bundestagswahl wird der Fokus sofort auf den Wahlsieg bei der nächsten Landtagswahl gelegt!



KOMMUNALWAHL 2023

Mit dem Beschluss des Parteitags vom Februar 2023 in Husum haben wir den Startschuss für den Kommunalwahlkampf gegeben. Unter dem Motto „Soziale Politik für Schleswig-Holstein. Für Dich vor Ort.“ haben wir acht Schwerpunkte für unsere Politik in den Gemeinden, Städten und Kreisen festgelegt und sind alle gemeinsam in einen energischen Wahlkampf um die kommunalen Mandate gegangen. Im ganzen Land sind rund 5.000 Genoss*innen auf den Listen und in den Wahlkreisen für ihre kommunalen Gremien angetreten. Damit waren wir wieder fast im gesamten Land präsent und haben um Stimmen geworben. Die Landesgeschäftsstelle stand dabei den Ortsvereinen und Kreisverbänden als Dienstleisterin aktiv zur Seite und hat viele gelungene, organisatorische Rahmenangebote für den Wahlkampf vor Ort gemacht.

Leider mussten wir im Landesschnitt gegenüber der Wahl in 2018 Verluste hinnehmen. Mit 19,4% der Stimmen konnten wir aber den zweiten Platz im Land trotz aller Unkenrufe von den Grünen im Vergleich zur Landtagswahl zurückgewinnen. Auch haben wir einige herausragende Erfolge zum Beispiel in Eckernförde mit einem Plus von fast 10 Prozentpunkten oder in Osdorf mit absoluter Mehrheit in der Gemeindevertretung feiern können. Die durchschnittliche Wahlbeteiligung von 49,4 % ist für uns allerdings ernüchternd.



Direkt nach der Kommunalwahl gaben wir zur Begleitung der Genoss*innen im Umgang mit der AfD in kommunalen Vertretungen einen aktualisierten Leitfaden heraus und trafen auch eine gemeinsame Vereinbarung mit den im Landtag vertretenen Parteien zum einheitlichen Umgang vor Ort. Insbesondere wollten wir damit verhindern, dass durch mögliche Vorschlagsrechte Politiker*innen der AfD in kommunale Funktionen gewählt werden, was vielerorts auch gelungen ist.



EUROPAWAHL 2024

Mit Svenja Schulze als Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung läuteten wir im November 2023 den Europawahlkampf ein. Bei der Landeswahlkonferenz wurde unsere Europaabgeordnete Delara Burkhardt erneut als Kandidatin für die SPD Schleswig-Holstein nominiert.

Der Parteitag setzte dabei mit dem Beschluss „Damit es besser anders wird“ unsere Schwerpunkte zur Wahl für ein soziales, souveränes, nachhaltiges, demokratisches, grenzüberschreitendes und solidarisches Europa.

Auf der Europadelegiertenkonferenz zur Aufstellung der Bundesliste im Januar 2024 erhielt Delara schließlich mit Listenplatz 9 eine aussichtsreiche Position für ein erneutes Mandat im Europäischen Parlament.

Ein besonderer Fokus für uns im Wahlkampf war die Stärkung eines demokratischen und sozialen Europas – nicht zuletzt wegen der Enthüllungen um die Deportationspläne der AfD und der erstarkenden politischen Rechten in ganz Europa. Vor allem mit unserer Spitzenkandidatin Katarina Barley, die auch in Schleswig-Holstein während des Wahlkampfs zu Gast war, konnten wir diese Themen ausdrucksstark verbinden.

In die heiße Phase des Wahlkampfs sind wir dann Ende April bei fast sommerlichen Temperaturen mit unserem damaligen SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert als Guest an gleich mehreren Orten im Land gestartet. In Kiel, Timmendorfer Strand und Lübeck kamen viele hundert Menschen zusammen, um im Format „Wir müssen reden“ in den Austausch mit Kevin Kühnert, Delara Burkhardt und Serpil Midyatli zu gehen.



Foto: Alexander Wagner



Foto: Lina Klees



In Schleswig-Holstein konnten wir mit 16,7 % der Stimmen unser Ergebnis der vorherigen Wahl nahezu halten. Wir gewannen absolut sogar rund 17.500 Stimmen hinzu, verloren relativ allerdings wegen der höheren Wahlbeteiligung 0,4 Prozentpunkte gegenüber 2019. Zwar ausgehend von einem schon niedrigen Niveau lagen wir damit als Nord-SPD fast 3 Prozentpunkte über dem Bundesschnitt der SPD und lagen auch bei dieser Wahl vor den Grünen in Schleswig-Holstein.

BUNDESTAGSWAHL 2025

Bereits im Sommer 2024 begannen die konkreten Planungen für den Bundestagwahlkampf. Im September wurden die ersten Kandidat*innen in den Wahlkreisen nominiert und die Programmkommission beim Parteivorstand hat, auch unter Leitung einer Arbeitsgruppe von Serpil, ihre Arbeit frühzeitig aufgenommen. Wie wichtig dieser frühzeitige Einstieg in die Vorbereitungen wurde, wurde uns erst am 6. November klar, als Olaf Scholz den Finanzminister aus der Regierung entließ und damit die Ampel-Koalition ein Ende fand. In der Folge wurde immer deutlicher, dass die FDP den Bruch der Koalition mutwillig herbeigeführt hat. Solch einen politischen Sabotageakt aus der Regierung heraus hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben. Umso selbstbewusster konnten wir schließlich aus dem Ende der Koalition einen Neuanfang für die vorgezogenen Bundestagswahlen starten. Wir danken an dieser Stelle allen in unserem Landesverband, die dazu beigetragen haben, dass diese kurzfristige, aber nötige Umstellung aller Planungen möglich werden konnte. Ob Kandidat*innen, Ortsvereine und Kreisvorstände oder das gesamte Hauptamt. Von jetzt auf gleich schalteten wir in den Wahlkampfmodus.

Mit der Landeswahlkonferenz am 7. Dezember 2024 gelang uns ein guter Auftakt zur Bundestagswahl mit der Wahl unserer Landesliste mit Tim Klüssendorf und Nina Scheer als unserem Spitzenduo für Berlin. Und mit dem Besuch von Olaf Scholz am 18. Januar 2025 in Lübeck sind wir mit einer großen und eindrucksvollen Veranstaltung in die kurze Schlussphase des Wahlkampfs gegangen. Zudem konnten wir darüber hinaus noch weitere Parteiprominenz bei uns als Gäste begrüßen: Mit Saskia Esken, Lars Klingbeil, Matthias Miersch und Rolf Mützenich war fast die gesamte Führungsspitze der Partei bei uns im Norden im Wahlkampfeinsatz.

Unsere elf Direktkandidat*innen haben in ihren Wahlkreisen beeindruckende Aktionen auf die Beine gestellt, die Genoss*innen haben an insgesamt mehrere zehntausend Türen geklopft und die Ortsvereine und Kreisverbände für eine mehr als sichtbare SPD in ganz Schleswig-Holstein gesorgt – auch in den sozialen Netzwerken.

Wir wussten aber, dass die Ausgangslage für uns herausfordernd war. Über Monate lagen wir in den Umfragen deutlich unter 20 Prozent. Und auch im Schlussspurt bis zum 23. Februar ist es uns nicht gelungen, mit unseren eigenen Schwerpunkten durchzudringen. Zu sehr war die öffentliche Debatte geprägt vom Thema Migration und zu groß der Frust über die von Streit geprägte Ampel-Regierungszeit.

Mit 18,8 Prozent in Schleswig-Holstein konnten wir uns wieder deutlich vom Bundestrend nach oben absetzen und stabilisieren zum dritten Mal in Folge Rang 2 im Land vor den Grünen. Trotzdem kann uns das Ergebnis nicht zufrieden stellen; wir haben für mehr gekämpft. Aber unter der schwierigen Ausgangslage mit einer weiterhin stimmenstarken CDU in Schleswig-Holstein zeigt sich zumindest mittelfristig, dass wir den Anschluss an die Union bei uns im Land nicht verloren haben und uns gleichzeitig im Gegensatz zu 2022 dauerhaft wieder vor den Grünen etablieren konnten. Das ist nun die Ausgangslage, mit der wir in das Frühjahr 2027 aufbrechen.

Leider gelang es uns nur, 5 unserer bisher 8 Mandate zu verteidigen. In allen Wahlkreisen lagen wir bei den Zweitstimmen hinter der Union. Einen absoluten Achtungserfolg konnte unser Spitzenkandidat Tim Klüssendorf in Lübeck erringen, wo er den Wahlkreis als einzigen im Land mit klarem Vorsprung bei den Erststimmen als Direktkandidat gewonnen hat. Doch auch in Lübeck lag die CDU bei den Zweitstimmen vor uns.

Unsere neue Landesgruppe besteht nun aus den folgenden Abgeordneten: Tim Klüssendorf, Dr. Nina Scheer, Dr. Ralf Stegner, Bettina Hagedorn und Truels Reichardt.



Fotos: Tim Dürbrook



Der Aufarbeitungsprozess hat bereits neben den Koalitionsverhandlungen begonnen. Mit einem vorgezogenen ordentlichen Bundesparteitag Ende Juni 2025 wird die Partei ihre Führung neu aufstellen können. Gleichzeitig sind zentrale Veränderungen auch in unserer Arbeits- und Organisationsstruktur geplant, die nun zügig umgesetzt werden sollen. Für all das hat der Parteivorstand bereits direkt nach der Bundestagswahl die nötigen Beschlüsse gefasst.

UNSER „MOSAIK“ FÜR 2027

Zum Beginn seiner Amtszeit hat sich der Landesvorstand auf die Vorstandesarbeit in vier Projektgruppen verständigt. Mit den Schwerpunkten Organisationsentwicklung, Bildungsarbeit, Kommunikation und Machoptionen haben sich alle Vorstandsmitglieder in die Erarbeitung der organisatorischen und strategischen Leitlinien mit Blick auf die Landtagswahl im Jahr 2027 eingebracht.

Mit der **Projektgruppe Finanzen und Organisation** haben wir einen Personalprozess in der Landes- und in den Kreisgeschäftsstellen angestoßen, um unsere Hauptamtlichkeit im Landesverband auf ein langfristig stabiles Fundament zu stellen. Gleichzeitig haben wir den ersten Schritt zur besseren Vernetzung aller hauptamtlich für die SPD und ihre Mandatsträger*innen Arbeitenden gemacht, um das große Wissen und das breite Netzwerk von Menschen in verschiedensten beruflichen Positionen, die alle jeden Tag im Einsatz für die Sozialdemokratie sind, besser zusammenzubringen. Dafür haben wir u. a. ein großes Treffen aller Mitarbeitenden von Partei, Fraktion und Abgeordneten mit Workshops im Rahmen der Kieler Woche abgehalten und die Gelegenheit genutzt, einen gemeinsamen Abstecher mit einem Traditionsssegler auf die Kieler Förde zu machen. Mit dem „Wahlkampf-Euro“ haben wir erfolgreich die Grundlage für eine Finanzierung des nächsten Landtagswahlkampfs gelegt.

Mit der **Projektgruppe Bildungsarbeit und Kommunalpolitik** haben wir die Bildungsarbeit des Landesverbands evaluiert und ein neues, zielgruppenorientiertes Programm entwickelt und an der Neuaufstellung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik mit Oliver Schmidt-Gutzat als Vorsitzenden und Lars Winter als Geschäftsführer mitgewirkt, um so auch die politische Bildungsarbeit für unsere Kommunalpolitiker*innen noch besser regional zu verankern.

Die **Projektgruppe Machoptionen** hat sich mit unserer Aufstellung und unserem Netzwerk in der schleswig-holsteinischen Parteienlandschaft auseinandergesetzt. Hierzu wurden strategische Leitlinien erarbeitet und Gespräche mit den Landesvorständen von FDP, Grünen und SSW vorbereitet, die allesamt

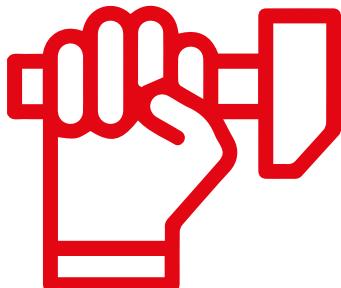
in der ersten Jahreshälfte 2024 stattgefunden haben. Die Vernetzung von jungen Mandatsträger*innen, auch über Partiegrenzen hinweg, war Teil dieser Leitlinien.

Die **Projektgruppe Kommunikation und Presse** hat sich mit der internen und externen Kommunikation des Landesverbands beschäftigt. Als Zieldefinitionen wurden unter anderem die Qualifizierung der Partei für Medienarbeit, die Ressourcensteuerung dabei und die Schaffung einer modernen Diskussionskultur in der Partei erarbeitet.

Aus all diesen Ergebnissen und weiteren strategischen Thesen soll so das **Mosaik für unseren Weg zu einem Wahlsieg bei der nächsten Landtagswahl im Jahr 2027** entstehen. Diese grundsätzlichen Überlegungen wurden von der Landesvorsitzenden im Laufe der Amtszeit auch mit allen Kreisvorständen als Führungsgremien vor Ort in den Regionen diskutiert.

Für die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl zeichnet sich eine **Urwahl** ab, bei der alle Mitglieder des Landesverbands die Möglichkeit bekommen werden, den*die Kandidat*in für das Amt des*der Ministerpräsident*in der SPD Schleswig-Holstein zu bestimmen. Die SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli genauso wie der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende und Kieler Oberbürgermeister Ulf Kämpfer haben ihre Kandidatur für Platz 1 der Landesliste erklärt und den Landesvorstand gebeten, die Entscheidung über die Spitzenkandidatur in die Hände der Mitglieder zu legen. Der neu zu wählende Landesvorstand steht damit vor der Aufgabe, ein entsprechendes Verfahren einzuleiten und zu organisieren.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTARBEIT



Der Landesvorstand hat in seiner Amtszeit die Themen Zusammenhalt und Verteilungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt seiner inhaltlichen Arbeit gestellt. Nach dem Auftakt in einer Klausurtagung zu Beginn der Amtszeit wurde ein Thesenpapier erarbeitet, das die Fragen von sozialem Zusammenhalt und die Gerechtsameitsfragen bei der Umverteilung von Vermögen sowie Chancen und Perspektiven im Sinne einer sozialen Zeitenwende erörterte.

Dazu haben wir im Sommer 2023 einen Kongress mit zahlreichen hochkarätigen Inputs und spannenden Diskussionen abgehalten, aus dem ein Antrag an den Landesparteirat entstand, der im September in einer öffentlichen Sitzung beschlossen wurde. Im Kern haben wir eine Einkommensteuerreform, die 95 % der Steuerzahler entlastet und das oberste ein Prozent stärker belasten soll, gefordert. Zudem streben wir einen stärkeren Staat und die Lockerung der Schuldenregel an, um Arbeitsplätze zu sichern und den Standort Deutschland zu erhalten. Gleichzeitig bekommen die Familien in diesem Beschluss einen großen Stellenwert. Sie wollen wir vor allem entlasten und in ihrem Alltag unterstützen.

Für eine weitere öffentliche Parteiratssitzung im März 2024 haben wir Leitanträge zum Kampf gegen Rechts und zur Bekräftigung unserer Positionierung beim Thema CCS erarbeitet.

Zum ordentlichen Landesparteitag haben wir zudem einen Leitantrag zum Themenfeld Wohnen in Kooperation mit der SPD-Landtagsfraktion entwickelt sowie einen weiteren Leitantrag zum Themenkomplex Bildung, Gesundheit und Kita.





EHRUNGEN, PREISE UND GEDENKEN

Fast schon zur Tradition ist unser Jubilar*innen-treffen im Sommer geworden. Einmal jährlich, so zuletzt im Juli 2024, laden wir alle Mitglieder mit hohen, runden Geburtstagen und Parteijubiläen zu einem gemeinsamen Treffen bei Kaffee, Kuchen und Klönschnack ein, um ihnen für ihren Einsatz für unsere Partei Dank zu sagen. Erneut haben fast 100 Genoss*innen daran teilgenommen.

Im Jahr 2024 wurde wieder der Willi-Piecyk-Preis verliehen. Unter dem Motto „Seid laut! – Wirksame Ideen gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ wurden Projekte und Initiativen prämiert, die sich mit der weiter wachsenden Gefahr von Rechts im gesellschaftlichen und politischen Leben auseinandersetzen und sich für Vielfalt und Demokratie einsetzen. Prämiert wurden das Projekt der Beruflichen Schule des Kreises Stormarn in Bad Oldesloe als trilaterales Online-Projekt „#StolenMemory“ und der CSD Kiel e.V., der den Christopher-Street-Day (CSD) als jährlichen Gedenk- und Aktionstag seit vielen Jahren in der Landeshauptstadt ausrichtet.

Im Mai 2023 konnte die SPD ihr 160-jähriges Bestehen feiern. Neben den offiziellen Feierlichkeiten des Parteivorstands haben wir das zum Anlass genommen, zu einer kleinen Feier am Abend des 23. Mai in die Landesgeschäftsstelle einzuladen, um auf das Jubiläum mit interessierten Genossinnen und Genossen anzustoßen. Mit dabei waren neben Serpil Midyatli als amtierende Landesvorsitzende auch ihre Vorgänger im Amt Ralf Steger, Claus Möller und Franz Thönnes.

Am 12. Juli 2023, kurz nach ihrem 80. Geburtstag, haben wir leider unsere langjährige Ministerpräsidentin und verdiente Genossin Heide Simonis nach langer Krankheit verloren. Ihr wurde in einer großen Trauerfeier in Kiel gedacht. An ihrem ersten Todestag in 2024 haben wir im Kreise einiger Mitglieder Blumen an ihrem Grab niedergelegt. Heide hat ein großes Vermächtnis hinterlassen und mit ihrer politischen Arbeit, aber auch mit ihrer Art, Politik zu machen, unseren Landesverband seit jeher geprägt. Sie war und bleibt Vorbild für viele Politiker*innen nachfolgender Generationen. Wir werden ihr auch weiterhin ein würdiges Andenken bewahren.



BÜNDNISARBEIT UND DIALOG

Wir haben unsere erfolgreiche Bündnisarbeit der vergangenen Jahre weiter fortgesetzt. Dazu gehört zuallererst die erfolgreiche Volksinitiative zur Rettung des Bürgerentscheids. Zusammen mit rund 50 Parteien, Organisationen und Vereinen haben wir eine Volksinitiative gestartet, u. a. mit unserer Landesvorsitzenden als Vertrauensperson. Mit fast 28.000 Unterschriften haben wir das nötige Quorum mehr als übertroffen. Erst unsere breit getragene Initiative hat diesen Kompromiss ermöglicht, dem sich unter massivem öffentlichem Druck die Regierungsparteien gebeugt haben. Die schwarz-grüne Landesregierung war dann, um einen Volksentscheid abzuwenden, zu einer Gesetzesänderung in einer Kompromissformulierung bereit.

Auch mit dem Präsidium der Arbeiterwohlfahrt Schleswig-Holstein haben wir unsere Zusammenarbeit intensiviert, im jährlichen Spitzengespräch mit dem Unternehmensverband Nord den Dialog mit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft gesucht und mit unserem Gewerkschaftsrat die engen Bindungen zu den Gewerkschaften aufrechterhalten.

PARTEIORGANISATION

Der Landesvorstand hat Simone Lange-Jansen als Gleichstellungsbeauftragte in den Vorstand kooptiert und Inken Kuhn als Vorstandsmitglied zur Mitgliederbeauftragten bestimmt.

Der Landesvorstand hat im Juli 2024 zur Nachfolge von Götz Borchert als Landesgeschäftsführer die bisherige Stellvertreterin Nina Thielscher zur Geschäftsführerin und Alexander Wagner zu ihrer Vertretung bestellt.

Mit solidarischen Grüßen

Serpil Midyatli, Martina Claussen, Ulf Kämpfer, Stefan Bolln, Bengt Bergt, Delara Burkhardt, Enrico Kreft, Inken Kuhn, Oliver Schmidt-Gutzat, Christina Schubert, Kianusch Stender, Simone Lange-Jansen

HIER FINDET IHR UNS ONLINE:

- 🌐 spd-schleswig-holstein.de
- 📷 instagram.com/spdsh/
- 👤 facebook.com/SPD.Schleswig.Holstein/
- 🎥 tiktok.com/@spd.schleswigholstein
- 📺 youtube.com/user/SPDSchleswigHolstein



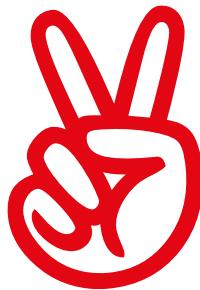
GEMEINSAM STARK: FINANZIELL SOLIDE UND POLITISCH HANDLUNGSFÄHIG

BERICHT DES SCHATZMEISTERS STEFAN BOLLN

Die Finanzlage der SPD zeigt eine klare Entwicklung: Wir haben gemeinsam große Fortschritte geschafft, die nicht nur unsere finanzielle Stabilität sichern, sondern auch neue politische Handlungsmöglichkeiten schaffen. Für 2023 bis 2025 gilt: Gemeinsam haben wir nicht nur die Entschuldung des Landesverbands erreicht, sondern auch entscheidende Weichen für eine stärkere Zusammenarbeit innerhalb der sozialdemokratischen Familie in Schleswig-Holstein gestellt. Die SGK und damit die kommunale Bildungsarbeit wurden gestärkt – wir haben auch weiterhin das Ziel, dass wir unsere Mitglieder zur Übernahme von politischer Verantwortung selbst befähigen. Dabei leitet uns der Grundsatz: Niemand muss sich verbiegen, um gefördert zu werden. Finanziell sieht es gut aus: Erstmals seit Jahrzehnten befinden wir uns in einer längeren Phase positiven Reinvermögens. Dieser Erfolg ist kein Zufall, sondern das Ergebnis strategischer Entscheidungen, harter Arbeit, Ausgabendisziplin, kluger Verhandlungen mit dem Parteivorstand und der Solidarität unserer Mitglieder.



Mein Ziel war es immer, den Landesverband so aufzustellen, dass er finanziell stabil und jederzeit politisch handlungsfähig ist. Alle Wahlkämpfe sollten aus eigenen Mitteln bestritten werden, ohne Kredite aufnehmen zu müssen. Gleichzeitig wollten wir Rücklagen für zentrale Wahlkampagnen aufbauen, um jederzeit in ganz Schleswig-Holstein kampagnenfähig zu sein. Wir sind diesem Ziel deutlich nähergekommen: Unser Reinvermögen beträgt aktuell 1.359.108 € (Stand 31.12.2024). Zwar führten die hohen Ausgaben für die Landtagswahl 2022 und die Kommunalwahl 2023 kurzfristig zu einem negativen Reinvermögen für den Landesverband, doch der positive Trend ist unverkennbar. Ein besonderer Dank gilt unseren Mitgliedern, die mit dem Wahlkampf-euro eine großartige solidarische Leistung erbracht haben. Mehreinnahmen von jährlich 130.000 € und ein darin enthaltener Zuschuss des Parteivorstands



in Höhe von 19.500 € haben uns nicht nur finanziell gestärkt, sondern auch das Ziel unterstrichen, Wahlkämpfe ohne Kredite zu finanzieren. Wenn diese Einnahmen stabil bleiben, können wir bis zur Landtagswahl 2027 insgesamt 450.000 € daraus zurücklegen.

Das Jahr 2024 war finanziell jedoch besonders: Die Mittel aus dem Finanzausgleich wurden aufgrund rechtlicher Streitigkeiten zunächst strategisch vom Bundesschatzmeister zurückgehalten. Nach der Klärung durch ein Gerichtsurteil und der Neuordnung der Parteienfinanzierung konnten diese Mittel freigegeben werden. Dies führte zu einer einmaligen Stärkung unserer Liquidität und schuf neue Handlungsspielräume. Um damit umzugehen war ein entscheidender Schritt unser vollständiger Beitritt zum Cash-Pool der SPD. Das gesamte Vermögen des Landesverbands wird nun über diesen Cash-Pool verwaltet, der gesondert abgesichert und verzinst ist. Dieses solidarische Modell generiert für uns jährliche Einnahmen und reduziert gleichzeitig die Zinsbelastung für den Parteivorstand erheblich, da bei Liquiditätsbedarf keine kurzfristigen Bankkredite mehr erforderlich sind. Wir profitieren von einer sicheren und flexiblen Vermögensverwaltung.

REINVERMÖGEN LANDESVERBAND SPD SH

Jahre	LV	KVs	OVs
1992	-196.336 €	557.308 €	1.374.353 €
1993	-83.341 €	673.371 €	1.677.549 €
1994	-70.558 €	422.327 €	1.180.573 €
1995	115.552 €	533.789 €	1.487.859 €
1996	-269.962 €	360.972 €	1.585.516 €
1997	-295.527 €	542.992 €	1.883.599 €
1998	-111.973 €	397.274 €	1.269.026 €
1999	-741.885 €	597.189 €	1.572.223 €
2000	-1.238.860 €	659.567 €	1.637.668 €
2001	-1.085.473 €	877.888 €	1.862.636 €
2002	-936.000 €	857.000 €	1.899.000 €
2003	-728.000 €	511.000 €	1.411.000 €
2004	-1.575.000 €	703.000 €	1.610.000 €
2005	-1.533.590 €	482.213 €	1.555.288 €
2006	-1.241.924 €	572.001 €	1.752.352 €
2007	-637.844 €	648.857 €	1.757.816 €
2008	-271.003 €	451.933 €	1.148.883 €
2009	-1.047.993 €	276.061 €	1.225.789 €
2010	-817.621 €	427.368 €	1.428.737 €
2011	-887.578 €	570.750 €	1.650.903 €
2012	-1.245.952 €	574.812 €	1.717.292 €
2013	-1.119.397 €	379.130 €	1.180.285 €
2014	-739.012 €	565.369 €	1.449.348 €
2015	-477.993 €	785.614 €	1.655.457 €
2016	-867.275 €	939.605 €	1.894.906 €
2017	-1.738.848 €	773.319 €	1.946.290 €
2018	-1.363.156 €	563.084 €	1.436.103 €
2019	-839.658 €	668.968 €	1.600.535 €
2020	-249.747 €	933.938 €	1.946.041 €
2021	21.336 €	1.060.587 €	2.116.953 €
2022	-461.971 €	1.106.196 €	2.151.920 €
2023	7.572 €	891.943 €	1.514.208 €
2024	1.359.108 €		

1992-2024

MITGLIEDER- UND BEITRAGSENTWICKLUNG

Ein weiterer erfreulicher Fortschritt zeigt sich bei den Mitgliedsbeiträgen. Der durchschnittliche Beitrag stieg von 11,19 € (2022) auf 12,21 € (2024). Besonders hervorzuheben ist, dass einige Kreisverbände bereits über dem Durchschnitt liegen (an der Spitze der KV Lübeck), während andere weiterhin etwas Nachholbedarf haben. Es bleibt leider eine Herausforderung, die satzungsgemäßen Beiträge flächendeckend einzuhalten. Derzeit zahlen 203 Mitglieder zwischen 2,50 € und 6 €, was als unechter Beitrag unter dem Mindestbeitrag liegt und nicht unserer angestrebten Beitragsgerechtigkeit entspricht. Dennoch zeigt der Anstieg des Durchschnitts, dass unsere Mitglieder die Bedeutung einer starken finanziellen Grundlage anerkennen und ihren Beitrag für eine handlungsfähige Sozialdemokratie leisten. Bedenklich bleibt die alternde Mitgliederstruktur, der wir mit gezielten Maßnahmen für Mitglieder gewinnung und -bindung begegnen müssen. Hier bleibt viel zu tun, doch wir wollen die Aufgabe im Zuge der Urwahl zur Spitzenkandidatur entschlossen angehen. Unsere Mitgliederzahlen sind weiterhin leicht rückläufig – Ende 2024 zählten wir 14.136 Mitglieder im Vergleich zu 15.167 Ende 2022. Ich bin dennoch zuversichtlich: Unsere Mitglieder stehen hinter uns und leisten ihren Beitrag zur finanziellen Stabilität. Dies liegt auch an unseren engagierten hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Entwicklung der Mitgliederzahlen

2016	17.207
2018	17.224
2020	16.039
2022	15.167
2024	14.136

DURCHSCHNITTLICHER BEITRAG

Kreisverband	Ø Beitrag
Kiel	14,90 €
Neumünster	11,60 €
Plön	9,72 €
Rendsburg-Eckernförde	12,89 €
Flensburg	13,99 €
Nordfriesland	11,74 €
Schleswig-Flensburg	11,46 €
Dithmarschen	9,26 €
Pinneberg	12,78 €
Segeberg	11,12 €
Steinburg	10,75 €
Lübeck	14,93 €
Lauenburg	12,41 €
Ostholstein	10,68 €
Stormarn	12,80 €
Ø SPD SH gesamt	12,21 €

Stichtag: 31.12.2024

MITGLIEDERBESTAND NACH ALTER

Stichtag: 31.12.2024

Bis 34 Jahre 9,28%

35 bis 59 Jahre 25,8%

Über 60 Jahre 64,92%



Wahr ist aber auch: Die hohe Inflation stellte uns vor große Herausforderungen in der Mitarbeitervergütung. Nach intensiven Verhandlungen mit der Gewerkschaft konnten wir für 2023/2024 und 2025 jedoch eine Tariferhöhung sowie eine Inflationsausgleichsprämie vereinbaren. Ein weiterer Fortschritt war die Reduktion der wöchentlichen Vollzeitarbeitszeit auf 36 Stunden. Damit stärken wir nicht nur die Zufriedenheit unserer Mitarbeiter*innen, sondern positionieren uns auch als attraktiver Arbeitgeber, der seine eigenen politischen Ziele ernst nimmt. Ein wichtiger Bestandteil unserer Organisationsentwicklungsstrategie ist die Standardisierung von Verwaltungsprozessen. Alle Kreisverbände nutzen nun die gleiche Software für Buchführung, und Rechenschaftsberichte von Ortsvereinen und Kreisverbänden werden über ein gemeinsames digitales System (unsere Webkasse) effizient erstellt. Diese Maßnahmen erhöhen die Transparenz und reduzieren den administrativen Aufwand erheblich. Wir sind hier noch nicht ganz am Ziel, und die Umstellung hatte auch regional sehr unterschiedliche Herausforderungen. Allen, die zum Gelingen beigetragen haben, sei herzlich gedankt.

Wir sind auf einem sehr guten Weg, was finanzielle Stabilität, Personal und Verwaltungseffizienz angeht. Dennoch gibt es Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen: Schwächere Ergebnisse der SPD auf Bundesebene reduzieren unsere staatlichen Zuschüsse. Als Finanzverantwortlicher muss ich für jeden Fall der Fälle gerüstet sein. Heißt Vorsorge treffen. Neue Mitglieder zu gewinnen, bestehende zu halten und sie zur Übernahme von Verantwortung zu befähigen, bleibt eine zentrale Daueraufgabe. Ich werde weiter daran arbeiten, unsere finanziellen Rücklagen auszubauen, um auch zukünftige Wahlkämpfe sicher aus eigenen Mitteln finanzieren zu können. Mit einer klugen Finanzpolitik, solidarischer Zusammenarbeit und engagierten Mitgliedern bin ich zuversichtlich, diese Aufgabe zu meistern. Gemeinsam können wir die SPD weiterhin als starke und handlungsfähige Kraft in Schleswig-Holstein gestalten.

Abschließend gilt mein besonderer Dank unserer Geschäftsführerin Nina Thielscher. Sie kennt den Landesverband so gut wie kaum ein anders Mitglied und hat auch mit mir oft Nachsicht und Geduld. Herausheben aus dem persönlich operativen Teil der Arbeit als Schatzmeister möchte ich Charlotte Sprengel und Holger Schmidt, sowie Hermann Bock. Ohne euch hätten wir den Umschwung bei den Finanzen nicht hinbekommen. Ich danke überdies allen Mitgliedern, Mitarbeiter*innen und Unterstützer*innen, die täglich für unsere gemeinsamen Ziele arbeiten. Ihre Solidarität und ihr Engagement machen den Unterschied. Jetzt können wir auf unsere Parteifinanzen mit etwas mehr Gelassenheit blicken und garantieren damit unabhängige Politik für wieder andere Mehrheiten in Schleswig-Holstein.

In diesem Sinne bewerbe ich mich bei euch um eine weitere Amtszeit als Landesschatzmeister.

Euer Stefan Bolln,
Landesschatzmeister



BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION

Für die abgelaufene Amtsperiode wurden Jan-Thorben Book, Hans-Jürgen Holland, Heidrun Isolt und Antje Möller-Neustock sowie der Unterzeichnende als Revisionskommission gewählt. Nach der Hälfte der Amtszeit ist Heidrun leider aus persönlichen Gründen ausgeschieden. Für ihre somit leider nur zeitlich begrenzte, akzentuierte Mitarbeit sagen wir ihr herzlichen Dank!

Wie bereits im letzten Bericht ausführlich geschildert, haben wir die von einem externen Auftragnehmer erstellten Quartalsberichte umfassend überprüft und dabei Struktur, Aufgabenverteilung und auch die Personalkosten der Landesgeschäftsstelle anhand der Tarifverträge mit einbezogen. Sich daraus ergebende Fragen wurden besprochen und einvernehmlich geklärt. Den Schwerpunkt der partiellen Belegrprüfungen haben wir in dieser Amtsperiode auf den wirtschaftlichen und nachhaltigen Einsatz der Finanzmittel gelegt und im Rahmen der proaktiven Aufgabenstellung dazu eine Reihe von Anregungen z. B. für die Durchführung von Parteitagen und anderen Veranstaltungen gegeben.

Nachdem der Landesverband grundsätzlich wieder die laufende Geschäftsführung UND die verschiedenen Wahlkämpfe ohne Kreditaufnahme über Rücklagenbildung aus Eigenmitteln bestreiten kann, kommt auch einer „renditeträchtigen“ Geldanlage von temporär nicht benötigten Finanzmitteln wieder große Bedeutung zu.



Deswegen unterstützen wir ausdrücklich die Erweiterung des Cash-Pools, sowohl im Hinblick auf „Liegende Gelder“ bei den Orts- und Kreisverbänden, als auch wegen der neuen vorteilhaften Regelung mit der Bundesgeschäftsstelle, finanzielle Leistungen von dort jeweils unmittelbar und nicht anlassbezogen zu überweisen. Weiter wird erwartet, dass auch die Schatzmeister*innen weiterer Gliederungen sich des Cash-Pools bedienen. Bei der Höhe der Einlagesummen gibt es zweifelsfrei noch viel sprichwörtliche „Luft nach oben“. Nur mit größeren, differenzierten, zentralen Geldanlagen ist eine größtmögliche Rendite für unseren Landesverband „in toto“ zu erreichen.

Unverständlichlicherweise bestehen immer noch einzelne, teils grundsätzliche Vorbehalte gegen das Verfahren. Dabei ist sichergestellt, dass bei Bedarf alle Einlagen jederzeit und unverzüglich wieder zur Verfügung gestellt werden. Wir haben deswegen den Landesschatzmeister gebeten, nochmals intensiv gegenüber den Gliederungen der Partei für eine Teilnahme am Cash-Pool der Bundes-SPD zu werben.

Die vom Landesvorstand beschlossenen Jahreswirtschaftspläne – auch in geänderter Fassung – wurden eingehalten. Die endgültigen Jahresabschlüsse 2022 und 2023 haben wir wiederum „getestet“. Antje als meine Vertreterin und ich haben regelmäßig an den Landesvorstandssitzungen teilgenommen. Wir danken unserem Schatzmeister Stefan Bolln, Charlotte Sprengel, Hermann Bock, Götz Borchert sowie der neuen Landesgeschäftsführerin Nina Thielscher, die wir zur Übernahme dieser verantwortungsvollen Aufgabe nochmals herzlich gratulieren, für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die Satzungsvorgaben für die Wirtschaftsführung wurden eingehalten. Finanzielle Unregelmäßigkeiten haben wir nicht festgestellt! Für eine Wiederwahl stehen die Mitglieder der Revisionskommission zur Verfügung.

Die Revisionskommission beantragt abschließend, für den Bereich der Finanzangelegenheiten dem Landesvorstand die Entlastung zu erteilen.

Wir sind die Guten!
Hermann Greve – Sprecher der Revisionskommission



ARBEIT DES LANDESPARTEIRATS

Nachdem die Strukturen des Landesparteirats im Rahmen der Satzungsänderung erneuert wurden, fand am **3. März 2023** im Rahmen der Landesparteiratssitzung in Kiel die Konstituierung des Gremiums statt. Katrin Fedrowitz (KV Segeberg) und Niclas Dürbrook (KV Ostholstein) wurden als Co-Vorsitzende des Landesparteirats gewählt.

Die Sitzung am **23.9.2023** in Neumünster stand unter der Überschrift „Zusammenhalt und Verteilungsge rechtigkeit in Zeiten der Transformation“.

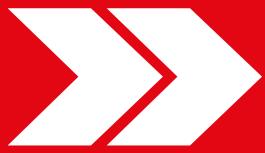
Zur Vorbereitung des Landesparteitages für die Aufstellung der Kandidierenden der Europawahl fand am **26.10.2023** eine Zoom-Sitzung des Gremiums statt, in welcher der Landesvorstand seinen Personalvorschlag vorstellte.

Auf dem Themen-Landesparteirat am **6.3.2024** in Neumünster standen die Anträge mit den Überschriften „Nie wieder ist jetzt! Für eine solidarische Gesellschaft gegen Rechtsextremismus seit 161 Jahren“ und „Konsequenter Klimaschutz bedeutet konsequente CO₂-Vermeidung – CCS darf kein Rettungsanker für die Öl- und Gasindustrie sein“ im Vordergrund.

Nach der Europawahl beschäftigte sich der Landesparteirat am **10.6.2024** in seiner Sitzung in Kiel mit dem Ausgang der Europawahl.

Auch die Bundestagslistenvorschläge des Landesvorstands wurden in einer Zoom-Sitzung am **2.12.2024** zur Vorbereitung der Landeswahlkonferenz präsentiert.





BERICHT DER LANDESSCHIEDS- KOMMISSION

Im Berichtszeitraum wurde nur ein Verfahren auf Landesebene verhandelt. Das kann als gutes Zeichen dafür betrachtet werden, dass die Mitglieder vor Ort zu einer konstruktiven Konfliktkultur gefunden haben.

Die Satzung sieht vor, dass die Landesschiedskommission besetzt ist mit dem oder der Vorsitzenden und den beiden Stellvertretern oder Stellvertreterinnen als Beisitzerinnen bzw. Beisitzer. Ist eine dieser Personen verhindert oder befangen, wird diese Person vertreten von einem der weiteren Mitglieder. Die Verfahrensbeteiligten werden zu den Verhandlungen beigeladen.

Im Berichtszeitraum gehörten der Landesschiedskommission an:

Vorsitz: Andreas Beran

Stellvertretung: Guenther Hansen (Kiel) und
Christiane Küchenhof (Schenefeld)

Weitere Mitglieder: Ulrike Rodust (Quakenbrück),
Regina Poersch (Eutin), Thorsten Pfau (Plön),
Eberhard Schmidt-Elsaeßer

Für die Landesschiedskommission
Andreas Beran



DIE „PARTEI DER ZUKUNFT“ GEMEINSAM ENTWICKELN

BERICHT DER LANDESGESCHÄFTSFÜHRERIN

ZUR ARBEIT UND ENTWICKLUNG DER PARTEIORGANISATION

Nach dem zweitägigen ordentlichen Landesparteitag im Februar 2023 und der Kommunalwahl im März 2023, schaltete sich die SPD Schleswig-Holstein mit Blick nach vorn noch vor der Sommerpause über ihren Gerechtigkeitskongress Anfang Juli 2023 in eine große Gerechtigkeitsdebatte ein. Hierbei ging es auch um neue Formen der gerechten Verteilung von Zeit und Chancen, die Menschen zur Verfügung haben. Mit vielen Verbündeten aus Gesellschaft und Politik forderte die SPD Schleswig-Holstein auf diesem Kongress als erster Landesverband bundesweit, den Mindestlohn auf 15 Euro anzuheben.

Im Winter 2023 gab Thomas Losse-Müller sein Amt als Landtagsfraktionsvorsitzender auf, was auch für den Landesverband größere Veränderungen bedeutete. Serpil Midyatli wurde zur Fraktionsvorsitzenden gewählt und mit diesem Wechsel beim Fraktionsvorsitz kehrte auch unser damaliger Landesgeschäftsführer Götz Borchert zum Februar 2024 in die Fraktion zurück.

*„ES IST WICHTIGER, ETWAS
IM KLEINEN ZU TUN, ALS IM GROßen
DARÜBER ZU REDEN.“*

(Willy Brandt)



Foto: Udo Grimberg; Lizenz: Creative Commons by-sa-3.0 de, CC BY-SA 3.0 DE , via Wikimedia Commons

**„WENN DU IMMER NUR DAS TUST,
WAS DU KANNST, WIRST DU IMMER
DAS BLEIBEN, WAS DU BIST.“**

(Heide Simonis)

Im Sommer 2023 mussten wir leider unsere ehemalige Ministerpräsidentin Heide Simonis, unsere große Vorkämpferin für soziale Gerechtigkeitsfragen, nach langer Krankheit für immer auch von der politischen Bühne verabschieden. Dies fand sehr großen Nachhall über Schleswig-Holsteins Grenzen weit hinaus und Heide wurde u.a. mit einer großen, würdigen Gedenkveranstaltung der SPD-Landtagsfraktion im Herbst 2023 gedacht. Heide wird für immer unvergessen bleiben.

EUROPAWAHL

Nun galt es erstmal, die Europawahl-Kampagne um unsere Spitzenkandidatin und MdEP Delara Burkhardt auf die Straße zu bringen und bis zum Wahltermin für die SPD überall unter schwierigen Voraussetzungen zu werben: Zum einen ist die Europawahl in der Wahrnehmung vieler Wähler*innen nicht die wichtigste Wahl, zum anderen hatte es auch die Berliner Regierungskoalition durch multiple Krisenaufarbeitungen nicht leicht. Dies strahlte mit auf das Wahlergebnis ab. Wie wir mittlerweile wissen, hatte die FDP einen nicht unerheblichen Anteil am gefühlten Stillstand auf Bundesebene – auch wenn dennoch sehr viele Verbesserungen für die Menschen in unserem Land auf den Weg gebracht wurden. In Schleswig-Holstein konnten wir unser letztes Europawahlergebnis sichern, dennoch war dies kein großer Grund zum Feiern – mit einer weiterhin erstarkten AfD in Deutschland und Rechtspopulisten im Europäischen Parlament. Die beste Nachricht ist und bleibt natürlich: Delara Burkhardt vertritt Schleswig-Holstein weiterhin im Europäischen Parlament mit starker Stimme.

Der Landesverband kann auf eine landesweit sehr gut umgesetzte Kampagne blicken, z. B. mit der finanziellen Subventionierung von Streumaterialien und ersten Erfahrungen mit zentraler Plakatierung von „weißen Flecken“ (das sind Orte oder Regionen, in denen es keine SPD mehr gibt). Auch zur vorgezogenen Bundestagswahl unterstützte der Landesverband wieder die Plakatierung in den „weißen Flecken“ und verbesserte das Konzept dazu weiter.

Den Europawahlkampf unterstützten wir auch durch die Ausstrahlung von digitaler Werbung über so genanntes „Geofencing“ und über eine landesweite Print-Anzeigenkampagne – neben unglaublich vielen Terminen, die Delara Burkhardt und ihre Mitkandidierenden der SPD-Landesliste landauf und landab im Wahlkampf wahrgenommen haben.

ÄNDERUNG IN DER LANDESGESELLSCHAFTSFÜHRUNG

Im Sommer 2024 stand fest: An der Spitze der SPD Landesgeschäftsstelle wird sich etwas ändern, denn mit meiner Berufung zur Landesgeschäftsführerin und Alexander Wagner als meinem Stellvertreter wird die Arbeit an der Spitze des Hauptamtes neu aufgestellt werden – nicht nur mit uns als Personen: für uns bedeutet dies in einer immer schneller werdenden interdisziplinären Arbeitswelt auch die Teilung von Führungsarbeit in organisatorisch-strategische und politisch-strategische Aufgaben für den Landesverband.



**EINE ERFOLGREICHE LANDTAGSWAHL 2027
IST EIN MOSAIK AUS VIELEN STEINCHEN,
EINIGEN SEHR GROßen UND VIELEN KLEINEN.
EINIGE LEUCHTEN, EINIGE SIND GRAU.
GEMEINSAM ERGIBT SICH DAS KLARE BILD.**



MOSAIK ZUR LANDTAGSWAHL

Der im Februar 2023 gewählte Landesvorstand gab sich bereits zum Start der Amtsperiode innerhalb von unterschiedlichen Projektgruppen für das „Mosaik bis zur Landtagswahl 2027“ auch die Aufgabe, das „Hauptamt der Zukunft“ neu aufzustellen (u. a. mit Veränderungen in neu zu besetzenden Kreisgeschäftsstellen), dies wurde und wird gemeinsam mit den hauptamtlichen Mitarbeitenden und dem Betriebsrat evaluiert und ausgebaut.

STRUKTURELLE VERÄNDERUNGEN

Dazu unterstützt uns der organisationspolitische Antrag vom Bundesparteitag „O 01 – Mit Organizing Wahlen gewinnen“. Leider machte die vorgezogene Bundestagswahl der SPD einen Strich durch die bereits geplante bundesweite Umsetzung ab Herbst 2024, hieran werden alle SPD-Landesverbände nach der Bundestagswahl gemeinsam mit dem Willy-Brandt-Haus weiterarbeiten. Der Antrag fordert z. B. die bundesweite Standardisierung von Aufgaben im Hauptamt u. a. umgesetzt durch eine „Digital First“-Strategie des Parteivorstandes, welche die Arbeit im Hauptamt erleichtern soll, um am Ende wieder mehr Zeit für die politische Arbeitsunterstützung des Ehrenamts zu lassen.

Auch das Ehrenamt wird sich in ein digitalisierteres „Ehrenamt der Zukunft“ umstellen. Die SPD Schleswig-Holstein befindet sich bereits mitten im Veränderungsprozess über die damalige Anbindung an den zentralisierten Service des „ServiceCenter Dortmund“ (Post- und Mailversand, Betreuung der Rechenschaftsberichte in der Webkasse), der weiteren Zusammenarbeit mit der Firma „Office Consult“ und der in 2025 beginnenden Einführung von DATEV zur vereinheitlichten Softwarenutzung für die Buchhaltung. Weitere geplante digitale Tools sollen demnächst für die gesamte Partei im Haupt- und Ehrenamt nutzbar gemacht und ständig verbessert werden. Sei es die allgemeine Mitgliederverwaltung, die digitale Rechenschaftslegung der Ortsvereine und Kreisverbände über die Webkasse, dem EasyMailer usw. Dies wird weiterhin finanzielle wie organisatorische Anstrengungen für alle Ebenen in der Umsetzung bedeuten.

Nicht nur das rechtzeitige Abgeben der Rechenschaftsberichte stellt z. T. einige recht kleine und/oder überalte Ortsvereine auf die Probe, viele Aufgaben sind bei kleiner und älter werdenden Ortsvereinen immer schwerer realisierbar. Auch die Kreisverbände und Kreisgeschäftsstellen sind nach dem jährlichen Berichts-Abgabetermin im Frühjahr z. T. stark gefordert, Ortsvereine neu abzugrenzen.



Für die Unterstützung der Kreisverbände und Kreisgeschäftsstellen haben wir auch deshalb zusätzliche Stunden der Landesgeschäftsstelle zur Verfügung gestellt, um bei Kreisparteitagen oder Wahlversammlungen vor Ort direkt zu unterstützen und mehr Beratung bei der Gebiets-Neuzuschneidung von Ortsvereinen („Fusion“) geben zu können.

Dazu bieten wir wieder Schulungen und Unterstützung für die Webkasse an. Schon 2025 möchten wir erreichen, dass sich die Abgabesituation der Rechenschaftsberichte der Ortsvereine durch ein strukturierteres Monitoring durch den SPD-Landesverband verbessert, langfristig muss hier eine deutliche Verbesserung eintreten. Weiterhin bieten wir das jährliche Treffen für neue Ortsvereinsvorsitzende an.

BÜRGERMEISTER*INNEN-WAHLEN

Auch in diesem Berichtszeitraum waren die Bürgermeister*innenwahlen durchwachsen. Erfreulichen Erfolgen, wie bei der Wiederwahl von Jan Lindenau in Lübeck oder Christiane Küchenhof in Schenefeld, stehen leider auch verlorene Wahlen um die Rathausspitze wie in Norderstedt mit unserer bisherigen Amtsinhaberin Elke Christina Roeder gegenüber.



Die Mitgliederzahl im SPD Landesverband Schleswig-Holstein ist weiter gesunken und betrug zum Jahresende 2024 etwas über 14.100 Mitglieder. Mit einem Anteil von 36 % sind Frauen leider weiterhin unterrepräsentiert. Der Altersdurchschnitt im Landesverband ist im Vergleich zum letzten Bericht mit Stand Ende 2022 mit 65 Jahren nochmal um zwei Jahre gestiegen (weitere Mitgliederstatistiken im Bericht des Schatzmeisters).

Zum Ende des Berichtszeitraums haben wir noch 389 Ortsvereine in Schleswig-Holstein, die Mitgliederverteilung in den Ortsvereinen sieht wie folgt aus:

Mitglieder	Anzahl Ortsvereine	Veränderung
1-20	170	-21
21-50	130	-9
51-100	70	-6
101-200	16	-2
201-300	3	+1
301-400	0	-1

Stand 2024

Unsere Mitglieder mit runden Geburtstagen ab 80 Jahren bzw. mit runden Partejubiläum ab 30 Jahren sprechen wir weiterhin über das jährliche „Jubilar*inentreffen“ an, das immer großen Zulauf erfährt, auch wenn hier explizit keine Ehrungen vorgenommen werden.



Foto: Tim Dürbrook



AUSBLICK URWAHL & LANDTAGSWAHL 2027

Dadurch, dass sich im Spätsommer 2024 Serpil Midyatli und Ulf Kämper erklärt haben, für das Amt der Spitzenkandidatin bzw. des Spitzenkandidaten zur Landtagswahl bereit zu stehen, wird 2025 nach unseren Satzungen und Statuten eine Urwahl mit Beteiligung aller Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein durchgeführt werden. Für den Beschluss von Verfahrensrichtlinien und die Berufung eines Wahlvorstandes zur Einhaltung dieser Richtlinien wird der neue Landesvorstand, der auf dem ordentlichen Landesparteitag 2025 gewählt wird, zuständig sein.

Orientieren werden wir uns an den Richtlinien für Urwahlverfahren des Parteivorstandes. Das Verfahren wird offen für weitere Bewerbungen sein sowie fair und transparent für und mit allen Bewerbenden um das Spitzenamt für Schleswig-Holstein durchgeführt werden.

Wenn wir im letzten Quartal 2025 unsere Spitzenkandidatin oder unseren Spitzenkandidaten bestimmt haben, werden wir das Jahr 2026 als „wahlkampffreies“ Jahr nutzen, um uns in den Landtagswahlkreisen gut aufzustellen und um unsere Herzensthemen in ein Wahlprogramm für Schleswig-Holstein zu gießen. Ich freue mich zudem sehr auf die Erarbeitung der kommenden Wahlkampagne, die wir als Landesverband bei Landtagswahlen wie immer selbst verantworten. Nach der Landtagswahl 2027 folgt ein Wahlkampfjahr auf das nächste. Wir werden früh den Blick auf die Unterstützung der Kommunalwahlen in 2028 richten und auch die folgenden Jahre frühzeitig organisatorisch planen müssen (erst 2030 ist voraussichtlich wieder wahlkampffrei). Denn für den Wahlkampf arbeiten und leben wir als Genossinnen und Genossen, im Hauptamt wie im Ehrenamt – wir möchten mit unserer Politik auf allen Ebenen das Leben der Menschen besser machen und werben dafür um ihre Stimmen. Am besten mit Spaß dabei – Wahlkampf ist die schönste Zeit!



DANKESCHÖN

Ganz herzlich möchte ich mich bei allen hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen der Kreisgeschäftsstellen und der Landesgeschäftsstelle für die stets sehr gute Zusammenarbeit bedanken.

In den Kreisgeschäftsstellen konnten wir uns durch Ausscheiden in den Ruhestand bzw. über das Verfolgen anderer beruflicher Ziele im Berichtszeitraum neu verstärken mit Sonja Fesser für den Kreisverband Dithmarschen, Meike Kamin im Kreisverband Pinneberg, Thies Marxen im Kreisverband Flensburg, Pascal Schirmann im Kreisverband Lübeck, Denise Schloo im Kreisverband Segeberg und Gyde Schoof für den Kreisverband Steinburg.

Katharina Mahrt unterstützt nach dem Weggang von Tarek Awad zur Landtagsfraktion das Büro der Landesvorsitzenden. Lars Winter unterstützte den Landesverband bis Herbst 2024 bei der Veranstaltungs- und Kampagnenorganisation – er verließ uns mit dem beruflichen Ziel, die Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente als neue Verwaltungsleitung zu unterstützen. Bei der SGK e.V. bleibt Lars der SPD-Familie als Geschäftsführer erhalten. Hermann Bock übernimmt neben seinen bisherigen Aufgaben im verschlankten Bildungsbereich seit Anfang 2024 erweiterte Aufgaben im Finanz- und Personalbereich und entlastet dadurch den Schatzmeister und auch die Landesgeschäftsleitung tatkräftig.

Tim Dürbrook wurde im Sommer 2024 für die Unterstützung des Social-Media-Bereichs beim Landesverband nach seinem Weggang aus der Juso-Landesgeschäftsstelle eingestellt. Als Juso-Landesgeschäftsführerin hat überdies Rebecca Schriever die Nachfolge von Tessa Bornkessel angetreten. Zuletzt

haben wir im Dezember 2024 Isabelle Schulz eingestellt (die bereits 2017 eine Ausbildung zur Veranstaltungskauffrau beim Landesverband absolviert hatte), um meine Nachfolge bei der Veranstaltungs- und Kampagnenorganisation anzutreten.

Besonderer Dank gilt Marc Fricke, der in Vollzeit in der Landesgeschäftsstelle im Europawahlkampf 2024 für ein paar Monate als „Kampaleitung“ herausragend die Umsetzung des gesamten Wahlkampfs mit verantwortet hat.

Ich danke den Mitgliedern des Landesvorstands, des Betriebsrates und meinem Stellvertreter Alexander Wagner für das Vertrauen in ein neues Landesgeschäftsführungsmodell, darüber hinaus den Vorsitzenden in den Kreisverbänden, sehr vielen tollen Ortsvereinsmitgliedern, den schleswig-holsteinischen Abgeordneten und den Landesarbeitsgemeinschaften – bei den Landes-AGs hat nun Torge Johannsen die hauptamtliche Betreuung übernommen.

Zuletzt geht mein herzlicher Dank an Götz Borchert, nicht nur für seine Arbeit als Landesgeschäftsführer in der Zeit von 2017 bis Anfang 2024, sondern auch dafür, dass er dem Landesverband ab und an mit klugem Rat beiseite steht.

Eure Nina Thielscher,
Landesgeschäftsführerin

✉️ Nina.Thielscher@spd.de
☎️ 0431-90606-48
🌐 spd-sh.de



POLITISCHE BILDUNGSARBEIT NEUE PERSPEKTIVEN, NEUE WEGE

VON HERMANN BOCK

Politische Bildung in der SPD Schleswig-Holstein blickt auf über 30 Jahre Tradition in hauptamtlicher Begleitung zurück. Gleichzeitig ist sie heute gefragter denn je, um neue Mitglieder einzubinden, erfahrene Engagierte weiter zu qualifizieren und den Zusammenhalt zu stärken. So erfüllen wir auch unseren Auftrag, den wir durch das Parteiengesetz haben: Vertiefung politischer Bildung und die Vorbereitung auf Übernahme öffentlicher Verantwortung in Wahlämtern in der Kommune bis zum europäischen Parlament.

Durch frische Formate, moderne Methoden und klare inhaltliche Fokussierung haben wir in den vergangenen Jahren einerseits Bewährtes fortgeführt und andererseits neue Impulse setzen können.

KONZENTRATION AUF STÄRKEN: ARBEITSTEILUNG UND VERNETZUNG

Um Dopplungen zu vermeiden und Angebote noch besser auf Zielgruppen zuzuschneiden, haben wir unsere Bildungsarbeit neu strukturiert. Kommunalpolitische Angebote dort, wo die Profis sitzen: Die **Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK)** nutzt ihren Schwerpunkt, um kommunalpolitische Themen zu schulen. Formate wie die **Kommunalakademie** oder Seminare zu Haushalt- und Baurecht richten sich gezielt an Einsteiger*innen und Aktive in den Kommunen. Daneben konzentriert sich die **Gustav Heinemann Bildungsstätte (GHB)** in **Malente** stärker auf gesellschaftspolitische Fragen. Für eine bessere Kooperation zwischen allen Trägern wurde zudem 2023 das regionale **Netzwerk politische Bildung Schleswig-Holstein und Hamburg** wiederbelebt.

**„DEMOKRATIE
BRAUCHT
DEMOKRATEN.“**

(Friedrich Ebert)

PARTEIARBEIT STÄRKEN: KLASISCHE UND DIGITALE BILDUNGSANGEBOTE

Ob Willkommenswochenenden für Neumitglieder, Seminare für Ortsvereinsvorsitzende, Kassierer*innen-Schulungen oder Train-the-Trainer-Lehrgänge: Vielfältige Formate stehen weiterhin bereit. Auch digitale Tools – von **Videokonferenztools** bis **Sozicloud** und **Openslides** – spielen eine immer größere Rolle. Diese Angebote wurden direkt durch den Landesverband durchgeführt. Wir nutzen eine Mischung aus Online- und Präsenzangeboten. Wir meinen jedoch: Präsenzveranstaltungen bleiben ein wichtiger Bestandteil, weil gerade das persönliche Miteinander den Zusammenhalt fördert und ein anderes „Lernen & Erleben“ ermöglicht. Die Parteischule hat zudem ein umfangreiches Onlineangebot.



ORGANISATIONSENTWICKLUNG UND PROJEKTGRUPPE LANDESVORSTAND

Ein besonderer Schwerpunkt lag zuletzt auf der **Organisationsentwicklung**. Eine Projektgruppe im Landesvorstand hat unter anderem erarbeitet, welche Ziele die politische Bildungsarbeit erfüllen soll und wie sie dabei helfen kann, Mitglieder zu gewinnen, zu qualifizieren und zu vernetzen. Zukünftig soll die Bildungsarbeit noch stärker zur Bindung neuer Engagierter beitragen und den Austausch zwischen Landesvorstand und kommunaler Ebene verbessern.

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN BEI DER SGK

Die SGK hat ihren **Umstrukturierungsprozess** fast abgeschlossen: Ein neuer Landesvorstand, ein neuer Geschäftsführer und eine modernisierte Website sorgen für frischen Wind. Gleichzeitig werden beliebte Formate, zum Beispiel die **Kommunalakademie**, mit neuem Konzept dort fortgeführt. Durch die personellen Überschneidungen zwischen SGK und SPD-Landesvorstand gelingt die enge Abstimmung – ideal, um gemeinsam effektive Angebote zu gestalten.

FAZIT

Auch mit begrenzten Mitteln halten wir an einem **vielfältigen, modernen** Bildungsangebot fest. Dafür setzen wir auf:

- **Neue Teamer*innen**, die digitale und analoge Formate weiterentwickeln
- **Fortschreitende Digitalisierung**, etwa durch Online-Workshops und E-Learning
- **Regionale Präsenz**, um vielen Mitgliedern den Zugang zu ermöglichen
- **Austausch** mit etablierten Trägern wie der GHB und dem wiederbelebten Netzwerk für politische Bildung

Wir bleiben überzeugt, dass politische Bildungsarbeit in der SPD Schleswig-Holstein Menschen zusammenbringt, Wissen vermittelt und Demokratie erlebbar macht. Gemeinsam wollen wir auch weiterhin Wege gehen, die erst durch unser Engagement entstehen.

Hermann Bock,
Bildungs- und Projektmanagement

✉ hermann.bock@spd.de



BERICHT ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG, HUSUM 4.-5.2.2023

Beim zweitägigen ordentlichen Landesparteitag am 4. und 5. Februar 2023 in Husum stand neben den ordentlichen Wahlen für den Landesvorstand vor allem die bevorstehende Kommunalwahl am 14. Mai 2023 im Mittelpunkt. Unter dem Motto „Soziale Politik für Schleswig-Holstein. Für Dich vor Ort“ formulierten wir unsere wichtigsten politischen Schwerpunkte für die kommenden Jahre.

Besondere Aufmerksamkeit galt den Themen bezahlbare Energie, nachhaltiges Bauen und klimafreundliche Mobilität. Serpil betonte in ihrer Rede die Notwendigkeit starker regionaler Energieversorger, um steigende Kosten zu begrenzen. Zudem forderte sie Maßnahmen gegen hohe Mieten und sprach sich für einen klimaneutralen Verkehrssektor aus. Der öffentliche Nahverkehr müsse gleichzeitig günstiger und attraktiver gestaltet werden.

Ein zentraler Beschluss des Parteitags bekräftigte die Unterstützung der SPD für die Reform der Krankenhausfinanzierung, um eine flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Zudem verabschiedete die Partei einen Grundsatzbeschluss zur Klimawende mit dem Ziel, Schleswig-Holstein bis 2040 klimaneutral zu machen.



Unser damaliger SPD-Fraktionsvorsitzender Thomas Losse-Müller hob hervor, dass Klimaschutz sozial gerecht gestaltet werden müsse: „Unsere wichtigste Aufgabe ist es, dass an der klimaneutralen Zukunft alle teilhaben können!“ Gleichzeitig betonte er die wirtschaftlichen Chancen der Transformation für Schleswig-Holstein: „Wir haben die Klimawende erfunden. Das schafft Arbeitsplätze und stärkt unsere Wirtschaft.“

Um die gesteckten Klimaziele zu erreichen, forderten wir in unseren Beschlüssen unter anderem eine 65%ige Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030, den Ausbau von Wärmenetzen für 40 % aller Haushalte und die Installation von 30.000 Ladesäulen im Land. Öffentliche Gebäude sollen verstärkt saniert werden.

Für die Finanzierung der Maßnahmen schlug Thomas die Einführung eines Transformations-Solis bis 2045 vor: „Die Transformation ist ein großer finanzieller Kraftakt. Deshalb muss der Staat Investitionssicherheit schaffen.“ Ein Sondervermögen soll hierfür langfristige Planungssicherheit gewährleisten.



Foto: Tim Dürbrook



BERICHT LANDESWAHLKONFERENZ EUROPA UND AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG, LÜBECK 3.11.2024

Anfang November 2023 haben wir uns in Lübeck versammelt, um die Weichen für die Europawahl im Juni 2024 zu stellen und unsere Kandidatinnen und Kandidaten für das Europäische Parlament zu nominieren. Angeführt wurde die Landesliste von Delara Burkhardt, die seit 2019 im Europäischen Parlament tätig ist und mit 85,45 % der Stimmen breite Unterstützung für ihre erneute Kandidatur erhielt. Die endgültige Aufstellung der Bundesliste erfolgte Ende Januar 2024 in Berlin.



KLARER KURS FÜR EIN STARKES EUROPA

In ihrer Bewerbungsrede betonte Delara die Notwendigkeit eines friedlichen und sicheren Europas. „Wir müssen dafür sorgen, dass Europa das Versprechen für Freiheit und Sicherheit weiter einlöst. Dafür kämpft die europäische Sozialdemokratie jeden Tag“, erklärte sie. Besonders hob sie die Rolle Europas in der internationalen Politik hervor und forderte entschlossene Maßnahmen gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. „Putin will Europa spalten – das dürfen wir nicht zulassen. Wir stehen an der Seite der Ukraine und verteidigen das Prinzip der Unverletzlichkeit von Grenzen.“

BREITE PERSONELLE AUFSTELLUNG

Neben Delara nominierte die Wahlkonferenz drei weitere Kandidatinnen und Kandidaten sowie vier Ersatzkandidaturen für die Bundeswahlkonferenz der SPD.

Auf die weiteren Listenplätze wurden gewählt:

Listenplatz 2: Enrico Kreft

Listenplatz 3: Canan Canli

Listenplatz 4: Hauke Thiessen

Die Ersatzkandidaturen übernahmen:

Ersatz für Listenplatz 1: Christiane Buhl

Ersatz für Listenplatz 2: René Hendricks

Ersatz für Listenplatz 3: Inken Kuhn

Ersatz für Listenplatz 4: Fabian Vehlies

ENGAGEMENT GEGEN RECHTSPOLUS-MUS UND FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Unsere Landesvorsitzende Serpil Midyatli machte deutlich, dass die Sozialdemokratie europaweit das Bollwerk gegen den erstarkenden Rechtspopulismus ist: „Diese Wahl entscheidet darüber, ob diejenigen die Oberhand gewinnen, die mit Angst Politik gegen die Werte der EU machen. Das werden wir nicht zulassen.“ Sie betonte zudem die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit und Umweltschutz als zentrale Themen der SPD für Europa.

STARTSCHUSS FÜR DEN EUROPAWAHLKAMPF

Mit dieser Aufstellung gaben wir den Startschuss für einen engagierten Europa-Wahlkampf. Bundesministerin Svenja Schulze, die als Ehrengast an der Konferenz teilnahm, unterstrich die Bedeutung eines sozialdemokratischen Europas für Frieden, sozialen Ausgleich und den Schutz der Umwelt: „Es lohnt sich mehr denn je, für eine gerechte und nachhaltige EU zu kämpfen.“



BERICHT LANDESWAHLKONFERENZ ZUR VORGEZOGENEN BUNDESTAGS- WAHL, NEUMÜNSTER 7.12.2024



Mit Entschlossenheit und klarem sozialdemokratischem Profil haben wir unsere Landeswahlkonferenz zur Bundestagswahl in Neumünster abgehalten. Die Veranstaltung wurde mit einer engagierten Rede unserer SPD-Vorsitzenden Saskia Esken eröffnet, die die zentrale Bedeutung sozialer Gerechtigkeit betonte. „Das Soziale muss im Mittelpunkt stehen“, stellte Saskia klar und bekämpfte die Ziele der SPD für Familien, Renten, einen gerechten Mindestlohn sowie soziale und innere Sicherheit.

MOTIVATION FÜR EINEN ENTSCHLOSSENEN WAHLKAMPF

Unsere SPD-Landesvorsitzende Serpil Midyatli motivierte die Delegierten für den bevorstehenden Wahlkampf bis zum 23. Februar 2025 und hob die Verantwortung der SPD hervor, die in zwölf Bundesländern Regierungsverantwortung trägt und die größte Fraktion im Bundestag stellt. „Wir laufen nicht weg, auch in Krisenzeiten nicht. Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst und setzen uns für Sicherheit und Perspektiven ein“, betonte sie und unterstrich den Anspruch der SPD, mit sozialdemokratischen Lösungen die Zukunft des Landes aktiv zu gestalten.

STARKE KANDIDIERENDE FÜR EINE GERECHTE POLITIK

Mit einer Liste aus erfahrenen und engagierten Politikerinnen und Politikern setzten wir auf Kompetenz und klare inhaltliche Schwerpunkte. Angeführt wurde die Landesliste von Tim Klüssendorf, einem Experten für Finanzpolitik, der sich für eine Reform der Schuldenbremse und eine gerechte Steuerpolitik einsetzt. Auf Platz 2 folgte Dr. Nina Scheer, die sich als langjährige Kämpferin für den Klimaschutz und eine nachhaltige Energiewende profiliert hat. Dr. Ralf Stegner auf Platz 3 unterstrich die Bedeutung sozialer Sicherheit und demokratischer Grundwerte.

ENTSCHEIDUNGEN ÜBER WEITERE LISTENPLÄTZE

In mehreren Wahlgängen wurden weitere Plätze auf der Landesliste besetzt. Bettina Hagedorn setzte sich knapp für Platz 4 durch, während Truels Reichardt auf Platz 5 gewählt wurde. Christina Schubert konnte sich Platz 6 sichern, gefolgt von Kristian Klinck auf Platz 7. Die weiteren Listenplätze wurden „en bloc“ bestätigt.



Foto: Tim Dürbrook

Die endgültige Landesliste der SPD Schleswig-Holstein für die Bundestagswahl:

1. Tim Klüssendorf (Lübeck)
2. Dr. Nina Scheer (Herzogtum-Lauenburg/Stormarn-Süd)
3. Dr. Ralf Stegner (Pinneberg)
4. Bettina Hagedorn (Ostholstein/Stormarn-Nord)
5. Truels Reichardt (Nordfriesland/Dithmarschen-Nord)
6. Christina Schubert (Kiel)
7. Kristian Klinck (Plön-Neumünster)
8. Johanna Selbert (Flensburg-Schleswig)
9. Felix Wilsberg (Rendsburg-Eckernförde)
10. Canan Canli (Kreisverband Kiel)
11. Bengt Bergt (Segeberg-Stormarn Mitte)
12. Katrin Fedowitz (Kreisverband Segeberg)
13. Hauke Thießen (Steinburg/Dithmarschen-Süd)
14. Cira Ahmad (Kreisverband Herzogtum-Lauenburg)

DIE ARBEITSGEMEINSCHAFTEN IN DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN

02

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEIT (AFA)

Der AfA Landesverband Schleswig-Holstein blickt auf eine ereignisreiche und erfolgreiche Arbeit in den Jahren 2023 bis 2025 zurück. Mit einer Vielzahl an Aktivitäten, Veranstaltungen und politischen Erfolgen haben wir entscheidende Akzente in der Arbeits- und Sozialpolitik gesetzt. Nachfolgend stellen wir die wichtigsten Ereignisse und Errungenschaften dar.

1. KLAUSURTAGUNG 2024

- Am 22. Juni 2024 fand unsere Klausurtagung statt, die sich intensiv mit zukunftsweisenden Themen der Arbeitswelt beschäftigte: Industriepolitik und die Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz (KI/ AI) standen im Mittelpunkt.
- Ziel war es, Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, um eine sozialverträgliche Integration von KI in der Arbeitswelt zu gewährleisten.
- Zudem präsentierten wir neue Materialien für die AfA-Kreisverbände, die im aktualisierten AfA-Design gestaltet wurden. Diese sollen die Sichtbarkeit und die Identifikation der Kreisverbände stärken.

Am Anfang des Jahres 2024 haben wir unsere Co-Vorsitzende Katharina Mahrt auf eigenen Wunsch aus dem Vorsitz entlassen. Wir bedanken uns für ihr großartiges Engagement und ihre Führungsstärke.

2. ERARBEITUNG UND EINBRINGUNG ZENTRALER ANTRÄGE

Der Landesverband hat sich aktiv in die Vorbereitung und Einbringung von politischen Anträgen auf Landes- und Bundesebene eingebracht. Dabei haben wir zentrale Themen aufgegriffen und vorangetrieben:

Einkommenssteuersenkung und Automatisierungsanpassung

- Unser Landesverband hat diesen Antrag initiiert und erfolgreich eingebracht.
- Ziel ist es, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch eine gezielte Senkung der Einkommenssteuer zu entlasten und gleichzeitig steuerliche Anpassungen für Unternehmen vorzunehmen, die durch Automatisierung profitieren.
- Besonders hervorzuheben ist, dass wir hier eine Vorreiterrolle übernommen haben. Der SPD-Landesverband Schleswig-Holstein hat sich nicht aktiv positioniert, sodass wir als AfA die Initiative ergriffen und damit eine bundesweite Diskussion angestoßen haben.

Anpassung des Mindestlohns gemäß der europäischen Richtlinie

Ein zentraler Antrag betraf die schnellere Anpassung des Mindestlohns auf Grundlage der europäischen Mindestlohnrichtlinie. Ziel ist es, das Einkommen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zukunftssicher zu machen und soziale Ungerechtigkeiten zu reduzieren.

Stärkung des Streikrechts

In einem weiteren Antrag haben wir uns für die Erweiterung des Streikrechts eingesetzt, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten zu geben.

Reformierung der Arbeitszeit- und Ruhezeitregelungen

Wir forderten eine Anpassung der gesetzlichen Regelungen an die modernen Anforderungen der Arbeitswelt, insbesondere im Hinblick auf flexiblere und gesundheitsfördernde Arbeitszeitmodelle.

3. ERFOLGE AUF DER AFA BUNDESKONFERENZ

Die Teilnahme an der AfA Bundeskonferenz war ein Meilenstein unserer Arbeit. Unsere Anträge wurden nicht nur erfolgreich eingebracht, sondern auch verteidigt. Besonders hervorzuheben sind folgende Erfolge:

Almut erneut in den Bundesvorstand gewählt

Unsere langjährige Vertreterin Almut Auerbach wurde erneut in den AfA Bundesvorstand gewählt – ein klares Zeichen für die Anerkennung unserer Arbeit auf Bundesebene.

Reform der Mindestlohnkommission

Ein herausragender Erfolg war unser Änderungsantrag zur Reformierung der Mindestlohnkommission im Kontext des 15-Euro-Mindestlohnantrags aus Mecklenburg-Vorpommern. Unser Antrag beinhaltete:

„Diese Anpassung geht einher mit der Reformierung der Mindestlohnkommission mit dem Ziel der Dynamisierung des Mindestlohns, wirksam ab einem Sockelbetrag von 15,00€/Stunde.“

Mit diesem Antrag konnten wir ein zentrales Element zur langfristigen Sicherung eines fairen Mindestlohns verankern.

4. STRATEGISCHE WEITERENTWICKLUNG DER AFA

Der AfA Landesverband Schleswig-Holstein hat sich nicht nur inhaltlich, sondern auch strukturell weiterentwickelt:

- Einführung des neuen Designs und Materials für die Kreisverbände
- Förderung der Vernetzung zwischen Kreisverbänden und Landesverband durch regelmäßige Sitzungen und digitale Formate
- Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit, um unsere Themen auch in der breiten Gesellschaft sichtbarer zu machen

FAZIT: EIN STARKER LANDESVERBAND FÜR EINE GERECHTE ARBEITSWELT

In den Jahren 2023 bis 2025 hat sich der AfA Landesverband Schleswig-Holstein als verlässliche und innovative Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etabliert. Unsere politischen Initiativen, insbesondere der Einkommenssteuerantrag und die Dynamisierung des Mindestlohns, haben bundesweite Aufmerksamkeit erlangt und wichtige Impulse für die sozialdemokratische Politik gesetzt.

Wir danken allen Mitgliedern, Unterstützer*innen und Partner*innen für ihr Engagement und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit, um die Arbeitswelt weiterhin gerecht und zukunftsfähig zu gestalten.

KONTAKT

Landesvorsitzender

Bengt Bergt

 afa@bengtbergt.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION & VIELFALT

Am 17.11.2024 haben wir auf unserer ordentlichen Vollversammlung im Nordkolleg in Rendsburg einen neuen Vorstand gewählt. Mit Durmis Özen und Canan Canli wurde eine erfahrene Doppelspitze gewählt.

Unsere Vollversammlung hat mit Unterstützung von Zebra e.V. über die aktuelle Bedrohung von Rechts unter dem Motto „Das wird man doch noch sagen dürfen – Populismus, Fake News und Brandmauer!!!“ diskutiert.

Zur Bundeskonferenz der AG Migration und Vielfalt im September 2024 haben wir sieben Anträge aus Schleswig-Holstein erfolgreich eingereicht und diskutiert. Unsere Forderungen beinhalteten unter anderem die strukturelle Diskriminierung im Gesundheitswesen, Sensibilisierung des Gesundheitswesens, um Diskriminierung bei Skin of Color zu verhindern, einen besonderen Schutzstatus von Minderheiten angehörenden Geflüchteten, Verbesserungen im Staatsbürgerschaftsrecht für Menschen mit Behinderung und ein bundesweites Verbot der Grauen Wölfe sowie ihrer Vereine und ihrer Symbole. Unseren Anträgen und Forderungen wurde zugestimmt.

Im Bundesvorstand der AG hat uns Canan Canli vertreten, die im September erneut als stellvertretende Vorsitzende weiterhin im AG-Bundesvorstand vertreten ist.

Da wir uns zum Ziel gesetzt haben, die Arbeitsgemeinschaft auch in den Kreisverbänden auszubauen, freuen wir uns, dass die AG MuV in Kiel nun wieder einen aktiven Vorstand gewählt hat und in Kiel eine vielfältige Politik voranträgt.

Die internationalen politischen Ereignisse beschäftigen uns weiterhin. Der anhaltende Angriff auf die Ukraine, die erschreckende Entwicklung in Afghanis-

tan und das damit nicht eingehaltene Versprechen der Rettung gemäß BAP, der barbarische Genozid am 7. Oktober und Themen wie Rassismus sind Teil unserer AG-Arbeit. Ein besonderer Schwerpunkt war das Ziel, einen Abschiebestopp für die Jesidinnen und Jesiden in Schleswig zu erwirken und vor allem einen besonderen Schutzstatus, der dauerhaft gilt, zu erkämpfen. Hierfür haben wir uns mit allen demokratischen Parteien ausgetauscht, an vielen Orten in Schleswig-Holstein Infoveranstaltungen über Jesid*innen in Kooperation mit der AG Migration und Flucht der Grünen und der Sinti Union SH organisiert. Für eine tolle Abschlussveranstaltung im Landeshaus Kiel am 3.9.2024 hatten wir volle Unterstützung von den Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Doris Kratz-Hinrichsen und Torsten Döhring. Im Nachgang zu den Veranstaltungen haben wir uns intensiv mit den Vertretern des SSW ausgetauscht. Der SSW hat dann den Antrag für einen Abschiebestopp für Jesid*innen im Landtag erfolgreich eingebracht.

Ein wichtiger Bestandteil unserer AG bleibt die Vernetzungsarbeit. Mit der Sinti Union SH, Kabul Luftbrücke, FES, LAG Migration und Flucht der Grünen, dem Landesflüchtlingsrat, Seebrücke SH, den Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, dem Afghanischen Stammstisch und vielen Expert*innen aus der schleswig-holsteinischen Zivilgesellschaft haben wir ständigen Kontakt. Die Forderungen, Erfahrungen und Sorgen dieser Expert*innen sind die Basis für unsere AG-Arbeit.

KONTAKT

Durmis Özen & Canan Canli, Landesvorsitzende

✉ oezen.spd-luetjensee@gmx.de

✉ c.canli@gmx.net

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AFB)

Die AfB setzt sich weiterhin aktiv ein für ein chancengleiches und zukunftsfähiges Bildungssystem in Schleswig-Holstein von der frühkindlichen Bildung und Schule über die berufliche Ausbildung in ihrer ganzen Vielfalt und die akademische Ausbildung an den Hochschulen bis in den Beruf.

Die Auswirkungen der Pandemie insbesondere auf Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene, Lehrende und Erziehende bleiben im Fokus. Gemeinsam mit der Landtagsfraktion haben wir bspw. mehr Personal, wie Schulpsychologinnen und Schulsozialpädagogen, angemahnt, da eine klare, konsequente Problemlösungsstrategie fehlt.

Ebenso bearbeiten wir weiterhin die von uns angestoßene Ausbildungsförderung aus einem Guss, von der Schule über Studium und Meister und darüber hinaus, die wir erfolgreich in den Landesparteirat und auf Bundesebene eingebracht haben, und eine stärkere Unterstützung kommunaler Bildungspolitik aktiv und aufmerksam. Hierbei stehen wir mit Fachkundigen sowie Interessenvertretungen, wie bspw. dem Studentenwerk und dem fzs e.V., im guten Austausch. Im Zuge der Bearbeitung des Themas haben wir uns im Dialog mit diversen thematisch zuständigen MdB gegen den FDP-Plan zur deutlichen Erhöhung der Verschuldungsgrenze beim BAföG eingesetzt. Wir haben unsere Zusammenarbeit mit anderen AfB-Landesverbänden ausgebaut. So haben wir u.a. unsere Kooperation mit dem Landesverband Hamburg weiter gefestigt. Unser gemeinsamer Bundes- und Landes-AK zum Thema „chancengleicher Bildungsaufstieg“ arbeitet konzentriert an Impulsen für Chancengleichheit in der Bildung. Gemeinsam mit dem Landesverband Bayern haben wir auf der AfB-Bundeskongress (BuKo) eine Friedensresolution für Nahost zum Beschluss gebracht. Ein weiterer Erfolg der länderübergreifenden Zusammenarbeit

ist ein AK zum Thema „Bundesweiter Sozialindex für den Bildungsbereich“, aus dem ein beschlossener BuKo-Antrag hervorging. Die Anträge unseres LV auf der BuKo haben wir ebenfalls in Verhandlungen und Diskussionen zum Beschluss gebracht.

Die AfB ist auch weiterhin stark vernetzt nach innen und außen und im regen Austausch. Wir nehmen an den Gremiensitzungen der Partei engagiert teil, setzen auf AG-Bundesebene in den Gremien Impulse, erweitern unser Netzwerk und stellen auch weiterhin mit Ulf Daude den erfolgreichen Bundesvorsitzenden der AfB. Mit der Landtagsfraktion arbeiten wir eng zusammen, pflegen einen regen gegenseitigen Austausch und bringen unseren Rat sowie Impulse ein. Außerdem haben wir gemeinsame Runden und Veranstaltungen durchgeführt, bspw. zum Thema „Reform des Referendariats im Lehramt“. Die gut etablierte Vernetzung und Kooperation der Landesarbeitsgemeinschaften koordinieren wir weiterhin mit. Auch mit der Landespartei sind wir vernetzt. Auf dem ordentlichen Landesparteitag wurden alle unsere Anträge beschlossen. Wie üblich war unsere AG zahlreich vertreten.

Wir haben uns um die „Nordkonferenz“ aller AfB-Nordverbände bemüht und diese zum Thema „Chancengleiche, inklusive Schule für Alle“ mit Fachgästen aus Politik und Wissenschaft in Kiel durchgeführt. Fachgäste waren Rainer Schulz (Staatsrat für Schule und Berufsbildung aus Hamburg), Anke Tästensen (Schulrätin des Schul- und Sprachvereins für Nordschleswig in Dänemark), Ines Boban und Prof. Dr. Andreas Hinz (Inklusionsforschende), Martin Habersaat (MdL) für die Landtagsfraktion.

Auf unserer Vollversammlung wurden Mitglieder des Landesvorstands deutlich im Amt bestätigt und

ein großer Teil neu gewählt. Mit der weiter gewachsenen Aktivität der AfB ist es uns gelungen, auch dieses Mal einen thematisch breit aufgestellten Vorstand zu bilden. Wir danken allen, die aus beruflichen Gründen und anderen Verpflichtungen nicht erneut kandidiert haben für ihre engagierte Arbeit und weiterhin bestehende Verbundenheit herzlich. Dem neuen Landesvorstand gehören an: Fabian Reichardt (Landesvorsitzender), Lina Kläschen (stv. Landesvorsitzende), Burkhard Klinke (stv. Landesvorsitzender), Yella Schulz (stv. Landesvorsitzende) und die Beisitzenden Björn Bredow, Gesa Gaedeke, Mats Kluge, Christine Pluhar und Justin Scholze.

Auf Demos gegen Rechtsextremismus und Faschismus sowie gegen Studiengebühren in SH und für die Ukraine waren wir präsent. Zudem haben wir die Initiative für eine gebühren- und kostenfreie KiTa in SH unterstützt.

Im Bundestagswahlkampf sind wir, wie üblich, für alle Kandidierenden mit Rat und Tat ansprechbar und bringen uns vor Ort ein.

Wir danken allen, die sich mit uns für eine chancengleiche und zukunftsfeste Bildungspolitik einsetzen, herzlich! Alle Interessierten sind wie üblich eingeladen, sich bei uns zu melden und mitzuwirken.

THEMENSCHWERPUNKTE WAREN U. A.

- Nach oben durchlässiges Bildungssystem
- Inklusion
- KiTa-Krise
- Chancengleiche und zukunftsfähige Schule
- Zukunftsfähige und chancengleiche berufliche und akademische Ausbildung
- Psychische Gesundheit der Lernenden, Lehrenden und Erziehenden
- Fachkräftemangel in der Bildung
- Bildungsfinanzierung
- Digitalisierung in der Bildung

KONTAKT

Fabian Reichardt, Landesvorsitzender

✉ Reichardt.Politik@gmail.com

🌐 www.afb-sh.de

⌚ AGfuerBildungSH



SPD AGS

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTSTÄNDIGEN (AGS)

Die Arbeitsgemeinschaft Selbstständige (AGS) hat bundesweit mehr als 30.000 Mitglieder und ist die älteste Arbeitsgemeinschaft in der SPD. Wir vertreten die Interessen von Klein- und Kleinstunternehmen, Soloselbstständigen und dem Mittelstand, denn Selbstständige brauchen eine Lobby, eine Stimme in den politischen Gremien und eine politische Heimat.

Wir stehen für eine innovative und sozial-ökologische Wirtschaftspolitik, für eine Kultur der Selbstständigkeit in Schleswig-Holstein und eine Unternehmensethik, die sich am ehrbaren Kaufmann orientiert sowie einer Umweltpolitik, in deren Fokus nachhaltiges Wachstum steht.

Auf der ordentlichen Vollversammlung am 30. Oktober 2023 wurde ein neuer Landesvorstand mit einer Doppelspitze gewählt. Seitdem gehören dem Landesvorstand an:

Guenther Hansen (Vors.), Klaudia Kohlfaerber (Vors.), Regina Selke (Stellv.), Peter Gottschalk (Stellv.), Beisitzerin und Beisitzer: Angela Schmunz-Eggert, Heiko Frost, Jan Lederer, Torsten Meyer-Bogya, Christian Schröder, Marc Timmer, Radek Wagner, Tobias Weil, Kai-Olaf von Wolff. Im AGS-Bundesvorstand wurden wir von Jan Lederer vertreten.

ZU FOLGENDEN THEMEN WURDEN VERANSTALTUNGEN DURCHGEFÜHRT:

- Stürmische Zeiten – KI für den Menschen
- Weltraumbahnhof Nordsee in Schleswig-Holstein
- Autonome Schifffahrt – Innovationssprung für Schleswig-Holstein
- Podcast – Nachrichten, Botschaften, Metakommunikation der Zukunft
- Systemwechsel Rente

UNSERE POLITIKSCHWERPUNKTE

- Antisemitismus, Rechtsradikalismus, antidemokratische Gruppen
- Arbeitsmarkt und Arbeitsmigration
- Bürokratieabbau
- Digitalisierung, Datensicherheit, KI-Gesetzgebung
- Energie- und Transformationsfond
- Fachkräftemangel
- Gerechtigkeitsverwerfungen
- Ökologische und ökonomische Krisen
- Soziale Risiken der Selbstständigen
- Sozialökologische Marktwirtschaft, Gemeinwohlökonomie, Zukunft Wirtschaft

ZUSAMMENARBEIT LANDTAGSFRAKTION UND LANDESVOORSTAND

Wir haben uns am Arbeitskreis Wirtschaft beteiligt, solange dieser aktiv war. Als AGS haben wir Denkansätze und vor allem auch zielgruppenspezifische Themen zur Wirtschaft in Schleswig-Holstein in die Partei eingebracht. Wir wünschen uns von Landesvorstand und Landtagsfraktion ein größeres Ohr für die Anregungen und Impulse aus der Wirtschaft und den Unternehmen.

KONTAKT

Guenther Hansen, Co-Landesvorsitzender

✉ g.hansen@ags-schleswig-holstein.de

🌐 www.agsschleswig-holstein.de

**aGS
FUTURE
LAB**

WIR DENKEN VOR



ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR SENIOR*INNEN (AG 60 PLUS)

Für den gesamten Berichtszeitraum gilt, dass sich der Landesvorstand regelmäßig zu Vorstandssitzungen getroffen hat. Wir haben bei diesen Treffen Anträge zu unterschiedlichen Themen (Wohnen, Pflege, Krankenhausfinanzierung, Fachkräftegewinnung etc.), diverse Anträge für Landesparteirat, Landesparteitag, Landeskongress, Bundeskonferenz, Bundesausschuss und Altenparlament erstellt. Außerdem haben wir unterschiedliche Veranstaltungen durchgeführt und auch immer wieder Treffen mit der „Nordschiene“ (die Gemeinschaft der AG 60 plus Nord Landesverbände) realisiert.

In 2023 wurden die Kommunalwahlen durchgeführt. Hier hat die AG 60 plus ein Schreiben für die ältere Bevölkerung erstellt und über die jeweiligen AG 60 plus-Kreisverbände als Wahlunterstützung versandt.

Im September 2023 haben wir unsere Landeskongress durchgeführt. Im Vorstand sind vertreten:



Gerd Finke, Ursula Bockskopf, Christian Dahl, Kirsten Jordt, Erik Volmar, Holger Harenberg, Leo Wolfram, Gerlinde Böttcher-Naudiet, Uwe Tewes, Paul-Gerhard Haas, Wolfgang Barg (und Günter C. Becker, leider mittlerweile verstorben)

Im April 2024 haben wir eine dreitägige Klausur in Bad Malente durchgeführt. Das Ergebnis war unter anderem eine Postkarte zur Europawahl 2024, auf der unsere Spitzenkandidatin Katarina Barley abgebildet war, mit den Forderungen für ein soziales Europa. Diese Postkarte wurden allen Kreisverbänden kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Ein Highlight war das 30-jährige Jubiläum im September 2024. Wir hatten zwei sehr gut aufgelegte Jubiläumsredner – Lothar Binding, Bundesvorsitzender AG SPD 60 plus und Ralf Stegner, MdB –, die zu aktuellen Themen aus der Finanz- und Außenpolitik vortrugen. Franz Müntefering konnte aufgrund von technischen Problemen der Bahn leider nicht nach Neumünster kommen. Wir möchten uns hier für die sehr große Resonanz bei unseren Genoss*innen bedanken, auch für das Verständnis, dass Franz nicht vor Ort sein konnte.

Das Jahr 2024 endete mit der Bundeskonferenz der AG SPD 60 plus in Berlin. Hier wurde Gerlinde mit dem besten Ergebnis als Stellvertretende Bundesvorsitzende bestätigt. Hervorzuheben ist auch hier wieder die sehr gute Zusammenarbeit in der „Nordschiene“.

KONTAKT

Gerlinde Böttcher-Naudiet, Landesvorsitzende

✉ gerlinde.naudiet@swn-nett.de



ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (SPD FRAUEN)

Die SPD Frauen Schleswig-Holstein haben das Ziel, die Gesamtheit der weiblichen Bevölkerung zu erfassen und in ihrer Arbeit widerzuspiegeln.

Wir organisierten neben den monatlich stattfindenden Vorstandssitzungen auch Klausuren zur Veranstaltungs- und Kampagnenplanung und zur Erarbeitung von Anträgen. Größere, öffentliche Veranstaltungen konnten in den letzten Jahren nicht geplant werden, da der Vorstand personell sehr knapp besetzt war.

Zur Kommunalwahl 2023 wurden die Kandidatinnen mit einer Online-Vorstellungsreihe unterstützt und beim „Bildet Banden!“-Wochenende der SGK zum Frauen-Empowerment in 2023 war der Vorstand ebenfalls präsent und hat mit einer moderierten Fishbowl-Diskussion den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung in der Kommunalpolitik unterstützt.

Die SPD Frauen stehen in einem intensiven Austausch mit anderen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen der Partei und mit den Genossinnen der sogenannten „Nordschiene“.

Auf Landesparteiratssitzungen sind die SPD Frauen mit Stellungnahmen und Anträgen präsent, so mit der Forderung nach einem Verbot der „Jungen Alternative“.

Im Bundesvorstand der SPD Frauen ist Schleswig-Holstein mit Dr. Christiane A. Buhl vertreten, die mit einem sehr starken Ergebnis zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Wie zu allen Bundesfrauenkonferenzen bisher, brachten die schleswig-holsteinischen SPD Frauen auch 2023 zahlreiche Anträge ein und organisierten einen viel

beachteten Auftritt von Canan Canli aus der AG „Migration und Vielfalt“ zum Thema „Frau – Leben – Freiheit“ im Iran.

Im September 2024 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Die neue Doppelspitze besteht aus Bianca Wöller und Juliane Marauska. Stellvertretende Vorsitzende sind Silke Brandt, Heike Grube, India Menzel, Cornelia Östreich, Heide Plücker, Jennifer Wlost und Christin Wolf. Damit sind im Vorstand sechs Kreisverbände vertreten.

In einer konstituierenden Sitzung wurden Themen priorisiert. Besonderen Fokus wird die AG in den kommenden Monaten auf die Themen Gewalt gegen Frauen, Kampf gegen Rechts und die gerechte Aufteilung von Care-Arbeit legen.

Besonders hervorzuheben ist die während der Vollversammlung gefasste Resolution „Hände weg vom Asylrecht!“ Wir fordern eine gerechte, solidarische Asylpolitik, die Schutzsuchenden Sicherheit, Würde und eine faire Chance auf ein neues Leben bietet. Wo auch Politiker*innen „eigentlich“ demokratischer Parteien meinen, an diesem Grundrecht rütteln zu können, müssen sich Sozialdemokrat*innen ganz deutlich positionieren!

KONTAKT

Bianca Wöller & Juliane Marauska,
Landesvorsitzende
✉️ biancawoeller@gmx.de
✉️ juliane.marauska@googlemail.com
🌐 www.asf.spd-schleswig-holstein.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURIST*INNEN (ASJ)

Die äußerst erfolgreiche Arbeit der ASJ in 2024 war durch die vom Justizministerium verkündete „Reform“ der Fachgerichte geprägt. Zur Erinnerung: Mit einer E-Mail an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verkündete die Justizministerin am 24. September 2024, dass alle Arbeits- und Sozialgerichte an einem Ort zentralisiert werden sollten. Betroffen wären 300 Mitarbeitende, über 1.000 ehrenamtliche Richter*innen, die Anwaltschaft und vor allem die vielen Klägerinnen und Kläger gewesen, die fernab ihres Wohnortes Gerichte gehabt hätten.

Die ASJ tauschte sich eng mit dem DGB Nord, den Sozialverbänden, dem Richterbund, der Neuen Richtervereinigung und vor allem der Landtagsfraktion aus. Sie war ab dem 24. September 2024 neben anderen zentrale Akteurin der Gegenkampagne.

Durch die aktive Pressearbeit war die ASJ wahrnehmbar. Die legal tribune online (Ito), KN, sh:z, Hamburger Abendblatt und taz zitierten mehrfach aus den Pressemitteilungen der ASJ zu dem Thema. Als Teil des Bündnisses gegen die Zentralisierung der Arbeits- und Sozialgerichte rief die ASJ zu einer Kundgebung vor dem Landeshaus auf und beteiligte sich mit einem Redebeitrag in Form eines Urteils. An der Seite des Petenten und als dessen fachliche Unterstützung nahm der ASJ Landesvorsitzende Heiko Siebel-Huffmann an der gemeinsamen Sitzung des Petitionsausschusses und Innen- und Rechtsausschuss teil. In Anwesenheit von ca. 100 Zuschauern gelang es den geladenen Verbänden die fachlichen und wirtschaftlichen Behauptungen der Landesregierung zu widerlegen. Parallel zu den öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Diskussionen gab es einen sehr konstruktiven Dialog mit den Justizpolitikerinnen und Justizpolitikern aller Fraktionen.

Bereits nach acht Wochen hat die Landesregierung zu 90 % einen Rückzieher gemacht. Bis auf das Arbeitsgericht in Neumünster bleiben alle Standorte erhalten. Um eine gesichtswahrende Reform aus Sicht des Justizministeriums zu erreichen, werden je zwei Arbeits- und Sozialgerichte zu Außenstellen herabgestuft und Bürosharing eingeführt. Dies klingt nach mehr Effizienz, bedeutet aber Reibungsverluste und einen höheren Verwaltungsaufwand.



KONTAKT

Heiko Siebel-Huffmann, Landesvorsitzender

✉ mail@siebel-huffmann.de

☎ 01522-1972434

📞 04626-187919



ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRAT*INNEN IM GESUNDHEITSWESEN (ASG)

Im November 2023 wurde in der Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokrat*innen im Gesundheitswesen ein neuer Vorstand konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Arne Leisner (Rendsburg-Eckernförde) gewählt, die Stellvertretung übernahmen Juliane Dürkop (Segeberg) und Paul-Gerhard Haass (Rendsburg-Eckernförde).

An Themen hat es der ASG nicht gemangelt. Zwar stellen wir mit Karl Lauterbach den Bundesgesundheitsminister und dieser hat eine Menge an notwendigen Reformen auf den Weg gebracht (Krankenhausstrukturreform, elektronische Patientenakte, Verbesserungen in der Pflegeversorgung, Armut und Gesundheit), aber immer wieder merken wir, dass die Umsetzung auf Landesebene ins Stocken gerät.

Zum Beispiel ist die Krankenhausversorgung Ländersache. Der Bund hat sich mit einer langjährigen Expert*innengruppe des Themas angenommen, wie wir unsere Krankenhäuser unabhängiger von Fallpauschalen machen können (Fallpauschale = es wird bezahlt, was operiert/behandelt wird. Keine Vorhaltung der Leistung). Jedoch müssen die Bundesländer eine Planung für ihre Krankenhäuser vorhalten. Und hier liefert die Landesregierung in Schleswig-Holstein seit Jahren nicht. Der schwarze Peter wird nach Berlin geschoben, eigene Verantwortungen einfach ausgeblendet. Für Notfälle müssen Krankenhäuser oder Versorgungszentren auch im ländlichen Raum schnell erreichbar sein, diese benötigen dann auch eine gute finanzielle Vorhalte-Ausstattung, wie es das neue Krankenhausstrukturreformgesetz vor sieht. Aber Spezialoperationen wie Gelenk- und Herzoperationen muss nicht jedes Krankenhaus operieren können. Dafür kann man dann auch mal

ein paar Kilometer fahren. Dies würde aber für viele Krankenhäuser im Land Veränderungen nach sich ziehen, auch Schließungen, vor diesen Entscheidungen scheut sich die Landesregierung.

Ein anderes wichtiges Thema ist die pflegerische Versorgung: Wir haben uns in mehreren Sitzungen und Veranstaltungen um dieses Thema gekümmert und fordern vom Land eine klare und verlässliche Pflegestrategie. Bislang nichts als Wünsche und Absichtserklärungen, wie wir es in Zukunft schaffen wollen, eine zunehmende Anzahl an Menschen in der Pflege gut zu versorgen, genügend Fachpersonal an Bord zu haben und auch den größten Pflegedienst Deutschlands, die pflegenden Angehörigen, zu unterstützen und zu entlasten. Gesetzgebung und Pflegestrategie für Schleswig-Holstein sind mangelhaft. **Aber: Wir lassen nicht locker!**

Die ASG hat sich intensiv mit dem Zusammenhang von Armut und Krankheit befasst. Zahlreiche Studien belegen auch in Deutschland einen engen Zusammenhang zwischen Gesundheitszustand und sozialem Status. Es besteht ein Lebenserwartungsunterschied von 11 Jahren bei Männern und von 8 Jahren bei Frauen zwischen dem reichsten und dem ärmsten Viertel der deutschen Bevölkerung. 31 % der von Armut betroffenen Männer erreichen nicht das 65. Lebensjahr. Der Gesundheitszustand der von Armut betroffenen Bevölkerung in Schleswig-Holstein ist deutlich schlechter im Vergleich zum Durchschnitt der von Armut betroffenen Bevölkerung in ganz Deutschland.



Ihr Partner für Events & Veranstaltungen

- ✓ Streaming: Live, Video & Webinare,
Hybrid
- ✓ Festinstallation
- ✓ Beschallung, Beleuchtung, Bühnenbau
- ✓ Medien- / CAD-Planung

Sound & Light Service GmbH

An der Strusbek 50
22926 Ahrensburg

04102 47590
info@sound-light-service.de
www.sound-light-service.de

Wir haben einen Antrag auf den Weg gebracht, der dafür sorgen soll, dass sich das Bundesgesundheitsministerium mit den Zusammenhängen beschäftigt: Eine zu gründende Organisationseinheit soll die erforderlichen Maßnahmen erarbeiten, um die Gesundheit der von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen zu verbessern.

Hoffen wir mal, dass dieses wichtige Thema Gehör findet. Hier ist SPD deutlich spürbar: Wir stehen an der Seite derer, die es im Leben nicht so leicht haben. Und wir kämpfen für Verbesserungen!

Die ASG versteht sich als Expert*innenrat: Wir tragen zur innerparteilichen Meinungsbildung bei und freuen uns über Mitstreiter*innen!



Foto: Arne Leisner

KONTAKT

Arne Leisner, Landesvorsitzender
✉ Arne.Leisner@gmx.de
🌐 www.spd-net-sh.de/asg
☎ 0172 4094198



Foto: Tim Dürbrook

Seit 2024 wird der Juso-Landesverband Schleswig-Holstein weiterhin von einer Doppelspitze geführt. Imke Grützmann und Jannis Schatte befinden sich derzeit in ihrer ersten Amtszeit. Seit der Juso-Landeskonferenz im Sommer 2024 komplettieren Kevin Fink, Max Hemming, Luana Marsau, Lena Springer und Fabian Vehlies den gewählten Landesvorstand. Kooptierte Mitglieder sind Thilo Rackow (Schüler*innen-Gruppe), Amelie Ohff (Hochschulgruppen) und Jan-Ole Notzeblum (Auszubildenden- & Beschäftigten-Gruppe).

Zu Beginn des Jahres 2023 konnte der Juso-Landesverband 1.611 Mitglieder verzeichnen. Zum Ende des Jahres 2023 betrug die Mitgliederzahl 1.547, darunter waren 161 Juso-Unterstützer*innen ohne SPD-Parteimitgliedschaft. Zum Jahresende 2024 hatte sich die Mitgliederzahl weiter auf 1.458 verkleinert, unter ihnen 122 Juso-Unterstützer*innen.

Im Mai 2023 fand die erste internationale Ostseekonferenz in Kooperation mit den Jusos aus Mecklenburg-Vorpommern und Genoss*innen aus dem gesamten Ostseeraum erfolgreich in Kiel statt. Die zweite Ostseekonferenz, ausgerichtet von den Jusos MV, fand unter erneuter Beteiligung internationaler Genoss*innen im August 2024 in Wismar statt. Der Juso-Landesverband beschäftigte sich außerdem mit vielfältigen aktuellen Themen, unter anderem zur humanitären Lage im Sudan. Zu diesem Thema wurde ein Antrag an den Juso-Bundeskongress gestellt, der einstimmig angenommen wurden. Aktuell wird sich unter anderem in den einberufenen „AG Westküste“ und „AG Gesundheit“ mit Schwerpunktthemen der letzten Landeskonferenz auseinandergesetzt.

Ein Großteil der vergangenen Monate war geprägt von Wahlkämpfen. Angefangen mit der Europawahl im Juni 2024, zu der wir Jusos mit Aktionen und Unterstützung aus dem Bundesgebiet unseren

Beitrag zum Wiedereinzug Delara Burkhardts ins EU-Parlament leisten konnten, über die Wahlkampfunterstützung zu den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen, zu der wir mit mehr als 20 Jusos tatkräftige Unterstützung leisten konnten, bis hin zur plötzlich vorgezogenen Bundestagswahl. So waren die letzten Wochen bestimmt von der Erstellung verschiedener Konzepte und Jugendwahlkampfmittel, die in diesem Winterwahlkampf ihre Verwendung finden.

Auch außerhalb der Wahlkämpfe waren und sind die Jusos aktiv. Im Rahmen von Vernetzung und politischer Bildung fanden bewährte Veranstaltungen wie die Roten Wochenenden und Juso-Landeskonferenzen statt. Zudem konnte in Zusammenarbeit mit der DGB Jugend Nord im April 2024 der erste Junge Gewerkschaftsrat in Lübeck stattfinden. Darüber hinaus wurden Formate wie die FINTA*-Vernetzung weitergeführt. Die Jusos haben an verschiedenen Demonstrationen mitgewirkt, wie beispielsweise den Demokratiedemos Anfang 2024 und 1.-Mai-Demos im ganzen Land. Auch die Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Akteur*innen wurde weiterhin vorangetrieben, beispielsweise durch Austausch und gemeinsame Seminare mit dem JuFo Kiel und kommend mit der SintiUnion Schleswig-Holstein.

Für die kommenden Wochen liegt der Fokus des Juso-Landesverbandes auf der vorgezogenen Bundestagswahl 2025. Danach werden die geplanten inhaltlichen Veranstaltungen weitergeführt.

KONTAKT

Rebecca Schriever, Landesgeschäftsleitung

✉️ rebecca.schriever@spd.de

🌐 www.jusos-sh.de

📞 0431- 90606-53

🔗 [@jusossh](https://www.facebook.com/jusossh)



UMWELTFORUM (UFO)

ARBEITSWEISE DES UMWELTFORUMS SCHLESWIG-HOLSTEIN

Aufgrund der Tatsache, dass Schleswig-Holstein ein Flächenland ist und wir zum Teil große Distanzen bewältigen müssen, um uns in Präsenz treffen zu können, haben wir in Abstimmung mit den UFO-Mitgliedern entschieden, unsere Treffen zum großen Teil online/digital durchzuführen. Grundsätzlich würden wir jedoch gerne, sofern organisatorisch und planerisch machbar, ein bis zwei Treffen pro Jahr in Präsenz veranstalten.

Unser Verteiler enthält um die 300 Adressen, an die wir unsere Einladungen zu unseren Treffen senden. Diese Adressen wurden u. a. letztes Jahr in mühevoller Recherche von Mitgliedern des UmWeltforums zusammengetragen bzw. uns von den vorherigen Sprechern und Mitgliedern des UFO übergeben. An dieser Stelle noch einmal ganz herzlichen Dank dafür!

Die Einladungen werden ebenfalls über den Verteiler der Geschäftsstelle des Landesverbands versandt. Es gibt seit Neuerem die Möglichkeit, die Veranstaltungstermine auch über einen Newsletter des SPD-Landesverbands anzukündigen.

Leider erreichen wir auf diesem Wege für unseren Geschmack immer noch zu wenige SPD-Mitglieder, um sie auf unser Angebot aufmerksam zu machen. Wir suchen immer nach Möglichkeiten, mehr Mitglieder anzusprechen, aber das ist unter den aktuellen Voraussetzungen nicht einfach.

DURCHGEFÜHRTE VERANSTALTUNGEN, THEMEN UND AKTIONEN

Seit dem letzten Landesparteitag im Jahr 2022 haben wir sieben Online-Veranstaltungen im Jahr 2023 und sieben Online-Veranstaltungen im Jahr 2024 mit verschiedenen Politiker*innen aus den Reihen der SPD durchgeführt, um interessierte SPD- sowie Nicht-Parteimitglieder über bundes- und landespolitische Themen aus Umwelt- und Klimapolitik zu informieren, mit ihnen zu diskutieren und auch unsere Politiker*innen aktiv in ihren Positionen zu unterstützen oder selbst aktiv zu werden.

Am 24.6.2023 führten wir im Walter-Damm-Haus in Kiel einen Workshop in Präsenz durch, um Themen und Arbeitsstruktur des UmWeltforums zu diskutieren und zu erarbeiten.

Wir unterstützten unsere Abgeordnete Sandra Redmann in ihrer Position zum Thema „Nationalpark Ostsee“ mit einem Positionspapier und ihre Veranstaltung „Kleingärten als Orte der Biodiversität“. Ebenso unterstützten wir unsere Bundestagsabgeordnete Nina Scheer in ihrer Position zum fortwährenden „Verbot der Verpressung von CO₂, „CCS genannt“, auf der Landesparteiratssitzung im November 2023. Außerdem bezogen wir in einer Pressemitteilung kritisch Stellung zur Verkehrspolitik der aktuellen Landesregierung in Schleswig-Holstein. Zuletzt beteiligten wir uns mit drei Papieren aus der Mitte der UFO-Adressaten und einem eigenen Papier mit Positionen aus dem UmWeltforum am „Call for Papers“ zur vorgezogenen Bundestagswahl.

Wir würden gerne mehr Veranstaltungen durchführen, aber das ist oft schon alleine aufgrund von Sitzungswochen, Ferien und vollen Terminkalendern organisatorisch nicht möglich.

WÜNSCHE FÜR DIE ZUKUNFT

Wir wünschen uns eine bessere Erreichbarkeit der Mitglieder, um auf unsere Arbeit aufmerksam machen zu können.

Umwelt- und Klimathemen gehen uns alle an – es geht um das Überleben unseres Planeten, um die Existenzsicherung von uns Erdbewohner*innen. Trotz einiger Gegendarstellungen von jenen, die den Klimawandel und das dramatische Artensterben

nicht wahrhaben wollen oder aus Eigeninteresse negieren, ist diese Tatsache leider sehr real. Niemandem dürften die Wetterereignisse im Jahr 2024, dem wärmsten seit Aufzeichnung der Temperaturlaufzeichnungen, entgangen sein. Wir steuern mit Tempo auf eine Überhitzung der Erde zu. Gleichzeitig schlagen die Umweltverbände Alarm – wir befinden uns im größten Artensterben seit dem Aussterben der Dinosaurier: Ein Viertel der Säugetierarten, jede achte Vogelart, mehr als 30% der Haie und Rochen sowie 40% der Amphibienarten sind bedroht. Das Artensterben gilt neben der Klimakrise als die größte Bedrohung für unseren Planeten und unser eigenes Leben. Wir sägen an dem Ast, auf dem wir sitzen.

Die Auswirkungen der Klima- und Umweltkatastrophe sind ein zutiefst sozialdemokratisches Thema, denn sie treffen zuerst die sozial Schwachen. Umweltpolitik ist schon lange Teil der SPD-DNA. Wir sollten dieses Thema nicht den anderen Parteien überlassen!

Eine wirklich effektive SPD-Lobby für die Umwelt und das Klima ist jedoch nur möglich, wenn alle SPD-Mitglieder – oder auch SPD-nahe Interessent*innen – Zugang zu umwelt- und klimapolitischen Themen aus SPD-Sicht haben, um sich ihre eigene Meinung zu bilden und ggf. aktiv werden zu können.

Wir halten es daher für wichtig, allen SPD-Mitgliedern Zugang zu umwelt- und klimapolitischen Fragen zu geben und sich klima- und umweltpolitischen Themen zu stellen. Wir wollen über die aktuelle Situation im politischen Raum sowie die politischen Diskussionen und Auseinandersetzungen informieren und allen die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen, Hintergründe bestimmter politischer Entwicklungen und Entscheidungen zu verstehen und Einblicke in die aktuellen Entwicklungen im Umwelt- und Klimabereich zu bekommen. Gleichzeitig sollen alle Interessierten die Möglichkeit haben, sich aktiv in die Gestaltung der Umweltpolitik einzumischen und Forderungen zu stellen. Mit unseren Bundes- und Landtagsabgeordneten haben wir die Möglichkeit, direkt auf Klima- und Umweltpolitik in Land und Bund einzuwirken.

Wir wünschen uns deshalb eine größere Reichweite unserer Einladungen für unsere Veranstaltungen.

WÜNSCHE FÜR DIE ORGANISATIONSSTRUKTUR

Leider haben wir noch keine zufriedenstellende Lösung gefunden, wie wir alle SPD-Mitglieder in Schleswig-Holstein mit unseren Einladungen erreichen können, ohne jene zu stören, die nicht so viele E-Mails erhalten möchten. Außerdem wünschen wir uns deutlich mehr Möglichkeiten für Interaktionen der umwelt- und klimainteressierten SPD-Mitglieder.

Ein Wunsch ist daher eine eigene Seite für das UmWeltforum auf der Homepage der SPD Schleswig-Holstein, wo wir Neuigkeiten und Wissenswertes einstellen und über Sitzungstermine und relevante, aktuelle Entwicklungen informieren können. Schön wäre z. B. eine Art Schwarzes Brett für Informationen zu Veranstaltungen etc.

Ebenso wünschen wir uns, z. B. in Form einer Unterseite, einen digitalen Raum für den direkten und digitalen Austausch für SPD-Mitglieder zu unseren Themen, wie z. B. ein Chatforum. Wichtig ist uns hier der unmittelbare Austausch in einem geschützten, digitalen Bereich, der flexibel gestaltet werden kann.

Wir hoffen, dass sich in absehbarer Zeit eine Möglichkeit findet, damit wir schnell und informell Informationen, Veranstaltungshinweise, Aktionen, politische Vorgänge und Diskussionen und ggf. Stellungnahmen etc. austauschen und diskutieren können, ohne E-Mail-Verteiler und ohne private Adressdateien bemühen zu müssen.

Uns macht die Arbeit für das UmWeltforum sehr viel Spaß. Gerne nehmen wir Anregungen entgegen und freuen uns zukünftig auf eine rege Teilnahme unserer Genossinnen und Genossen.

KONTAKT

Sprecher*innen des SPD-UmWeltforums

Schleswig-Holstein:

Kirsten Petersohn

✉ post@kirsten-petersohn.de

Axel Schnorrenberg

✉ kontakt@axelschnorrenberg.de



SGK – SOZIALE DEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK E.V.

Die SGK ist ein eingetragener Verein, in dem sich sozialdemokratische Kommunalpolitiker*innen zum Austausch von Informationen und Meinungen, zum Zwecke der Weiterbildung sowie der Optimierung ihrer kommunalpolitischen Aktivitäten organisiert haben. Nach den Beschlüssen der Bundes-SPD „Starke Kommunalpolitik nur mit der SGK“ haben auch in Schleswig-Holstein die Landesvorstände von SPD und SGK in einem Grundsatzbeschluss ihre Zusammenarbeit vereinbart. Darin hat die SPD zugesagt, alle kommunalpolitisch Tätigen aufzufordern, Mitglied in der SGK zu werden. Zudem gibt die Vereinbarung allen SPD-Mitgliedern die Möglichkeit, sich bei der Erfüllung ihrer kommunalen Aufgaben von der SGK beraten und begleiten zu lassen.

Werde auch du Mitglied in der SGK-Schleswig-Holstein!

In der Zeit zwischen Februar 2023 und Dezember 2024 ist viel in der SGK-SH passiert. Im Oktober 2023 übernahm Lars Winter, Bgm. a. D., die Landesgeschäftsleitung von Gerhard Schulze, der nach vielen Jahrzehnten SGK-Arbeit in den Ruhestand gegangen ist. Gemeinsam mit dem weiteren Landesgeschäftsführer Thies Thiessen, Bgm. a. D., und der Assistentin Sabine Baerwald werden die laufenden Geschäfte erledigt.

Am 30. Juni 2024 wurde der Landesvorstand neu gewählt. Nach dem Rücktritt des bisherigen Landesvorsitzenden Claudius von Rüden, Bgm. a. D., wurde nach einer Satzungsänderung eine Doppelspitze eingeführt. Dörte Köhne-Seiffert und Oliver Schmidt-Gutzat, Bgm., wurden als Vorsitzende und Björn Warmer, Bgm., und Daniel Schlichting zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Weitere Mitglieder sind: Heike Döpke, Bgm., bis 01.2024, Jörn Eckert, Katrin Fedowitz, Dieter Juhls, Kirsten Michaelsen, Karsten Reimer, Jürgen Weingärtner.

In den Jahren 2023 bis Ende 2024 wurden 14 Seminare durchgeführt. Neben der Kommunalakademie und der Serie „Erfolgreich in der Kommunalpolitik“ kamen neue Seminare dazu. Nun werden auch Rhetorik- und Medienseminare und Hilfestellungen für Aufsichtsräte durchgeführt. Im Rahmen des Frauen-Empowerments wurden Seminare ausschließlich für Frauen angeboten.

Zusätzlich zu den Seminaren wurde der Arbeitskreis Wärmewende eingerichtet, der in Präsenz und auch online tagt.

Weiterhin wurde in vielen Fällen kommunale Beratung gegeben. Fragen zur Ortsvereins- und zur Fraktionsarbeit wurden beantwortet. Hinweise und Tipps zum Vorgehen in der Kommunalpolitik wurden gegeben und bei Direktwahlen wurden Begleitungen und Unterstützungen angeboten.

Die SGK-SH begleitet die kommunalpolitische Lage mit entsprechenden Pressemitteilungen, um sich für die Belange der Kommunen einzusetzen.

Im Berichtszeitraum traf sich der Vorstand zu 15 Sitzungen und einer Klausurtagung.

Das kommende Jahr wird herausfordernd, weil die Landesregierung eine Kürzung der Förderung für politische Bildung um 50% plant. Damit kann die Bildungsarbeit nicht wie gewohnt durchgeführt werden. Umso wichtiger ist es, dass wir unseren Mitgliederbestand erhöhen. Derzeit verzeichnen wir 547 zahlende Mitglieder.

KONTAKT

Lars Winter, Geschäftsführer
SGK Schleswig-Holstein e. V.
✉ Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel
✉ lars.winter@sgk-s-h.de



GESCHICHTSWERKSTATT



MOIN!

Die Geschichtswerkstatt der SPD Schleswig-Holstein, gegründet im Jahr 2010, hat in den letzten beiden Jahren einiges erreicht. Unsere Kerngruppe, bestehend aus etwa fünf Personen, arbeitet intensiv über unser Wiki zusammen, das mittlerweile über 200 registrierte Nutzer*innen zählt, die regelmäßig kleine Beiträge leisten.

WIKI-ARBEIT UND ARTIKEL

In den letzten zwei Jahren haben wir unser Wiki erheblich erweitert. Mittlerweile umfasst es über 2.500 Artikel zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein. Diese Artikel decken eine Vielzahl von Themen ab, darunter Biografien einzelner Personen, Informationen zu Gliederungen und allgemeine Aspekte der Arbeitergeschichte. Besonders hervorzuheben sind die Jahresseiten, die einen Überblick über die Ereignisse seit etwa 1835 bieten. Diese Seiten sind besonders nützlich für diejenigen, die Informationen für Ehrungen suchen und mehr über die Motivationen der Menschen erfahren möchten, die damals in die SPD eingetreten sind.

FEIERLICHKEITEN UND AUSSTELLUNGEN

Ein Höhepunkt der letzten Jahre war die Begleitung der Feierlichkeiten zum 160-jährigen Jubiläum der SPD mit einer Roll-Up-Ausstellung. Diese Ausstellung, die die lange und stolze Geschichte der SPD in Schleswig-Holstein dokumentiert, kann weiterhin beim Landesverband ausgeliehen werden. Sie bietet eine wertvolle Ergänzung für Ehrungen und andere Veranstaltungen.

„NUR WER DIE VERGANGENHEIT KENNT, KANN DIE GEGENWART VERSTEHEN UND DIE ZUKUNFT GESTALTEN.“

(August Bebel)

SONDERMARKEN UND SPENDENAKTIONEN

Eine weitere wichtige Aktivität ist die Produktion von Sondermarken für das Parteibuch, die wir auf den Parteitagen verkaufen. Die Einnahmen aus diesen Verkäufen spenden wir für einen guten Zweck. Zuletzt haben wir eine Marke zu Ehren von Heide Simonis herausgegeben und das eingenommene Geld im Sinne von Heide Simonis an UNICEF gespendet.

VORTRÄGE UND PRÄSENZ

Wir haben unsere Arbeit auf verschiedenen Plattformen präsentiert, darunter auf der Jahrestagung des Arbeitskreises ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten (AvS) in Hamburg sowie beim Barcamp der SPD Kiel. Diese Vorträge haben uns die Möglichkeit gegeben, unsere Arbeit einem breiteren Publikum vorzustellen und neue Mitglieder zu gewinnen.

Fast 1.000 Menschen besuchen unser Wiki pro Woche. Darüber hinaus bekommen wir praktisch wöchentlich Anfragen aus aller Welt zu unserer Arbeit. Sie stammen oft von Nachfahren von Personen, zu denen wir Artikel haben oder Leute, die ihre eigene Familiengeschichte recherchieren. Seltener sind es Anfragen von Medien und Hochschulen.

TREFFEN UND ZUSAMMENARBEIT

Neben der virtuellen Zusammenarbeit über unser Wiki haben wir begonnen, wieder Treffen zu organisieren. Diese Treffen fördern den Erfahrungsaustausch innerhalb der Gruppe.

Die letzten beiden Jahre waren für die Geschichtswerkstatt der SPD Schleswig-Holstein von großer Produktivität und vielfältigen Aktivitäten geprägt. Wir freuen uns auf die kommenden Jahre und hoffen, weiterhin wertvolle Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Schleswig-Holstein leisten zu können.

MITMACHEN UND KONTAKT

Interessierte, die gerne Teil unserer Geschichtswerkstatt werden möchten, können sich auf unserer Website anmelden:

🌐 www.spd-geschichtswerkstatt.de

Oder folgen sie uns auf Mastodon:

Ⓜ <https://spd.social/@geschichte>

Steffen Voß

✉ info@spd-geschichtswerkstatt.de

DIE ARBEIT DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

03



POLITIK OHNE SOZIALES IST WIE SCHLESWIG OHNE HOLSTEIN

VON SERPIL MIDYATLI, FRAKTIONSVORSITZENDE,
UND KAI DOLGNER, PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

Die Günther-Regierung ist den multiplen Krisen unserer Zeit nicht gewachsen. Auf wichtige Fragen der Zukunft für unser Land hat die Landesregierung unter Daniel Günther keine Antwort:

Das Beispiel Kita:

Laut Bertelsmann-Studie fehlen 15.600 Kita-Plätze. Eltern müssen mangelnde Betreuungszeiten auffangen, Beschäftigte schreiben per Postkarten Hilfe-rufe an uns Abgeordnete.

Das Beispiel Schule:

Schulen sind zu oft marode und nicht auf dem neuesten Stand, eine Studie nach der anderen zeigt, dass die Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler auch im Ländervergleich immer schlechter werden.

Das Beispiel Gesundheit:

Medien berichteten erst im vergangenen Sommer wieder vom fortschreitenden Ärztemangel. Wartezeiten auf einen Termin werden lang, Wege zur Praxis länger.

Das Beispiel Wohnen:

Bezahlbares Wohnen ist in weiten Teilen des Landes inzwischen Mangelware und wird zu einer zentralen sozialen Frage, denn die Kosten steigen immer weiter.

Auf diese ungelösten Probleme der schwarz-grünen Landesregierung machen wir mit Fakten aufmerksam und bieten die zukunftsweisenden Antworten, um die Bürgerinnen und Bürger aufzurütteln. Gerade im Sozialbereich herrscht oft eine massive Unterfinanzierung. Gesundheit, Bildung, Wohnungsbau und Kitas leiden besonders darunter.

Viele Menschen spüren, dass etwas Wichtiges fehlt – und das morgen noch mehr als heute. Es fehlen Lehrkräfte, Kita-Plätze, Wohnraum, Pflegepersonal und, und, und ...

Wir wissen, was der Günther-Regierung vor allem fehlt: wirklich soziale Politik.

Das bewegt uns. Das lässt uns nicht kalt. Und deshalb ist es wichtig, dass wir als Fraktion auch angriffs-lustig und als klare (demokratische!) Alternative zur Landesregierung in die Auseinandersetzung gehen. Mit eigenen Ideen und Konzepten wollen wir überzeugen, um die Verantwortung in diesem Land zu übernehmen, die es verdient!

WECHSEL IM FRAKTIONSVORSITZ

Thomas Losse-Müller wurde nach der Landtagswahl zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Er trat aus persönlichen Gründen im Dezember 2023 zurück und schied im Frühjahr 2024 auch aus dem Landtag aus. Thomas hat für sich entschieden einen anderen beruflichen Weg zu gehen. Wir sind ihm dankbar für die geleistete Arbeit und wünschen für die Zukunft alles Gute.

Die Fraktion wählte Serpil Midyatli als Nachfolgerin im Fraktionsvorsitz. Der gesamte Fraktionsvorstand wurde auf seiner Halbzeitklausur im November 2024 in seinen Ämtern bestätigt.

Der weitere Fraktionsvorstand besteht seit der Landtagswahl aus der Vorsitzenden Serpil Midyatli, der stellvertretenden Vorsitzenden Sophia Schiebe und dem parlamentarischen Geschäftsführer Kai Dolgner. Zur Stärkung der politischen Führungsaufgabe wurde der Vorstand um einen weiteren stellvertretenden Vorsitzenden, Martin Habersaat, ergänzt und die Landtagsvizepräsidentin Beate Raudies wurde mit Stimmrecht ausgestattet.

Für Thomas ist Kianusch Stender im April 2024 in den Landtag nachgerückt und bildet zusammen mit Niclas Dürbrook, Birgit Herdejürgen, Thomas Hölck, Birte Pauls, Sandra Redmann und Marc Timmer die übrige Fraktion.



Foto: Maxi Reimers



Die einzelnen Zuständigkeiten können hier abgerufen werden:
spd-fraktion-sh.de/uebersicht-sprecherrollen





SCHLESWIG-HOLSTEIN STECKT IN DER HAUSHALTSKRISE

Die Landesregierung hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Schon vorderschweren Haushaltskrise legte die Günther-Regierung keinen realistischen Plan vor, wie sie denn das selbstgesteckte Ziel der Klimaneutralität 2040 erreichen will. Nun hat sie sich auch noch in eine schwere Haushaltskrise manövriert, die nicht nur den Umbau des Landes gefährdet.

Die Günther-Regierung spürt jetzt, was ihr fehlender Blick in die Zukunft dem Land gebracht hat: keine finanziellen Mittel mehr, um mit der Gießkanne mangelnden politischen Gestaltungswillen zu überdecken und kein Geld mehr, um beliebig die Zahl der Ministerien, Staatssekretär*innen und das Personal in den Pressestäben zu erhöhen.

2023 verhängte die Landesregierung deshalb kurzfristig eine Haushaltssperre, die für viel Verunsicherung sorgte. Sie wurde nach recht kurzer Zeit wieder aufgelöst, aber die Unsicherheit blieb bestehen. Und es kam noch schlimmer.

Nach der Vorlage des Haushalts für 2024 hatten wir erste ernsthafte Zweifel daran, dass dieser mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben für Ausnahmen von der Schuldenbremse in Einklang steht. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Hürden für notlagenbedingte Kredite deutlich erhöht, das ist auch in Schleswig-Holstein zu beachten! Aber die Landesregierung tut so, als ob man mit Notkrediten ewig so weitermachen könnte und brauchte allein für das Jahr 2024 rund 1,5 Milliarden Euro Notkredite. Sie kam vor allem den erhöhten Darlegungspflichten nicht nach.

Bereits mit unserem Transformationsfonds (TraFo.SH) haben wir dokumentiert, vor welcher einer historischen Aufgabe das Land auf dem Weg zur Klimaneutralität steht. Das Konzept kann hier abgerufen werden: spd-fraktion-sh.de



Klar gesagt: Wir sind nicht gegen Notkredite – aber sie müssen selbstverständlich der Verfassung entsprechen. Wie jede*r Bürger*in müssen sich auch Regierungen und Parlamente an geltendes Recht halten, seien es einfache Gesetze oder Verfassungsrecht. Niemand steht über dem Gesetz, auch nicht die schwarz-grüne Regierungskoalition! Auch jedes noch so gemeinnützige politische Ziel rechtfertigt unter keinen Umständen den Bruch geltenden Rechts zu seiner Verwirklichung.

Bis Ende des Jahres 2023 haben wir gutgläubig den Erklärungen der Regierung und Monika Heinold Vertrauen geschenkt, dass sie selbstverständlich nur verfassungskonforme Vorschläge machten.

Bösgläubig sind wir anhand der Nachschiebeliste im Februar 2024 geworden, denn dass die Regierung versucht Daueraufgaben wie Radwege, Polizeiboote oder Schweineställe mit Notkrediten zu finanzieren, hat den Missbrauch von Notkrediten auch für Nicht-Verfassungsrechtler offensichtlich werden lassen. Das haben wir nach Erhalt der Nachschiebeliste auch so gegenüber Regierung und Öffentlichkeit kommuniziert.

Deshalb haben wir zur Überprüfung unseres Verdachts gemeinsam mit der FDP den renommierten Haushaltswissenschaftler Prof. Dr. Simon Kempny von der Universität Bielefeld beauftragt. Er hat nicht nur unseren Verdacht bezüglich der Nachschiebeliste bestätigt, sondern leider auch festgestellt, dass unser Vertrauen schon beim Notlagenbeschluss im November nicht gerechtfertigt war.

Wir können unsere Zweifel ausschließlich vom Verfassungsgericht überprüfen lassen. Eine Opposition, die aus Opportunitätsgründen darauf verzichtet, kommt ihrem verfassungsgemäßen Kontrollauftrag nicht nach. Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Wir legen alles auf den Prüfstand, was unser Gutachter für nicht verfassungskonform hält. Man darf auch nicht für eine Sache, die man inhaltlich für unterstützenswert hält, die Verfassung brechen.

Ob der Wechsel der Finanzministerin im Sommer 2024 oder auch die eindeutigen Aussagen der neuen Finanzministerin, die sich vom vergangenen Haushalt distanziert und für die Zukunft umsteuern will, nicht schon recht eindeutige Hinweise sind, muss zunächst jede und jeder für sich selbst entscheiden.

Aber auch unabhängig von der Frage eines verfassungsgemäßen Haushalts wird Schleswig-Holstein die finanziellen Herausforderungen nicht ohne strukturelle Veränderungen erreichen können.



FÜR EINE SOLIDARISCHE FINANZPOLITIK

Die Schuldenbremse ist keine heilige Kuh. Ihre Reform ist unabdingbar, auch als Lehre aus den vergangenen Krisen. Durch Themensetzungen der SPD ist endlich Bewegung in die Debatte gekommen. Die konkreten Vorschläge der „Wirtschaftsweisen“ sind ein guter Anknüpfungspunkt und wurden von uns in den Landtag eingebracht.

Die aktuelle Schuldenbremse ist nicht zuletzt das Ergebnis der Banken- und Finanzkrise vor rund 15 Jahren. Aber es hat sich gezeigt: Nicht gut geregelt ist der Umgang mit Krisen, deren Folgen langfristig nachwirken. Sie engt den aktiven Staat ein, wo dieser dringend handlungsfähig sein muss.

Trotz mehrmaliger Aufforderung und auch Einladung zu einem gemeinsamen Vorgehen unsererseits, ist die Günther-Regierung nicht tätig geworden.

Neben einer Reform der Schuldenbremse – die mittlerweile von zahlreichen Expertinnen und Experten unterstützt wird – ist der Zeitpunkt gekommen, auch die ungleiche Vermögensentwicklung zu korrigieren.

Eine solidarische Finanzpolitik bedeutet, dass alle mit extrem großen Vermögen mit einem gerechten Anteil an den Aufgaben des Staates beteiligt werden. Denn die allermeisten Menschen in unserem Land erkennen die gigantische Ungerechtigkeit darin: Man geht jeden Tag zur Arbeit und kommt gerade so über die Runden. Gleichzeitig gibt es einige wenige, die allein von ihren riesigen Vermögen leben.

Seit der ersatzlosen Aussetzung der Vermögensteuer 1996 unter Helmut Kohl hat die Schieflage der Vermögensverteilung dramatisch zugenommen. Die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich ist ein krasser Widerspruch zum Bild einer gerechten und solidarischen Gesellschaft und ist zur Gefahr für den Zusammenhalt geworden. Wir sehen in der Wiedereinführung der Vermögensteuer ein geeignetes Mittel, um die Konzentration von großen Vermögen zu begrenzen.

Die Vermögensteuer kommt direkt den Landeshaushalten zugute. Auf diese Weise könnte sie direkt für verlässliche Kitas, moderne Schulen, Gesundheitsinfrastruktur und bezahlbares Wohnen eingesetzt werden.

STADT OHNE WOHNRAUM IST WIE STRAND OHNE KORB

Der Mangel an Wohnraum in Schleswig-Holstein ist so groß wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Im gesamten Land fehlt mittlerweile bezahlbarer Wohnraum. Laut Bevölkerungsprognose brauchen wir bis 2045 in Schleswig-Holstein 160.000 Wohnungen zusätzlich. Der Mieterverband geht davon aus, dass sogar bereits heute 100.000 Wohnungen fehlen. Selbst Menschen mit mittlerem Einkommen haben mittlerweile große Probleme, zu einem angemessenen Preis eine Wohnung zu finden.

Besonders prekär ist die Lage für Einkommensschwache. Die Günther-Regierung versprach im Koalitionsvertrag ursprünglich den Bau von 15.000 neuen Wohnungen pro Jahr. Von diesem Ziel hat sie sich aber längst verabschiedet und hinkt ihm schon jetzt jedes Jahr um tausende Wohnungen hinterher. Die Zahl der Baugenehmigungen bricht dramatisch ein – allein 2023 um 30%. Im sozialen Wohnungsbau kann gerade so der Status Quo von etwa 46.000 Wohnungen gehalten werden. Wir bräuchten aber wesentlich mehr. Da braucht sich auch keiner zu wundern, dass die Zahl der Wohnungslosen immer weiter steigt.

Nirgendwo sonst in Deutschland müssen Mieter*innen einen so hohen Prozentsatz ihres Einkommens für die Miete aufwenden wie in Schleswig-Holstein. Die Bildung von Vermögen und die soziale Teilhabe werden dadurch massiv erschwert.

Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass Wohnen immer mehr zur Existenzfrage und Gefahr für den sozialen Zusammenhalt wird. Es müssen eine Reihe von Hebeln bewegt werden. Eines unserer wichtigsten Vorhaben ist, eine landeseigene Wohnungsgesellschaft zu gründen. Der Markt hat versagt! Ziel ist, dass mindestens 10% aller Mietwohnungen sozial gebunden sind. Das wären rund 84.000 – fast doppelt so viele wie nun. Die Günther-Regierung könnte den Mietwahnsinn heute beenden, wenn sie die Mietpreisbremse wieder einführen, die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum stoppen und Eigenbedarfskündigungen erst zehn Jahre nach Erwerb ermöglichen würde. Das hat sie abgelehnt.

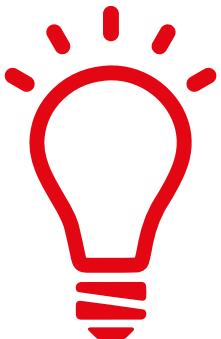


KITA OHNE PERSONAL IST WIE SCHIFF OHNE KIEL

Aktuell gibt es für 15.600 Kinder in Schleswig-Holstein keinen Kita-Platz. Das trifft vor allem Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, Kinder von Alleinerziehenden und Kinder, die aus Familien kommen, in denen kein Deutsch gesprochen wird.

Insgesamt besteht bei Schleswig-Holsteins Kitas eine Finanzierungslücke von 120 Millionen Euro. Die Lösung der Günther-Regierung: 40 Millionen Euro zusätzlich von Land und Kommunen – und dann einfach die Betreuungsstandards absenken und damit sparen. Das Kita-Personal wird aber eine höhere Arbeitsbelastung nicht lange mitmachen. Und dabei fehlen laut Prognosen bis 2030 mindestens 2.400 Erzieher*innen. Tatsächlich beginnen aber weniger junge Menschen diese Ausbildung. Ein Grund könnte sein, dass es in der Regel keine Ausbildungsvergütung gibt. Das muss sich dringend ändern, um diese wichtige Ausbildung attraktiver zu machen. Verbunden mit einer echten Fachkräfteinitiative.

Jedem, der Kinder im entsprechenden Alter hat, sollte der Ernst der Lage eigentlich längst klar sein. Denn schon heute müssen Kitas häufig Gruppen auflösen oder auch ganz schließen, weil der Betrieb bei Krankheitsfällen personalbedingt nicht aufrechterhalten werden kann. Die Eltern können sich auf eine regelmäßige Betreuung nicht mehr verlassen. Zudem wird es unter der Günther-Regierung keine Absenkung der Kita-Gebühren geben. Stattdessen sind vielerorts die Verpflegungskosten für die Familien gestiegen.



SCHULE OHNE LEHRKRÄFTE IST WIE WACKEN OHNE METAL

Mehr als jede zehnte Unterrichtsstunde in Schleswig-Holstein fällt aufgrund des akuten Lehrkräftemangels aus. Dabei wird bereits nach Kräften mit Quereinsteiger*innen aufgestockt, um der Lage noch irgendwie Herr zu werden. Über 10 % der Lehrkräfte an Schulen sind dafür nicht ausgebildet, an Grundschulen sogar über 15 %. An einzelnen Schulen machen ausgebildete Lehrkräfte nur noch die Hälfte des Kollegiums aus. Vertretungslehrkräfte werden in die Verantwortung genommen, vor eine Klasse zu treten, ohne dass sie die Möglichkeit auch nur einer Minute pädagogischer Ausbildung bekommen haben, um fünf Jahre später durch eine neue Vertretungslehrkraft ersetzt zu werden. Das ist für ausnahmslos alle Seiten schlecht.

Der Lernstoff bleibt aber derselbe, mit fatalen Folgen: Die Schüler*innen beklagen Leistungsdruck, leiden unter psychischen Problemen, was ihnen in ihren Zeugnissen dann aufgezeigt wird. Dabei sind es eigentlich nicht sie selbst, die den Anforderungen nicht gerecht werden, sondern die Landesregierung. Manche können in der 5. Klasse noch kein Pixi-Buch vorlesen. Deutschland schneidet in der PISA-Studie desaströs ab. Innerhalb Deutschlands liegt Schleswig-Holstein im Bildungsmonitor auf Platz 10 von 16, Tendenz: fallend. Der Frust führt immer öfter zu Gewalt, selbst gegen Lehrkräfte, wodurch der Beruf nun unattraktiv ist wie nie zuvor. Dringend nötige Entlastungen testet die Regierung über Jahre nur an einzelnen Standorten, statt sie für alle Lehrkräfte spürbar umzusetzen.

Viele Schulen haben mittlerweile mehr Baumängel als Personal. Allein bei Schulgebäuden wird der Sanierungsstau auf 16 Milliarden Euro geschätzt.

Die Schule sollte unseren Kindern ein gutes Leben ermöglichen. Momentan sorgt sie bei ihnen aber bloß für psychische Probleme und Steine, die ihnen in den Weg gelegt werden. Deshalb fordern wir ein Recht auf Nachhilfe, um den Teufelskreis aus Überforderung, Frust und – viel zu oft – auch Gewalt zu durchbrechen. Wir wünschen uns eine neue, partizipative Schulkultur mit mehr Projektlernen. Der Ganztag muss weiter ausgebaut werden, inklusive gemeinsamem Frühstück und Mittagessen. Bei der Zahl der zu unterrichtenden Stunden gilt aber „Qualität vor Quantität“. Für die Schulgebäude benötigen wir ein Bauprogramm. Doch vor allem müssen wir dahin kommen, dass Lehrerinnen und Lehrer ihren Beruf wieder lieben können. Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel haben wir längst vorgelegt.



LAND OHNE ÄRZT*INNEN UND PFLEGEKRÄFTE IST WIE LÜBECK OHNE MARZIPAN

Schon heute gibt es in einigen Regionen kaum noch Haus-, Kinder- oder Fachärzte. Und jeder dritte Hausarzt in Schleswig-Holstein ist 60 Jahre alt oder älter. In anderen Feldern der Medizin sieht es auch nicht besser aus. Nachfolger für ihre Praxen finden aber nur die wenigsten Ärzte. Was das bedeutet, ist klar: Insbesondere in ländlichen Regionen, aber auch schon in den Städten stellt sich die Frage nicht mehr, zu welcher Ärzt*in man geht – weil es vor Ort einfach gar keine mehr gibt. Schon jetzt fehlen 70 Hausärzte und der Mangel wird sich verschärfen. Die wohnortnahe, medizinische Versorgung ist in vielen Gegenden gefährdet.

Nicht zuletzt, weil immer mehr Krankenhäusern die Schließung droht. Doch die Günther-Regierung hat kein Konzept für die Krankenhäuser und die Gesundheitsversorgung. So bleibt bei den Krankenhäusern eine Finanzlücke für Investitionen von über einer Milliarde Euro. Und die flächendeckende Versorgung, speziell bei der Geburtshilfe, ist für die Zukunft nicht sichergestellt.

Am verheerendsten fällt die Bilanz der Landesregierung aber wohl in der Pflegepolitik aus. Heute fühlen sich 57 % aller Pflegekräfte ausgelaugt. Keine andere Berufsgruppe hat einen höheren Krankenstand. Das geht sogar so weit, dass 40 % von ihnen in den letzten 12 Monaten über eine Aufgabe ihres Jobs nachgedacht haben. Bis 2030 benötigen wir mehr als 9.000 Vollzeitkräfte zusätzlich in der Pflege. Gleichzeitig wird die Zahl der Pflegebedürftigen um 33 % steigen. Sprich: Jetzt schon gesundheitsgefährdend überarbeitete Pflegekräfte müssen sich um noch mehr Patient*innen kümmern. Das ist schon kein Pflegenotstand mehr, es ist ein Kollaps mit Ansage.

Gesundheit darf keine Frage des Wohnortes sein. Bei allem Verständnis für Wirtschaftlichkeit: Wenn Schleswig-Holsteins Bürger*innen im Notfall kein Krankenhaus in der Nähe haben, hat die Politik komplett versagt. Die wohnortnahe Grundversorgung muss garantiert sein, ebenso wie die flächendeckende Geburtshilfe. Viele Regionen können auf kein Krankenhaus mehr verzichten. Zur Entlastung von pflegenden Angehörigen benötigen wir dringend mehr Kurzeitpflegeplätze, Tages- und Nachtpflege. Wir müssen Pflege als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen. Dazu gehören auch neue Ideen für die pflegerische Versorgung wie die Entwicklung von Sozialraumkonzepten, der Einsatz der „Community Health Nurse“ und der „Vor-Ort-für-Dich-Kraft“ in den Quartieren.

Und vor allem brauchen wir endlich eine vernünftige Wertschätzung unserer Pflegekräfte, ohne die gar nichts ginge. Bessere Rahmenbedingungen schaffen mehr Arbeitszufriedenheit.





WEITERE BERICHTE AUS DEN FACHBEREICHEN



WIRTSCHAFT

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik setzt auf soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Stabilität und nachhaltiges Wachstum. Durch gezielte Investitionen können wir Wohlstand und Chancengleichheit schaffen, Arbeitnehmerrechte schützen und einen fairen Ausgleich zwischen sozialen und wirtschaftlichen Interessen fördern. Angesichts globaler Krisen, Fachkräftemangel und technologischem Wandel braucht Schleswig-Holstein jedoch dringend Impulse von der Landesregierung. Die Wirtschaft im Land benötigt Planungssicherheit und Unterstützung durch die Landesregierung. Es gibt viele Maßnahmen, die die Günther-Regierung umsetzen könnte, wie den Abbau bürokratischer Hürden oder die konkrete Ansiedlung von Zukunftsunternehmen und der weiteren Zulieferer. Auch der Fachkräftemangel könnte durch eine bessere Ausstattung und dezentrale Struktur des Welcome-Centers bekämpft werden. Die Günther-Regierung muss endlich ihre Hausaufgaben machen.

Foto: Maxi Reimers

VERKEHR

Als SPD-Fraktion fordern wir eine schnelle, bezahlbare und klimafreundliche Mobilität für alle, im ländlichen wie im städtischen Raum. Ein guter ÖPNV muss nachhaltig, barrierefrei und verlässlich sein, daher sollten Verkehre besser verknüpft werden. Wir kritisieren die geplanten Zugabbestellungen der Landesregierung, die Pendler*innen im Schichtdienst treffen und ein fatales Signal für die Verkehrswende und den Klimaschutz aussenden. Zudem setzen wir uns für das Deutschlandticket ein, welches die attraktivste Maßnahme seit Jahren für den Umstieg auf den ÖPNV ist. Das „Erhaltungsprogramm Landesstraßen“ der Günther-Regierung aus 2023 ist bereits heute veraltet, da die Investitionen Jahr für Jahr gekürzt werden, statt die Vorhaben mit ausreichenden Mitteln zu versehen. Das erhöht langfristig die Kosten und verursacht einen größer werdenden Sanierungsstau. Auch beim Radverkehr verfehlt die Landesregierung regelmäßig ihre Ziele, sei es beim Bau und der Sanierung von Radwegen oder bei der Ausbildung von Zweiradmechatroniker*innen.

LANDWIRTSCHAFT

Die Landwirtschaft ist selbst von Klimaveränderungen durch den menschengemachten Klimawandel betroffen. Lange Dürreperioden oder Starkregen gefährden Ernten und Existenz. Auch trägt die Landwirtschaft zu diesen Veränderungen bei. Daher liegt es auch im Eigeninteresse, zur Klimawende beizutragen. Unser Ziel ist es, Agrarförderprogramme so auszurichten, dass nachhaltige Landwirtschaft in Schleswig-Holstein wettbewerbsfähig bleibt – für eine zukunftsfähige Landwirtschaft und intakte ländliche Räume.

Als Fraktion setzen wir uns daher für eine nachhaltige und gerechte Gestaltung des ländlichen Raums ein. Angesichts der Klimakrise und des Verlustes der Artenvielfalt kommt der Landwirtschaft eine Schlüsselrolle zu. Wir setzen uns für den Schutz der Biodiversität, eine deutliche Reduzierung von Düngemitteln und Pestiziden sowie klimafreundliche Produktionsweisen ein.

UMWELTPOLITIK

Wir wollen natürliche Ressourcen bewahren und die Lebensgrundlagen für kommende Generationen sichern – dies verfolgt auch das Ziel einer sozial gerechten Umweltpolitik. Der Erhalt und der Schutz der biologischen Vielfalt spielen eine große Rolle. Viele Arten erfüllen wichtige Aufgaben in der Natur und sichern so unsere Lebensgrundlage. Daher müssen wir dem Artenschwund konsequent entgegentreten. So pochen wir auf die konsequente Umsetzung der Biodiversitätsstrategie des Landes. Es braucht mehr als immer neue Strategieankündigungen – konkrete Taten, wie die zugesagte personelle Unterstützung der Unteren Naturschutzbehörden.

Der Schutz unserer Gewässer ist im Land zwischen den Meeren von zentraler Bedeutung. Das Hin und Her um einen Nationalpark Ostsee hat am Ende nur zu einem geführt: Statt an einem Strang zu ziehen, wurde auf dem Rücken der Ostsee ein schwarz-grüner Machtkampf aufgeführt. Wir haben als SPD-Fraktion stattdessen den Schutz unserer Ostsee in den Vordergrund gestellt – ob mit oder ohne Nationalpark – und schon sehr früh das Thema der Munitionsaltlasten im Meer auf die Agenda gesetzt.

HOCHSCHULE

Die Situation an Hochschulen ist auf verschiedenen Ebenen prekär. Insbesondere studentisch Beschäftigte, die mit ihrer Arbeit wertvolle Beiträge in Wissenschaft, Lehre und Verwaltung leisten, arbeiten an Hochschulen häufig in unsicheren Arbeitsverhältnissen. Da es im Rahmen der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder bisher nicht gelungen ist, einen gemeinsamen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte zu erreichen, haben wir das Thema mit Anträgen und Anfragen weiterverfolgt und werden uns auch weiterhin für verbindliche und faire Arbeitsbedingungen von studentischen Beschäftigten einsetzen.

Das gilt auch für Medizinstudierende im Praktischen Jahr. Auf unsere Initiative wurde im Landtag ein interfraktioneller Antrag einstimmig verabschiedet, der beispielsweise den Einsatz der Landesregierung für eine Mindestvergütung im PJ und einen Mindestabstand zwischen dem dritten Staatsexamen und dem Ende des PJs umfasst – aber auch die Bereitstellung von Arbeitskleidung und Umkleideräumen.

KULTUR

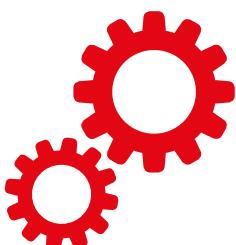
Musikalische Bildung ist ein wichtiger Bestandteil der kulturellen Bildung. Aber gerade den Musikschulen im Land gingen die Töne aus. Durch das sog. Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichtes müssen viele Lehrkräfte in sozialversicherungspflichtige Anstellungen überführt werden. Das ist gerade aus sozialdemokratischer Perspektive gut und richtig, führt aber auch zu Mehrausgaben bei den Musikschulen. 2021 haben wir zusammen mit dem SSW bereits ein Musikschulgesetz eingebracht, das von der Koalition erst abgelehnt wurde – um dann wenig später selbst ein Musikschulfördergesetz zu fordern.

Da das aber auf sich warten ließ, haben wir uns mit Anfragen, Anträgen und Pressearbeit darum bemüht, die Landesregierung nicht nur auf die Vorlage des Musikschulfördergesetzes zu verpflichten, sondern zudem einen Überbrückungsfond bis zum Inkrafttreten des Gesetzes aufzulegen. Mit Erfolg: ab 2025 gibt es eine Million Euro mehr für die Musikschulen.



GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT MIT DÄNEMARK UND MINDERHEITEN

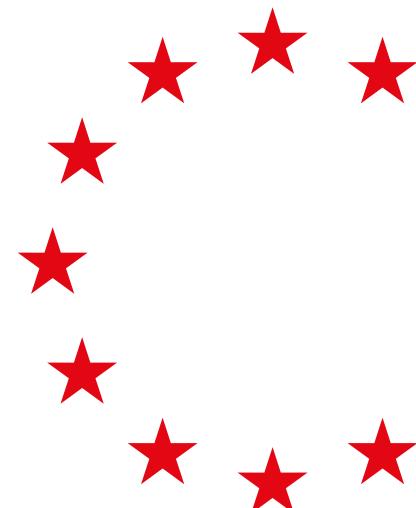
Nachdem wir jahrelang die Binnengrenzkontrollen von dänischer Seite kritisiert haben, sind wir jetzt mit Kontrollen auch von unserer Seite konfrontiert. Auf der Europa-Sprecherkonferenz bekamen wir von allen Landtagsfraktionen Unterstützung, bei unserer Haltung zu bleiben. Die Grenzkontrollen behindern die gewachsene grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Dänemark und auch an den anderen Grenzen Deutschlands, ohne bisher einen nennenswerten Effekt zu haben. Wir haben uns mit parlamentarischen Initiativen dafür eingesetzt, dass Grenzbarrieren weiter abgebaut werden und über den Bund eine Erleichterung rechtlicher Regelungen – über die Grenzen hinweg – kommt, sog. Flexibilisierungsklauseln in Bundes- und Landesgesetzen. Zu unserem Antrag zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Berufsausbildung wird es Ende des Jahres eine Expertenanhörung im Landtag geben.



Wir haben uns weiterhin für die Belange der Minderheiten in Schleswig-Holstein, in der Zusammenarbeit mit Dänemark und in Europa stark gemacht. Die Anliegen der „Minority Safepack Initiative“ zum Schutz nationaler Minderheiten unterstützen wir weiterhin aktiv. Wichtige Themen für uns waren auch die Förderung der Regional- und Minderheitensprachen in der Landesverwaltung. Hier gibt es noch viel Nachholbedarf. Zudem unterstützen wir das Projekt zur Aufarbeitung der Geschichte der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein, das auf unsere Initiative hin beim Landtag angesiedelt ist.

EUROPA

Die Europawahl hat einen Rechtsruck im Europäischen Parlament gebracht. Das Wahlergebnis – vor allem die wachsende Zustimmung für rechtspopulistische Stimmungen unter jungen Wähler*innen – hat uns auch in Schleswig-Holstein beschäftigt. Wir haben von der Landesregierung politische Maßnahmen gegen diesen Trend eingefordert.



Leider müssen wir feststellen, dass die aktuelle Landesregierung noch weniger Motivation zeigt, sich europapolitisch zu engagieren, als die vorherige. Ihr Schwerpunkt liegt, wenn überhaupt, auf der Landwirtschaft und der Entwicklung der ländlichen Räume. Den Green Deal bremsen sie aus. Soziale Fragen werden erst gar nicht thematisiert. Schleswig-Holstein versäumt es unter dieser Landesregierung, sich im Interesse des Landes bei wichtigen europäischen Themen einzubringen. Das haben wir wiederholt kritisiert. Entsprechend haben wir auch den Vorsitz der Landesregierung in der Europaministerkonferenz kritisch begleitet und gefordert, sich stärker europapolitisch zu positionieren.

Wir beteiligen uns weiterhin aktiv an den Gremien der Ostseekooperation. Schwerpunkt der Parlamentskonferenzen war das Thema Resilienz. Wir haben dazu beigetragen, dass dieses nicht nur sicherheitspolitisch beleuchtet wird, sondern auch soziale Fragen und Fragen der Daseinsvorsorge und der Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Resolutionen berücksichtigt wurden.

Scharf kritisiert haben wir den Ausstieg der Landesregierung aus der Nordseekommission und damit der politischen Gestaltung der Nordseekooperation im Interesse des Landes. Die Nordseeregion steht wirtschaftlich und umweltpolitisch vor großen Herausforderungen. Es geht um Interessen Schleswig-Holsteins bei der Schifffahrt, der Fischerei, der Wasserstoff- und Strominfrastrukturen und vielem mehr. Da als Landesregierung auszusteigen, ist mehr als unverständlich.

Mit einem interfraktionellen Antrag haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Regionen bei der zukünftigen EU-Förderung ab 2027 weiterhin entscheidende Mitwirkung haben. Hier gibt es Pläne der EU-Kommission, diese zu zentralisieren. Dieses Thema wird uns weiterhin beschäftigen.

Im November waren wir Gastgeber der Sprecherkonferenz Europa der SPD-Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion, auf der wir so wichtige Themen diskutiert haben wie die Frage der sozialen Stimme im neuen Europaparlament und sozialdemokratischer Initiativen, die wirtschaftspolitische Steuerung in der EU gegen konservative Rückabwicklungen des Green Deals und der Transformation, die Umsetzung der Asylreform, die Frage der Grenzkontrollen und den Umgang mit dem wachsenden Rechtspopulismus in Europa.

KOOPERATION MIT HAMBURG

In der Kooperation mit Hamburg haben wir uns weiterhin für eine Stärkung der Metropolregion Hamburg (MRH) eingesetzt. Eine Ausschussreise nach Rotterdam hat gezeigt, wie andere Metropolregionen erfolgreich arbeiten und uns darin bestärkt, hier mit unseren Forderungen dranzubleiben. Auf unseren politischen Druck hin ist es gelungen zu verhindern, dass Schleswig-Holstein aus der geplanten Innovationsagentur aussteigt, die Grundvoraussetzung für eine starke MRH ist. Im gemeinsamen Ausschuss mit Hamburg haben wir uns zu Mobilitätskonzepten und den Autobahnprojekten, zu gemeinsamer Planung im Energiebereich, der Zusammenarbeit im Katastrophenschutz und der Wissenschaftskooperation ausgetauscht.



INTEGRATIONS- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

Im Bereich der Integrations- und Flüchtlingspolitik sehen wir uns als Wächter*innen der weltoffenen schleswig-holsteinischen Haltung. Dazu zählt für uns auch, das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer*innen, die sich schon lange legal hier aufhalten, sowie das Wahlrecht zur Landtagswahl für EU-Bürger*innen einzuführen. In der Migrations- und Flüchtlingspolitik knüpfen wir an die positiven Erfahrungen des Flüchtlingspaktes in der Küstenkoalition an und fordern entsprechend vorsorgliche Planungen und Maßnahmen von der Landesregierung ein, die dieses – wenn überhaupt – nur zögerlich umsetzt.

Leidtragende sind dabei die Kommunen, die von der Landesregierung bei der Verteilung von Geflüchteten und der Organisation von Abschiebungen im Regen stehen gelassen werden. Wir setzen dagegen weiterhin auf Rückkehrberatung, die bereits in der Vergangenheit deutlich erfolgreicher war als Abschiebemaßnahmen.

INNENPOLITIK

Wir setzen uns für eine gute Ausstattung und attraktive Arbeitsbedingungen in der Landespolizei ein. Dabei erinnern wir die Landesregierung ständig an den Abbau von Versäumnissen und die Beseitigung von Mängeln bei der Ausrüstung und Ausbildung, z.B. die Instandsetzung von maroden Schieß- und Einsatztrainingsstätten. Auch die enorme Überstundenlast und deren Folgen für die Beamt*innen ist ein ständiges Thema unserer Kleinen Anfragen und Berichtsanträge im Innen- und Rechtsausschuss.

Darüber hinaus schauen wir der Landesregierung auch genau auf die Finger, wenn es um den Umgang von Regierungsmitgliedern mit den eigenen Dienstpflichten geht. So haben wir über ein von uns initiiertes Akteneinsichtsverfahren herausgefunden, dass Sozialministerin Touré bei der Entlassung ihrer Staatssekretärin massiv gegen Vorschriften zur Aktenführung und Dokumentation von Personalvorgängen verstoßen hat, die nicht nur eine Überprüfung des Regierungshandelns durch die Opposition, sondern auch Betroffenen die Wahrnehmung ihrer Rechte deutlich erschwert. Dass der Chef der Staatskanzlei offensichtlich unter Missachtung des Ressortprinzips in andere Ministerien hineinregiert und der Ministerpräsident dieses schweigend duldet, war eine weitere Erkenntnis dieses Verfahrens. Dieser Vorgang wird auch Gegenstand eines Missbilligungsantrages gegen Ministerin Touré im Dezemberplenum des Landtages.

Weiterhin unterstützen wir die Pläne der Bundesregierung zur Verbesserung der Inneren Sicherheit durch Anträge im Landtag, während die Landesregierung sich bei entsprechenden Gesetzesvorhaben, die sie selbst einfordert, im Bundesrat oftmals der Stimme enthält.

KOMMUNALPOLITIK

Wir haben gemeinsam mit der Volksinitiative die Pläne der Koalition zu einem weitgehenden Abbau der kommunalen Bürgerbeteiligung größtenteils verhindern können. Hierzu haben wir uns aktiv an der Volksinitiative beteiligt, die die Abbaupläne der Günther-Regierung ausgebremst hat. Den Plan, bei wichtigen Infrastrukturvorhaben das Inneministerium per Verordnung darüber bestimmen zu lassen, ob diese Gegenstand von Bürgerbeteiligung sein können oder nicht, hat die Koalition nach entsprechenden Hinweisen auf die offensichtliche Verfassungswidrigkeit dieser Idee gar nicht erst umgesetzt.

Wir haben durch eine Änderung der Gemeindeordnung gemeinsam mit den anderen Fraktionen dafür gesorgt, dass Ausschüsse in den kommunalen Vertretungen auch dann arbeitsfähig bleiben, wenn deren Vorsitz infolge der Nichtwahl entsprechender – für Demokrat*innen nicht tragfähiger – Kandidaten dauerhaft nicht besetzt werden kann.

JUSTIZPOLITIK

Wir haben gemeinsam mit der ASJ, Gewerkschaften, Sozialverbänden und den Berufsverbänden der Richter*innen erfolgreich den Protest gegen die von der Landesregierung geplante Justizstrukturreform organisiert. Die Justizministerin musste letztlich einsehen, dass ihre von oben und ohne Beteiligung der Betroffenen angeordnete Zusammenlegung von Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit an einem zentralen Standort nicht durchsetzbar ist. Wir werden die weitere Entwicklung, auch hinsichtlich der Pläne für eine Strukturreform der Amtsgerichte, sehr aufmerksam verfolgen und sicherstellen, dass die Interessen von Beschäftigten und dem rechtssuchenden Publikum gewahrt bleiben.



Wir haben uns die Strafvollzugsanstalten im Land angesehen und Gespräche mit den Personalräten über die Situation der Beschäftigten geführt. Dabei stellten wir erhebliche Probleme bei der Personalsituation – insbesondere beim medizinischen Personal – fest, da viele Stellen wegen der unattraktiven Vergütung nicht besetzt werden können. Wir werden uns weiterhin mit den Gewerkschaften für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen.

DIGITALISIERUNG

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, in welchen Bereichen wir akuten Aufholbedarf in der Digitalisierung haben. Die größte Diskrepanz zwischen dem gewünschten Status Quo und der Wirklichkeit in Schleswig-Holstein liegt bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen. Wir haben mehrfach darauf hingewirkt, dass die Landesregierung dafür sorgt, dass die OZG-Leistungen (Onlinezugangsgesetz) endlich medienbruchfrei verfügbar sind. Der Fortschritt, wie viele Leistungen mittlerweile digital sind, ist im Ländervergleich zwar überdurchschnittlich, doch der Eindruck täuscht. Die Landesregierung brüstet sich damit, dass mittlerweile viele analoge Anträge eingescannt wurden und zum Download und Ausdruck bereitstehen. Die Reifegrade sind aber oftmals noch im Anfangsstadium auf Stufe 1 oder 2 (von insgesamt 4). Unter echter Entlastung für Bürger*innen und Verwaltung verstehen wir etwas anderes.



Klar ist auch, dass die personelle Ausstattung im öffentlichen Sektor inakzeptabel ist. Egal ob in Verwaltung, Cybersicherheit oder in anderen Sektoren: Wir setzen uns stets dafür ein, die finanzielle und personelle Ausstattung an die Bedarfe anzupassen.

Wir werden weiter für eine wirkliche Digitalisierungsstrategie mit klaren Schwerpunkten und Zeitplänen kämpfen.

FISCHEREI

Die Küstenfischerei ist von großer Bedeutung für die lokale Wirtschaft, den Tourismus und die Fischereibetriebe an Nord- und Ostsee. Besonders kleinere, handwerkliche Familienbetriebe brauchen klare Zukunftsaussichten und stabile Rahmenbedingungen, um Planungssicherheit zu gewinnen – nicht nur für die nächste Fangsaison, sondern für kommende Generationen. Dabei ist eine intakte Meeresökologie die Grundlage für eine zukunftsfähige Fischerei. Wir setzen uns für den Schutz maritimer Ökosysteme ein, um die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu bewahren. Gleichzeitig fordern wir faire Arbeitsbedingungen und schaffen eine ausgewogene Balance zwischen Umweltschutz und wirtschaftlicher Entwicklung. Angesichts des Klimawandels und der zunehmenden Nutzung der Meere muss die heimische Fischerei gestärkt werden, damit sie sich nachhaltig weiterentwickeln kann. Nur so sichern wir Meeresschutz und wirtschaftliche Stabilität langfristig.

MARITIME WIRTSCHAFT

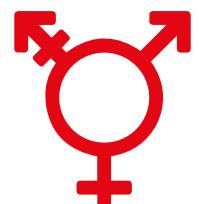
Die schleswig-holsteinischen Werften stehen vor enormen Herausforderungen, zuletzt bei FSG-Nobiskrug in Rendsburg und Flensburg. Das Vorgehen von Investor Lars Windhorst mit verspäteten Löhnen und fehlenden Sozialversicherungsbeiträgen ist untragbar. Die IG Metall und die SPD-Fraktion fordern seit Monaten seinen Rückzug und stehen an der Spitze des politischen Widerstands. Denn die Werften sind systemrelevant – für Arbeitsplätze, Wertschöpfung und nationale Sicherheit. Doch die Günther-Regierung bleibt zögerlich und liefert keine Lösungen.

Eine maritime Zukunftsstrategie muss her und staatliche Unterstützung sollte dort geprüft werden, wo sie sinnvoll ist – in jedem Fall jedoch ohne Lars Windhorst! Beispiele wie die Meyer-Werft in Niedersachsen zeigen, dass staatliches Engagement erfolgreich sein kann. Ebenso ist eine Teilnahme an bundesweiten Programmen, wie dem Sonderbürgschaftsprogramm für Konverterplattformen, entscheidend. Während Bremen und Mecklenburg-Vorpommern hier vorangehen, bleibt Schleswig-Holstein außen vor. Die Beschäftigten brauchen Perspektiven – jetzt, nicht irgendwann.



GLEICHSTELLUNG UND DIVERSITÄT

„Ganz gleich, wer Du bist“: Das Ziel, für alle Menschen gleiche Rechte, gleiche Bedeutung, gleiche Wertigkeit und damit gleiche Würde zu ersteiten, hat uns auch in diesem Jahr beschäftigt. Die Bekämpfung jeglicher Art von Gewalt gegen Frauen und Mädchen – aber auch gegen Angehörige der LGBTQ+-Gemeinde („lesbian, gay, bisexual, transgender, queer“) – steht ganz oben auf unserer Agenda. In Schleswig-Holstein benötigt die Umsetzung der Istanbul-Konvention auf allen politischen Ebenen weiter unsere Aufmerksamkeit, um strukturelle Benachteiligungen sowie Aggressionen gegenüber Frauen und Mädchen abzubauen. Für die bedarfsgerechte Ausstattung der Frauenhäuser und Frauenberatungsstrukturen setzen wir uns trotz schwieriger Haushaltsslage ein und versuchen hier den gemeinsamen Schulterschluss im Landtag. Erreicht haben wir eine Verbesserung der Finanzierung von Beratungsstellen bei Fällen von häuslicher Gewalt und für Sexarbeiter*innen. Wir haben Gespräche mit Vertreter*innen von Opferschutzverbänden, Hilfseinrichtungen und Verwaltungsbehörden geführt und mit den so gewonnenen Erkenntnissen dort an Lösungen gearbeitet, wo Unterstützung gebraucht wird. Hinsichtlich der Strafbarkeitsreform beim Schwangerschaftsabbruch haben wir uns für den progressiven Gesetzesentwurf aus den Reihen von rot-rot-grün im Bund eingesetzt und die Fraktionen des Landtags zur Unterstützung aufgefordert.



ENERGIE

Schleswig-Holstein auf dem Weg zum klimaneutralen Industrieland: Die schwarz-grüne Landesregierung will dieses ambitionierte Ziel bis 2040 erreichen und wir alle wissen, dass dies nur mit einer riesigen, gemeinsamen Kraftanstrengung aller Beteiligten gelingen kann.

Wärmepumpen, Leitungssysteme für Nah- und Fernwärme, sowie für Wasserstoff werden mittelfristig die bisherigen Erdgas-Pipelines und Öltanks ersetzen. Strom wird mit erneuerbaren Energien erzeugt, der Strombedarf wird steigen. Gleichzeitig werden fossile Energien teurer.

Diese Energiewende kann nicht in einem Hauruck-Verfahren erfolgen: Unser sozialdemokratisches Hauptaugenmerk liegt darauf, dass bei den notwendigen Veränderungsprozessen die Belange der Menschen im Mittelpunkt stehen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Umstieg der Wärmeversorgung leistbar ist und gleichzeitig höhere Energiepreise für die Mitte der Gesellschaft sozial verträglich austariert werden. Mieterinnen und Mieter müssen in diesem Prozess ebenso wie Haus-eigentümerinnen und Hauseigentümer geschützt werden. Das einkommensbezogene Klimageld sowie die Unterstützung bei einem Wechsel der technischen Einrichtungen sind hier wichtige Instrumente. Insgesamt setzen wir uns für eine sozial verträgliche Wärmewende ein. Hier muss die Landesregierung eine starke Koordinierungsrolle einnehmen. Ein Beispiel ist die Tiefengeothermie, die hinsichtlich des Versorgungsgebiets nicht an Gemeindegrenzen Halt machen sollte. Die Gemeinden dürfen bei der Wärmeplanung und deren Umsetzung nicht alleine gelassen werden. Ansonsten droht die Benachteiligung insbesondere kleinerer Gemeinden. Denn in der Regel sind hier weniger Personal und Geld für die Umsetzung verfügbar.

Auch die Frage der Finanzierung hoher Investitionen muss Gegenstand der politischen Debatte sein. Mit unserem Trafo.SH haben wir hier einen ersten Aufschlag gemacht. Ob es eines privaten Fonds zur Finanzierung der großen Aufgabe bedarf, ob der Staat hier tätig werden muss oder wie eine Mischung aus beidem aussehen könnte, muss sorgfältig überlegt und abgewogen werden.

Der Einsatz und weitere Ausbau der erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarkraft muss ebenfalls allen Bevölkerungsschichten zugutekommen. Wir sind davon überzeugt, dass man nur auf diese Weise die grundsätzlich breite Akzeptanz in der Bevölkerung Schleswig-Holsteins für die Belange des Umwelt- und Klimaschutzes weiter beibehalten und ausbauen kann. So kann beispielsweise eine gesetzliche Pflicht für den Einsatz von Photovoltaik beim Eigenheimbau im neuen EWKG nur dann akzeptiert werden, wenn der Hausbau daran nicht scheitert: Bei Erforderlichkeit muss die Finanzierung durch staatliche Unterstützung gewährleistet werden.

Dabei ist uns bewusst, dass sich der Einsatz für umwelt- und klimaschonende Techniken lohnt. Allerdings nicht zu jedem Preis, insbesondere dann nicht, wenn Maßnahmen für unverhältnismäßig viel Geld einen vergleichsweise geringen Nutzen haben. Hier muss gesunder Menschenverstand mit einer guten Portion sozialem Verantwortungs- und Gemeinsinn ran.

Es ist gut, dass die Verteilnetzentgelte in Schleswig-Holstein ab 2025 sinken. Dies ist auch ein Verdienst der Bundesregierung und der energiepolitischen Sprecherin aus Schleswig-Holstein, Dr. Nina Scheer. Endlich werden die Entgelte auf Verteilnetzebene von der Bundesnetzagentur bundesweit einem Ausgleichsmechanismus unterworfen. So werden nicht die Menschen einseitig belastet, die aufgrund eines starken Ausbaus der erneuerbaren Energien viele neue oder ertüchtigte Verteilnetze benötigen. Wir werden darauf achten und setzen uns dafür ein, dass diese Reduzierung der Netzentgelte auch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Schleswig-Holstein ankommt.

Weiter haben wir einen Gesetzesantrag in den Landtag eingebracht, der nach niedersächsischem Vorbild für Anwohnerinnen und Anwohner von Windenergieanlagen oder deren Standortgemeinden eine unmittelbare finanzielle Beteiligung beinhaltet. Wir sind sehr gespannt, wie sich schwarz-grün hierzu positionieren wird.

KONTAKT

SPD-Landtagsfraktion

✉ Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

📞 0431 988-1312

🌐 www.spd-fraktion-sh.de

BERICHTE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

04



DIE ARBEIT DER LANDESGRUPPE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

Die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein bestand im Berichtszeitraum aus acht Abgeordneten, die neben ihren eigenen Wahlkreisen auch für unbesetzte Regionen in Schleswig-Holstein zuständig sind. Dadurch haben alle Kreisverbände und Ortsvereine einen direkten Ansprechpartner auf Bundesebene.

Zu den Mitgliedern der Landesgruppe gehörten im Zeitpunkt des Berichtszeitraumes Dr. Kristian Klinck, Bettina Hagedorn, Sönke Rix, Dr. Nina Scheer, Tim Klüssendorf, Dr. Ralf Stegner, Mathias Stein und Bengt Bergt. Sönke Rix fungiert als Sprecher der Landesgruppe.

Die Landesgruppe stellte in der vergangenen Legislaturperiode nicht nur einen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, sondern auch die Sprecherin für Klimaschutz und Energiepolitik der SPD-Bundestagsfraktion. Zudem kamen ein Ausschussvorsitzender und eine stellvertretende Ausschussvorsitzende aus Schleswig-Holstein, ebenso wie Fachpolitiker*innen aus den Bereichen Verkehr, Verteidigung und Finanzen. Kurz gesagt: Schleswig-Holstein war durch die Landesgruppe stark im Bund vertreten.

AUSGEWÄHLTE PROJEKTE DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION VON DENEN AUCH DIE SCHLESWIG-HOLSTEINER*INNEN PROFITIEREN

Schwangere müssen ungestörten Zugang zu Beratungsstellen und ärztlichen Praxen haben. In einer Not- und Konfliktlage sollten sie auf ihrem Weg zur Beratung nicht von Abtreibungsgegner*innen belästigt werden. Dazu gehört auch, Schwangere gegen ihren Willen mit Meinungen und Unwahrheiten zu Schwangerschaftsabbrüchen zu bedrängen. Deswegen haben wir im Bundestag eine Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes beschlossen, damit Gehsteigbelästigungen künftig als Ordnungswidrigkeiten mit einem Bußgeld von bis zu 5.000 Euro bestraft werden können.

Mit dem Startchancen-Programm fördern Bund und Land zukünftig gezielt Kinder und Jugendliche mit besonderem Bedarf. Über einen Zeitraum von zehn Jahren sind dafür insgesamt 20 Milliarden Euro vorgesehen. Dabei wird der Bund die Mittel nicht nach dem Königsteiner Schlüssel verteilen, sondern insbesondere Schulen fördern, die dies benötigen. Zu den nun benannten 2.060 Schulen, die bereits zum Schuljahr 2024/2025 Teil des Programms wurden, gehören 70 Schulen aus Schleswig-Holstein. Bis 2026 müssen die restlichen Schulen bekanntgegeben werden. Insgesamt sollen bundesweit bis zu 4.000 Schulen Förderung erhalten.

Auch nach Ende der Corona-Pandemie haben Chöre, Orchester und weitere Amateurmusikvereine immer noch schwer. Das wirkt sich negativ auf die musikalische Vielfalt aus. Vor diesem Hintergrund hat der Deutsche Bundestag im vergangenen Jahr den Amateurmusikfonds ins Leben gerufen, der nun mit einem Volumen von 4,6 Millionen Euro in die zweite Runde geht.

Am 23.2.2024 hat der Deutsche Bundestag das Cannabis-Gesetz beschlossen – 404 Abgeordnete der SPD, der Grünen und der FDP sowie von den Linken sorgten bei 226 NEIN-Stimmen für sehr klare Mehrheitsverhältnisse. Damit haben wir den seit Jahrzehnten überfälligen Paradigmenwechsel in der Cannabispolitik endlich eingeleitet. Auch wenn dieses Gesetz natürlich Kompromisse enthält, so ist es ein überfälliger Schritt in die richtige Richtung.

Deutschland bekommt einen Veteranentag. Er soll am 15. Juni jeden Jahres begangen werden. An diesem Tag soll der Dienst der etwa 10 Millionen Veteraninnen und Veteranen gewürdigt werden. Insbesondere soll der Respekt und die Wertschätzung für die etwa 420.000 Einsatzveteraninnen und -veteranen im Mittelpunkt stehen.

Als Nachfolger des 9-Euro-Tickets startete das Deutschlandticket am 1. Mai 2023. Abonnentinnen und Abonnenten können für 49 Euro bundesweit rund um die Uhr den öffentlichen Nahverkehr nutzen. In Schleswig-Holstein kann das Deutschlandticket mit dem Jobticket so kombiniert werden, dass Nutzerinnen und Nutzer bei entsprechendem Arbeitgeberzuschuss für 16,55 Euro bundesweit den öffentlichen Nahverkehr nutzen können.

Mit dem Solarpaket haben wir bedeutende Schritte für den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien gesetzlich beschlossen. Insbesondere für Photovoltaik-Anlagen jeder Größenordnung konnten wir eine ganze Reihe von Erleichterungen umsetzen. Die bislang vorgeschriebene Anmeldung von Stecker-solargeräten (Balkon-PV) entfällt; die weiterhin notwendige Anmeldung im Marktstammdatenregister wird deutlich vereinfacht.



Die Landesgruppe trifft sich regelmäßig, um sich mit Interessenvertretungen und Politiker*innen aller Ebenen auszutauschen. Dazu zählen Vertreter*innen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bezirk Nord, die Leitung der Regionaldirektion Nord der Arbeitsagentur sowie der Vorstand des Landeshandwerksrates Schleswig-Holstein e.V., ebenso wie Minister*innen und Staatssekretär*innen aus dem Bund sowie Gesprächspartner*innen aus der Fraktions- und Parteiführung. Darüber hinaus findet ein kontinuierlicher Austausch mit der Landes- und Fraktionsvorsitzenden Serpil Midyatli statt, auch in Form von Klausurtagungen mit allen Mitgliedern der Landtagsfraktion Schleswig-Holstein. Zudem wird regelmäßig mit den Jusos Schleswig-Holstein kommuniziert.

Um über bundespolitische Themen in den Wahlkreisen und Betreuungswahlkreisen zu informieren, organisieren die Mitglieder der Landesgruppe „Fraktion-vor-Ort“-Veranstaltungen zu aktuellen Themen, meist in Zusammenarbeit mit den örtli-

chen Landtags- und Kommunalpolitiker*innen oder anderen Bundestagsabgeordneten. Kürzlich fanden solche Veranstaltungen beispielsweise in Eckernförde zum Thema „Heizen“ und in Neumünster zu „Schutz vor Gewalt gegen Frauen“ statt.

Drei bis vier Mal im Jahr informiert die Landesgruppe in ihrem Infobrief „Bundestag direkt“ über aktuelle Vorhaben und Tätigkeitsschwerpunkte. Dieser Infobrief wird an alle Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein und weitere Interessierte per E-Mail verschickt und ist auch auf der Homepage der Landesgruppe zugänglich.

KONTAKT

Die Mitarbeiterin der Landesgruppe, Julia Bultmann, ist erreichbar unter:

- 📞 04331 330 41 39
- 📠 0176 82 441 330
- ✉️ sh-lg.spd@bundestag.de
- 🌐 www.landesgruppe.spd-schleswig-holstein.de



SPD

Fraktion im Bundestag



EIN PERSÖNLICHER RÜCKBLICK UND EIN BLICK NACH VORN

Mit dem Ende meines Bundestagsmandats schließt sich ein persönlicher Kreis: Vor zwanzig Jahren wurde ich erstmals in einer vorgezogenen Neuwahl in den Deutschen Bundestag gewählt, und nun endet diese Zeit durch eine vorgezogene Neuwahl.

Mein herzlicher Dank gilt allen Genossinnen und Genossen, die mich in den vergangenen zwei Jahrzehnten begleitet und unterstützt haben. Eure Unterstützung in fünf intensiven Wahlkämpfen, euer Engagement und eure Ideen haben wesentlich dazu beigetragen, dass wir gemeinsam große Erfolge feiern konnten. Auf diese Leistungen können wir stolz sein. Auch wenn ich nicht mehr im Bundestag aktiv sein werde, bleibe ich unserer SPD eng verbunden. Ich werde unsere Arbeit weiterhin mit Rat und Tat unterstützen und meinen Beitrag dazu leisten, unsere gemeinsame Vision voranzutreiben.

DIE POLITISCHE LAGE: EIN NOTWENDIGER NEUSTART

Angesichts der großen Herausforderungen unserer Zeit – der Klimakrise, dem Krieg in Europa, steigenden Energiepreisen und einem bröckelnden sozialen Zusammenhalt – haben wir als SPD die notwendigen Antworten gefunden und umgesetzt. Mehr denn je sind Tatkraft, Integrität und Besonnenheit gefragt, um in diesen schwierigen Zeiten klare Orientierung zu bieten.

Wir haben entschlossen und umfassend reagiert, um die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zu mildern. Gleichzeitig haben wir einen Paradigmenwechsel in der Außen- und Sicherheitspolitik eingeleitet, den Klimaschutz konsequent vorangetrieben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt gestärkt. Dabei standen Kinder und Familien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner sowie Unternehmen gleichermaßen im Fokus unseres politischen Handelns.

Das Ende der Ampel-Koalition war darum ein schwieriger, aber notwendiger Schritt.

ERFOLGE UND HERAUSFORDERUNGEN DER LETZTEN LEGISLATORPERIODE

Die vergangenen dreieinhalb Jahre waren von außerdörflichen Herausforderungen geprägt – vom brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine bis hin zu den Auswirkungen der Energiekrise. Dennoch konnten wir als SPD zahlreiche sozialdemokratische Kernanliegen umsetzen. Darunter waren aus meinem Bereich:

Kindergeld

Das Kindergeld ist zum Januar 2023 um 31 Euro für das erste und zweite Kind und um 25 Euro für das dritte Kind auf 250 Euro pro Kind gestiegen. Auch der Kinderfreibetrag wurde mehrfach angehoben, zuletzt im Januar 2024. Der Ausbildungsfreibetrag ist 2023 auf 1.200 Euro gestiegen. Der Kinderzuschlag für Eltern mit geringem Einkommen ist ab Januar 2023 auf bis zu 250 Euro monatlich und ab Januar 2024 auf bis zu 292 Euro monatlich erhöht worden. Kinder und Jugendliche im Bürgergeldbezug erhalten höhere Regelsätze. Von Armut betroffene Kinder,

Jugendliche und junge Erwachsene erhalten seit Juli 2022 außerdem einen Sofortzuschlag von monatlich 20 Euro zusätzlich.

Mindestlohn

Der gesetzliche Mindestlohn wurde zum 1. Oktober 2022 von 10,45 Euro auf zwölf Euro angehoben – eine Lohnerhöhung für mehr als sechs Millionen Beschäftigte. Wer Vollzeit arbeitet, verdiente danach rund 2.100 Euro brutto pro Monat (statt 1.700 Euro) – eine Lohnerhöhung von 22 Prozent. Ein Drittel der berufstätigen Frauen und der Beschäftigten in Ostdeutschland haben davon profitiert.

Außerdem kam die Erhöhung besonders Berufsgruppen mit geringer Tarifbindung zugute, in denen oft weniger bezahlt wird, wie etwa in der Gastronomie oder im Einzelhandel. Zuletzt wurde der Mindestlohn auf Empfehlung der Mindestlohnkommission zum 1. Januar 2024 auf 12,41 Euro angehoben. 2025 steigt er weiter auf 12,82 Euro.

Unterstützung für Schulen in schwierigen Lagen

Das Startchancen-Programm unterstützt gezielt Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Dafür investieren Bund und Länder zusammen rund 20 Milliarden Euro in zehn Jahren. Es ist damit das größte Bildungsprogramm in der Geschichte Deutschlands. Zum 1. August 2024 sind im ersten Schritt 2.125 Schulen an den Start gegangen. Bis zum Schuljahr 2026/27 wird es in ganz Deutschland etwa 4.000 Startchancenschulen geben. Mit dem Startchancen-Programm ist es erstmals gelungen, dass die Mittel nach sozialen Kriterien verteilt werden. Ein echter Paradigmenwechsel, durch den die Schulen mit dem größten Bedarf profitieren.

Paragraf 219a

Direkt zu Beginn der Wahlperiode haben wir den § 219a aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Ärztinnen und Ärzte können nun über Schwangerschaftsabbrüche informieren, ohne sich strafbar zu machen. Frauen haben freien Zugang zu medizinischen Informationen. Damit haben wir ein Relikt aus der Nazi-Zeit abgeschafft und unseren Rechtsstaat an unsere fortschrittliche Gesellschaft angepasst.

Gehsteigbelästigung verboten

Zum Recht der Frau auf Selbstbestimmung gehört auch, dass Schwangere einen ungestörten Zugang zu Beratungsstellen und Arztpraxen haben. Immer wieder aber setzen Abtreibungsgegnerinnen und -gegner schwangere Frauen in Not- und Konfliktlagen auf ihrem Weg zur Beratung unter Druck und belästigen sie. Diese frauenfeindlichen Gehsteigbelästigungen haben wir verboten und mit einem Bußgeld von bis zu 5.000 Euro belegt.

Für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt

Wir investieren in ehrenamtliches Engagement, etwa durch die Finanzierung von Freiwilligendiensten. Zudem stellen wir Mittel für den Kampf gegen Rechtsextremismus, Islamismus, Rassismus sowie Antisemitismus bereit und unterstützen die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung. Besonders der Kampf gegen digitale Gewalt sowie gegen Hass und Hetze ist wichtig. Viele Menschen fühlen sich im digitalen Raum nicht mehr sicher, oft verstummen daher wichtige Stimmen. Deshalb fördert der Bund Projekte wie „HateAid“.

Mehr BAföG

Die Chance auf ein Studium darf nicht vom Geldbeutel oder der Herkunft abhängen. Deshalb haben wir das BAföG deutlich erhöht und mehr Menschen einen Anspruch auf Förderung gegeben. So wurde der Grundbedarf zweimal erhöht: In einem ersten Schritt um 5,75 % und in einem weiteren Schritt zum Wintersemester 2024/2025 um weitere 5 % auf bis zu 475 Euro pro Monat. Der Wohnkostenzuschlag stieg insgesamt auf bis zu 380 Euro.

Zusammen mit erhöhten Kranken- und Pflegeversicherungszuschlägen ist der Förderhöchstsatz damit auf 992 Euro angestiegen – ein Plus von 15 % seit Mitte 2022.

KulturPass

Mit der Einführung des KulturPasses öffnen wir jungen Menschen im Alter von 18 Jahren die Türen zu Kinos, Museen, Konzerten und vielem mehr und stärken zugleich die Kulturbranche. Junge Menschen

im Alter von 18 Jahren erhalten über eine App ein Guthaben von 100 Euro, das sie deutschlandweit für ein breites Kulturangebot einlösen können.

Filmförderung modernisiert

Wir haben das Filmförderungsgesetz modernisiert und die Förderinstrumente des Bundes für die Filmwirtschaft, die mit 120.000 Arbeitsplätzen eine zentrale Branche darstellt, vereinfacht und transparenter gestaltet.

Mehr Wohnheimplätze für Studierende

Mit dem Programm „Junges Wohnen“ fördern wir die Schaffung von Wohnheimplätzen für Studierende und Auszubildende. Dafür stellten wir den Ländern in den Jahren 2023 und 2024 jeweils 500 Millionen Euro Finanzhilfen für ein besonderes Fördersegment im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung. Das Programm wollen wir fortführen.

Auch während der Energiekrise hat die SPD Verantwortung übernommen. Preisbremsen und gezielte Entlastungsmaßnahmen für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie soziale Einrichtungen waren zentrale Instrumente, um die Auswirkungen der Krise abzufedern. Gleichzeitig haben wir erhebliche Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit getätigt und unser Engagement für Frieden und Freiheit in Europa verstärkt.

UNSERE ZIELE FÜR DIE ZUKUNFT

Die bevorstehenden Herausforderungen erfordern einen klaren Fokus auf soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Transformation. Unsere Prioritäten umfassen:

Kindergrundsicherung

Wir werden die Kindergrundsicherung vollenden und damit Familien nachhaltig unterstützen.

Sozialstaat stärken

Mit dem Bürgergeld, der Reform des Wohngelds und weiteren Maßnahmen wollen wir soziale Sicherheit für alle schaffen.



Foto: Linda Schmidt Fotografie

Energiewende vorantreiben

Der Ausbau erneuerbarer Energien und die Sicherung von Arbeitsplätzen in einer klimaneutralen Wirtschaft bleiben im Fokus.

Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren

Wir haben uns klar für die Stärkung der Selbstbestimmung von Frauen, die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und die Verbesserung der Versorgungslage von ungewollt Schwangeren ausgesprochen. (Ob das Gesetz noch vor Ende der Wahlperiode eine Mehrheit im Deutschen Bundestag findet, war zum Redaktionsschluss offen.)

FAZIT

Die SPD-Fraktion hat sichergestellt, dass die Menschen in dieser krisenreichen Zeit nicht allein gelassen werden. Wir haben uns für diejenigen stark gemacht, die unsere Gesellschaft und Wirtschaft tragen. Unser Ziel bleibt es, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, sodass alle Menschen mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Unsere Politik orientiert sich an den Prinzipien der inneren, äußeren und sozialen Sicherheit, die wir als untrennbar miteinander verbunden betrachten. Solidarität, auch von denjenigen, die mehr leisten können, ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil gesellschaftlichen Zusammenhalts.

KONTAKT

Ab März 2025 nicht mehr im Bundestag vertreten:

- 🌐 www.soenke-rix.de
- 𝕏 twitter.com/soenkerix
- Ⓕ facebook.com/soenkerixmdb
- instagram.com/rixsoenke



DR. NINA SCHEER

Seit 2013 vertrete ich den Bundestagswahlkreis 010: Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd im Deutschen Bundestag; in der Legislatur 2021–2025 als direkt gewählte Abgeordnete.

Meine beiden Wahlkreisbüros (Geesthacht und Ahrensburg) teile ich mir mit den dortigen Ortsvereinen. Der Austausch mit Bürger*innen sowie Genoss*innen vor Ort ist mir ein besonderes Anliegen. Regelmäßig lade ich zu offenen Bürgersprechstunden abwechselnd in meine Wahlkreisbüros sowie an einen öffentlichen Ort in Ratzeburg ein. Neben der Veranstaltungsreihe der SPD-Bundestagsfraktion „Fraktion vor Ort“ lade ich auch regelmäßig zu eigenen Veranstaltungsformaten ein. So lud ich beispielsweise im November 2023 gemeinsam mit Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach in Geesthacht zu einer Diskussionsveranstaltung zur inzwischen beschlossenen Krankenhausreform.

Seit dieser Legislaturperiode bin ich Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Fraktionsvorstands. Für eine klimaschützende, ressourcenschonende und zu beschleunigende Energiewende setze ich mich seit vielen Jahren ein. Hierbei geht es um die sektorübergreifende Beseitigung von Hemmnissen und zu verstärkende Anreize für einen forcierten Ausbau Erneuerbarer Energien, um auf diese auch systemisch umzusteigen. In dieser Legislaturperiode sind wir unter meiner Mitwirkung in eben diesem Bereich mit großen Schritten vorangekommen, was bereits an den massiv gestiegenen Ausbauzahlen und Genehmigungszahlen erkennbar ist.

Im Rahmen der Energiepreiskrise in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und entsprechender Verknappungen von Gasverfügbarkeiten unterbreitete ich ein von mir gemeinsam mit Prof. Jens Südekum erarbeitetes Konzept eines Energie-

sparbonus. Elemente aus diesem Ansatz fanden Einzug in die dann von einer Kommission erarbeiteten Energiepreisbremsen, die zu spürbaren Entlastungen der Menschen führten.

Für viele Diskussionen hatte das Gebäudeenergiegesetz (GEG, auch „Heizungsgesetz“ genannt) gesorgt. Auf mein Hinwirken wurden im Zuge der Verhandlungen eine Steigerung und soziale Staffelung von Förderbedingungen, die Verzahnung mit der Kommunalen Wärmeplanung, eine breitere Anwendbarkeit Erneuerbarer Energien-Technologien sowie auch verbesserter Mieterschutz erreicht.

Im dritten Quartal 2024 stammten gut 63 % des erzeugten Stroms aus Erneuerbaren Energien. 2023 waren es noch über 10 % weniger. Dazu beigetragen hat auch das im April 2024 verabschiedete Solarpaket I. Insbesondere für Photovoltaik-Anlagen (PV) jeder Größenordnung konnten auch unter meiner Mitwirkung eine ganze Reihe von Erleichterungen erreicht werden. Dazu zählt unter anderem der Wegfall der bislang vorgeschriebenen Anmeldung von Steckersolargeräten (Balkon-PV). Die vorübergehende Duldung von alten – sog. rückwärtsdrehenden – Stromzählern bedeutet, dass nun jeder ohne Wartezeiten eine Balkon-Solaranlage in Betrieb nehmen kann. Mit der von mir eingebrachten und – wenn auch abgebildet – nun vermindernden Nachtabsehung von Windenergieanlagen wurden mehrere Prozent Ertragssteigerung erreicht.

Unter meiner Federführung und auf meine Initiative hin hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem Positionspapier klare Bedingungen und Leitplanken im Umgang mit Technologien zur Speicherung und Abscheidung von CO₂ (CCU/CCS) beschlossen. Die Vermeidung von CO₂ muss immer Vorrang haben. Da der Gesetzentwurf zum Kohlenstoffspeichergesetz von Robert Habeck darüber hinaus geht und



auch CCS an Gaskraftwerken, mithin für vermeidbare Emissionen vorsieht, konnten wir als SPD Bundestagsfraktion – im dahingehenden Einklang mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – einer Verabschiebung des Gesetzes bislang nicht zustimmen. Es wäre nicht vertretbar, durch entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen den Umstieg auf Erneuerbare Energien erneut wettbewerblich zu bremsen, wie dies aber insbesondere in Bezug auf den Hochlauf von grünem Wasserstoff in Folge von CCS an Gaskraftwerken zu erwarten wäre.

Im Sommer 2023 hatte der Deutsche Bundestag über Vorschläge zur gesetzlichen Neuregelung der Suizidhilfe abgestimmt. Im Vorfeld hatte ich den Entwurf zusammen mit Renate Künast, Katrin Helling-Plahr, Helge Lindh und weiteren Abgeordneten im Wege eines Gruppenantrages erarbeitet. Dieser sah unter anderem eine Regelung zur Zugänglichkeit medizinischer Hilfe außerhalb des Strafrechts, den Aufbau eines Beratungsnetzwerks und Härtefallregelungen unter Ausschluss von Regelungen für Minderjährige vor. Ein weiterer Antrag um den Abgeordneten Lars

Castellucci und insbesondere Unionsabgeordneten sah unter anderem eine Neuauflage des schon einmal in alter Fassung für verfassungswidrig erklärten § 217 Strafgesetzbuch vor. Keiner der Anträge erhielt eine Mehrheit. Gleichwohl konnte in Ablehnung einer Strafbarkeitsregelung eine neuerliche Kriminalisierung von Suizidhilfe abgewendet werden.

Unabhängig von den diskutierten Initiativen zu einem AfD-Verbotsantrag halte ich es für geboten, den Weg eines Parteiverbotsantrags zu entpolitisieren. Wenn verfassungsfeindliche Wirkweisen einer Partei gegeben sind, muss es möglich sein, den verfassungsrechtlichen Schutz eines Parteiverbots wirksam werden zu lassen, ohne dass ein entsprechendes Antragsverfahren aus sich heraus dem Vorwurf parteipolitischer Motive ausgesetzt ist. Um dem entgegenzuwirken, unterbreitete ich den Vorschlag, dem Bundesamt für Verfassungsschutz die Befugnis einzuräumen, einen solchen Verbotsantrag am Bundesverfassungsgericht selbst zu stellen. Die übrigen antragsberechtigten Verfassungsorgane wären dabei zwingend mit einem Vetorecht gegen

die Antragstellung des Verfassungsschutzes auszustatten, um Missbrauchsanfälligkeit eines solchen Antragsweges auszuschließen. Die Änderungen fanden fraktionsseitig keine hinreichende Zustimmung. Der denkbare Weg eines Gruppenantrags, für den es aus allen demokratischen Fraktionen Mitstreiter gibt, hätte seinerseits einer koalitionären Verständigung bedurft, die ebenfalls nicht gegeben war.

Meine Position zu der vom Bundestag verabschiedeten Resolution, einem Entschließungsantrag zu Antisemitismus, erläuterte ich in Stellungnahmen und einer persönlichen Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Darin verurteilte ich den Angriff der Hamas auf Israel. Auch bekräftigte ich das Existenzrecht Israels und die Bekämpfung jedweden Antisemitismus. Gleichzeitig wies ich auf die Problematik mit der in der Resolution verwendeten IHRA-Definition von

Antisemitismus hin und warnte vor der Gefahr, dass in Orientierung an dieser Definition Kritik an der israelischen Regierung fälschlicherweise als Antisemitismus interpretiert werden könnte und als solche mit den Maßgaben des vom Bundestag verabschiedeten Entschließungsantrages sanktioniert werden könnte. Beispiele hierfür werden durch Gerichtsentscheidungen bestätigt, die bereits in Folge einer früheren Verwendung der betreffenden Definition ergingen. Die aufgeworfenen Fragestellungen waren unter anderem Gegenstand eines Streitgesprächs zwischen dem Bundestagsabgeordneten Konstantin Kuhle und mir in DIE ZEIT.

Funktionen im und für den Bundestag in der 20. Wahlperiode: Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion; Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion; Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie; Stellvertretendes



Foto: Tim Dürbrook

Mitglied im Unterausschuss Internationale Klima- und Energiepolitik; Stellvertretendes Mitglied im Rechtsausschuss; Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Stellvertretendes Mitglied im Wahlausschuss; Stellvertretendes Mitglied im 2. Untersuchungsausschuss (Atomausstieg); Mitglied des Beirates der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA)

Funktionen in der SPD (Auswahl): Seit 1987 SPD-Mitglied; seit 2011 Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand; seit 2023 stellvertretende Kreisvorsitzende der SPD Herzogtum Lauenburg

KONTAKT

In Berlin:

✉ Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
☎ 030 227-735 37
✉ nina.scheer@bundestag.de

In Ahrensburg:

☎ 04102 691 60 11

In Geesthacht:

☎ 04152 805 47 40

Im Internet:

🌐 nina-scheer.de
ƒ facebook.com/ninascheer.spd
𝕏 x.com/NinaScheer_SPD
-instagram.com/NinaScheer_SPD



Foto: Fotografenmeister Andreas Hamm





DR. RALF STEGNER

Seit der Bundestagswahl im September 2021 darf ich den Kreis Pinneberg als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter in Berlin vertreten. Gleichzeitig betreue ich mit dem nördlichen Nachbarkreis Steinburg den südlichen Teil des Wahlkreises Steinburg – Dithmarschen-Süd. Seit der erfolgreichen Bundestagswahl, bei der wir in meinem Wahlkreis, in Schleswig-Holstein und im Bund stärkste Kraft geworden sind, sind jetzt mehr als drei Jahre vergangen, in denen bundes- und weltpolitisch viel – im Guten wie im Schlechten – passiert ist.

UNSERE ANTWORTEN AUF NEUE HERAUSFORDERUNGEN

In dieser angespannten globalen Situation, die von den Kriegen in der Ukraine und in Nahost, von Vertreibung und Flucht, von Klimawandel und Artensterben und vom weltweiten Erstarken rechts-populistischer und rechtsextremer Parteien geprägt ist, ist es gut für unser Land, dass Olaf Scholz Kanzler ist. Er begegnet dem völkerrechtswidrigen Angriffs-krieg Russlands mit entschlossener humanitärer, finanzieller und auch militärischer Unterstützung der Ukraine und verhindert durch sein besonnenes Handeln gleichzeitig eine Ausweitung des Krieges. Außerdem hat seine Regierung in den vergangenen drei Jahren den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv beschleunigt, um gleichzeitig den Klimawandel zu bekämpfen und um die Folgen der Energiekrise abzumildern. Diese Arbeit, die ich als Abgeordneter mit unterstützen durfte, ist gut und wichtig für unser Land.

MEINE AUFGABEN IN BERLIN

Im Deutschen Bundestag bin ich Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und seines Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung – in letzterem bin ich für die SPD-Fraktion Obmann. In der Bundestagsfraktion habe ich mich zudem aus Überzeugung der Parlamentarischen Linken angeschlossen, in der ich mich auch im Leitungs-

kreis engagieren darf. Zudem sitze ich im Parlamentarischen Kontrollgremium, welches die Arbeit der Nachrichtendienste überwacht und bin Vorsitzender des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Legislaturperiode, der sich mit dem Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan auseinandersetzt. Hier haben wir in den vergangenen knapp drei Jahren 111 Zeug*innen in 348 Stunden Beweisaufnahme vernommen und 1,5 Millionen Seiten Akten studiert. Am Ende dieser Arbeit steht eine Debatte über die Ergebnisse im Bundestag und die Übergabe des Untersuchungsberichts an die Bundestagspräsidentin.

Als Berichterstatter der Fraktion für die USA und für transatlantische Beziehungen hat mich im vergangenen Jahr selbstverständlich die Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten stark beschäftigt. Neben TV-Auftritten zu dem Thema habe ich hier auch in Berlin die Position vertreten: Die deutsche Politik muss sich mit der Frage beschäftigen, wie mit einer zweiten Amtszeit Donald Trumps umzugehen ist, der in den vergangenen Jahren nicht minder rassistisch, sexistisch und autoritär geworden ist. Insbesondere auf die zu erwartende Unterstützung von Personen aus seiner Administration für rechts-extreme Parteien auch hier in Europa müssen wir Antworten finden.

Insbesondere, aber nicht nur über meine außenpolitischen Positionen durfte ich in den vergangenen



Jahren auch oft im Fernsehen diskutieren. Ob bei Lanz, Maischberger oder „Hart aber fair“ – auf die Forderung nach Unterstützung für die Ukraine bei gleichzeitiger Forderung nach diplomatischen Bemühungen für eine Friedenslösung wurde von den anwesenden Gästen oft mit hartem Gegenwind reagiert. Von den Bürgerinnen und Bürgern auf der Straße und auch von unserer Parteibasis habe ich im scharfen Kontrast hierzu nach solchen Auftritten oft viel Unterstützung für die Besonnenheit des Bundeskanzlers und auch für meine Positionierung erhalten.

MEINE KOMMUNIKATION

Mit unserer Parteibasis, aber auch mit unseren Wählerinnen und Wählern kommuniziere ich hauptsächlich über die sozialen Medien: Insbesondere mein Twitter-Account mit knapp 67.000 Follower*innen hat eine hohe Reichweite. Auch auf Facebook und Instagram bin ich mit politischen Beiträgen aktiv. Über meinen Youtube-Kanal sind insbesondere Videos meiner Reden im Deutschen Bundestag abrufbar. Auf meiner Homepage informiere ich über meine Aktivitäten und inhaltlichen Positionen. Nach Sitzungswochen des Bundestages informiere ich zudem per E-Mail mit meinem Newsletter „Berlin kurz und knapp“ über die wichtigsten Geschehnisse und Entscheidungen der zurückliegenden Woche. In unregelmäßigen Abständen bringe ich zudem meine

Bürger*innenzeitung heraus, die unter anderem bei Bahnhofsverteilungen und an Informationsständen verteilt wird.

Eines meiner Lieblingsprojekte ist der Podcast „Alltäglich bis philosophisch“, den ich zusammen mit Gesine Schwan hoste. Der Podcast ist bei Spotify, Youtube und Apple Podcast zu finden.

MEINE WAHLKREISARBEIT

Als einziger MdB aus einem Kreis mit über 320.000 Einwohnern*innen habe ich eine besondere Verantwortung für meinen Wahlkreis. Dieser versuche ich als offener Ansprechpartner für alle Personen und Institutionen aus dem demokratischen Spektrum gerecht zu werden. Das beinhaltet das Aufnehmen von Anliegen von Betriebs- und Personalräten ebenso wie von Unternehmensverbänden. Insbesondere das Weitertragen der Sorgen und Probleme der Kommunen nach Berlin ist mir hierbei ein besonderes Anliegen. Hierzu bin ich in regelmäßiger Kontakt mit den Bürgermeister*innen der Städte und Kommunen meines Wahlkreises. Auch Vor-Ort-Besuche in Betrieben, bei Vereinen und Verbänden oder auch ganz einfach per Infostand in den Fußgängerzonen haben sich als direkter Draht in den Wahlkreis bewährt. Schon immer habe ich auch gerne an Diskussionsrunden mit Schülerinnen und Schülern teilgenommen – auch in meinem Wahlkreis habe



ich diese Gelegenheit glücklicherweise oft. Nicht zuletzt sind selbstverständlich die Bürger*innensprechstunden quasi das täglich Brot der Wahlkreistätigkeit – hier kommen wirklich alle Probleme von der vollen Mülltonne an der Straßenecke bis zu den großen Fragen der Weltpolitik zur Sprache.

Und wie schon immer gilt auch jetzt: Ob die Jusos oder die AG 60 plus, ob die AfA oder der Ortsverein – ich versuche jeder Einladung jeder Parteigliederung nachzukommen. Ich schätze das Miteinander in unserer SPD sehr und diskutiere gerne auch in Zukunft weiter mit euch!

KONTAKT

In Berlin:

- ⌂ Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
- ☎ 030 227-78490
- ✉ ralf.stegner@bundestag.de

Im Wahlkreis:

- ⌂ Friedrich-Ebert-Straße 34 | 25421 Pinneberg
- ☎ 04101 200 639
- ☎ Fax: 04101 553 665
- ✉ ralf.stegner.wk@bundestag.de

Im Internet:

- 🌐 ralf-stegner.de
- ƒ facebook.com/ralf.stegner
- 𝕏 x.com/ralf_stegner
- instagram.com/stegner_smiles
- youtube.com@ralfstegnermdb3539
- Podcast „Alltäglich und Philosophisch“
- Alle aktuellen Beiträge unter www.linktr.ee/ralfstegner



BETTINA HAGEDORN

Seit über 22 Jahren vertrete ich als Bundestagsabgeordnete die Interessen meines Wahlkreises und der SPD in Schleswig-Holstein im Bundestag und ebenso lange im wichtigen Haushaltsausschuss, dessen stellvertretende Sprecherin für die SPD-Bundestagsfraktion ich seit 2009 bin und seit 2022 gleichzeitig die stellvertretende Ausschuss-Vorsitzende. In den letzten drei Jahren war ich dort inhaltlich für den Etat unserer Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Svenja Schulze, verantwortlich sowie für das ganze europapolitische Themenspektrum.

Die gravierenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Belastungen aus der Corona-Pandemie waren noch nicht einmal überwunden, als mit dem völkerrechtswidrigen Überfall Putins auf die Ukraine am 24. Februar 2022 plötzlich wieder Krieg im Herzen Europas herrschte und weltweit eine „Zeitenwende“ einläutete. Dieser Krieg und seine finanziellen und wirtschaftlichen Folgen waren im nur knapp drei Monate alten Koalitionsvertrag natürlich nicht „berücksichtigt“, aber Finanzminister Lindner und seine FDP weigerten sich dennoch von Beginn an, diese neuen geopolitischen Realitäten und finanziellen Herausforderungen für die Bundesrepublik anzuerkennen und ihr striktes NEIN zur Reform der Schuldenbremse zu überdenken. Selbst mit dem 15. November 2023 und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das dem Bund schlagartig 60 Mrd



Foto: Tim Dürbrook

Euro für Zukunftsinvestitionen verfassungsrechtlich verbot, den Bund zu einem Nachtragshaushalt 2023 und zu einer Neuaufstellung für den Bundeshaushalt 2024 zwang, weigerten sich Finanzminister Christian Lindner und die FDP weiterhin, dafür die „Notlage“ zur Schuldenbremse zu erklären, wie es unionsgeführte Bundesländer wie NRW und Schleswig-Holstein bereits Ende 2023 sehr wohl praktiziert hatten. Mit dieser Blockade bei den Bundeshaushalten 2024 und dann auch 2025 manövrierte die FDP die Ampel-Regierung mit voller Absicht – und ohne jede staatspolitische Verantwortung angesichts der globalen und wirtschaftlichen Herausforderungen für die Bundesrepublik – ins Aus. Fakt ist: Es wäre definitiv verfassungskonform möglich (so die Verfassungsjuristen) und ökonomisch erforderlich (sodie führenden Ökonomen) gewesen, die „Notlage“

für die Schuldenbremse zu erklären, und weder die FDP noch die CDU/CSU konnten je eine andere realistisch umsetzbare Lösung vorschlagen. Darum sind diese vorgezogenen Neuwahlen für unser Land unverantwortlich, denn sie zwingen die Bundesrepublik voraussichtlich bis in den Herbst 2025 zu einer vorläufigen Haushaltsführung, wodurch zahllose wichtige Investitionen blockiert sein werden. **Jede neue Regierung wird diese Investitionsprobleme genauso haben und dann NUR durch die überfällige Reform der Schuldenbremse lösen können. Und in dieser Zeit wird es – unabhängig davon, WER mit WEM im Frühjahr eine Regierung bilden wird – einmal wieder maßgeblich auf die Arbeit im Haushaltungsausschuss ankommen.** Klar ist aus meiner Sicht, dass JEDER neue Regierung (unabhängig von ihrer Zusammensetzung) zu Beginn ihrer Amtszeit zunächst die Schuldenbremse mit 2/3-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat wird reformieren müssen, weil sie sonst unmöglich die Investitionen wird tätigen können, die jetzt unbedingt erforderlich sein werden: für Deutschlands Sicherheit, für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, die Arbeitsplätze erhalten kann, für den Klimaschutz und die Energiewende, für unsere Infrastruktur, für bezahlbaren Wohnraum und für die Stabilisierung unseres Gesundheits- und Rentensystems. Hinzu kommt Deutschlands internationale und europäische Verantwortung, die nicht nur angesichts des Krieges und Wiederaufbaus in der Ukraine und im Nahen Osten, sondern angesichts der zu erwartenden Herausforderungen für uns Europäer nach dem Amtsantritt von Präsident Trump in den USA enorme zusätzliche finanzielle Belastungen bedeuten werden.

Wir sind seit dem 24. Februar 2022 der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine unter allen Nationen weltweit nach den USA – und diese Politik der Solidarität mit der Ukraine als wichtigster Beitrag zur Sicherheit für unsere Demokratie und Freiheit in Europa ist im Bundestag unter allen demokratischen Parteien unumstritten. Als Beleg dafür hat der Haushaltungsausschuss am 18. Dezember 2024 – nach wochenlanger Blockade durch die CDU/CSU und FDP – endlich mit

deren Zustimmung 37 Beschaffungsvorhaben für die Bundeswehr für insgesamt über 21 Mrd. Euro bewilligt, damit die Aufträge an die Unternehmen trotz Neuwahlen vergeben werden können, weil die Lieferzeiten teilweise jahrelang dauern. Gleichzeitig haben wir für die Sanierung des Schienennetzes 2,7 Mrd. Euro beschlossen.

Es war unausweichlich, dass Kanzler Olaf Scholz Christian Lindner am 6. November 2024 entlassen hat, denn dadurch wurde es möglich, das wichtige Finanzressort jetzt „in stürmischer Zeit“ mit dem kompetenten Sozialdemokraten Jörg Kukies zu besetzen, der konstruktiv die Investitionen und Gesetze ermöglicht, für die wir zum Wohl der Menschen noch bis zur Bundestagswahl parlamentarische Mehrheiten finden.

So ist es nach wochenlanger Blockade noch vor Weihnachten gelungen, mit Stimmen der FDP ein „Entlastungspaket“ (Steuerfortentwicklungsgesetz) für Beschäftigte und insbesondere für Familien zu beschließen, mit dem u. a. Freibeträge angehoben sowie das Kindergeld und der Kinderzuschlag ab 1. Januar 2025 erhöht wurden. Gleichzeitig haben CDU/CSU ihre Verweigerung aufgegeben und die Finanzierung des Deutschlandtickets für 2025 gesichert – eine gute Nachricht für die 13 Millionen zufriedenen Nutzer. Alle demokratischen Parteien haben außerdem gemeinsam den Schutz des Bundesverfassungsgerichts vor Demokratiefeinden und die damit einhergehende Grundgesetzänderung beschlossen. Und ebenfalls wichtig: Auf Initiative von Arbeitsminister Hubertus Heil hat das Bundeskabinett angesichts der Krisen in vielen Unternehmen die verlängerte Auszahlung des Kurzarbeitergeldes beschlossen. Wir arbeiten verantwortungsbewusst bis zum Schluss.

KONTAKT

In Berlin:

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

🌐 www.bettinahagedorn.de

Im Wahlkreis:

☎ 04521 716 11

✉ bettina.hagedorn.wk@bundestag.de

Im Internet:

🌐 bettinahagedorn.de

ƒ facebook.com/BettinaHagedornMdB





TIM KLÜSSENDORF

Seit 2021 darf ich als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 11 meine Heimatstadt Lübeck sowie die Ämter Berkenthin und Sandesneben in Berlin vertreten.

Seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode bin ich im Finanzausschuss tätig, wo ich die Berichterstattung für verschiedene Steuerthemen verantworte. Mein Aufgabenbereich umfasst die Umsatz- und Mehrwertsteuer, die Erbschafts- und Vermögenssteuer sowie die Versicherungssteuer. Besonders erfreulich ist für mich, dass ich seit November 2022 auch als ordentliches Mitglied im Digitalausschuss mitwirken durfte – ein Politikbereich, der mir besonders nahe ist.



Gerade bei den substanzbezogenen Steuern müssen wir endlich das nötige Umdenken anstoßen und nicht nur die höchsten Einkommen wirksam besteuern, sondern vielmehr gegen das ungebremste, überproportionale Anwachsen der allergrößten Vermögen vorgehen. Dafür habe ich mit viel Leidenschaft und Einsatz in dieser Legislatur gekämpft – denn damit in Deutschland Chancengleichheit und Steuergerechtigkeit keine leeren Schlagworte bleiben, ist es unerlässlich, dass auch die Superreichen verlässlich in die Pflicht genommen werden. Über eine umfassende Reform der bestehenden Erbschaftssteuer und die unter aktualisierten Maßstäben wieder zu erhebende Vermögenssteuer können wir der rasant zunehmenden Schieflage bei Wohlstand und Lebenschancen entgegenwirken.

Daher habe ich mich außerordentlich gefreut, dass mein Änderungsantrag auf dem Bundesparteitag der SPD 2023 eine Mehrheit finden konnte und wir seitdem auch offiziell eine einmalige Vermögensabgabe für Millionäre*innen und Milliardäre*innen in unserer Beschlusslage verankert haben!

Aber auch bei der Umsatzsteuer stellen sich viele Fragen nach einer konsistenten, gerechten Verteilung der Steuerlast. Ausgehend von einer notwendigen Umsetzung europäischen Rechts in der Umsatzsteuer für Bildungsleistungen mussten wir mit dem Jahressteuergesetz 2024 im Deutschen Bundestag das nationale Umsatzsteuerrecht ändern. Der erste Regierungsentwurf aus dem Bundesfinanzministerium hat hier leider für viel Unsicherheit, Irritation und Ängste gesorgt, die wir in der Folge in vielen Gesprächen aufgegriffen und sehr ernst genommen haben. Dass wir zum Ende des Jahres 2024 mit dem Beschluss zum Jahressteuergesetz erreichen konnten, dass Musik- und Tanzunterricht in Deutschland weiterhin steuerfrei bleiben, war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Mit einer Absenkung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Lebensmittel von 7 % auf 5 % könnten wir alle Menschen in Deutschland wirksam entlasten – auch mit dieser Forderung zeigen wir im Kampf um das Kanzleramt endlich wieder sozialdemokratisches Profil und klare Kante.

In den vergangenen Monaten verging kein Tag ohne Treffen, bei denen ich auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Interessenvertreter*innen und Unternehmer*innen zum Austausch begrüßen durfte. Erfolgreiche Programme wie „Pizza und Politik“ konnten wir fortsetzen und damit regelmäßig Menschen aller Altersgruppen im Gespräch miteinander vom Engagement für die Demokratie überzeugen.

Mein politischer Ansatz basiert auf maximaler Transparenz und Bürgernähe. Dies setze ich durch eine stets aktuelle Website und regelmäßige Social-Media-Updates um, die Einblicke in meine tägliche Arbeit geben. Diese digitale Präsenz zeigt Wirkung – allein über Instagram erreichen wir monatlich mehr als 10.000 Menschen. Im August und September 2023 haben mein Team und ich uns daher zur Halbzeit der Legislatur für eine unkonventionelle hybride Kampagne entschieden und drei bekannte Vorurteile gegenüber Politiker*innen und „der Politik“ ins Visier genommen. Über 140.000 Aufrufe der Videos zu den einzelnen Plakatmotiven auf Instagram und Facebook sowie über 700 Kommentare und Nachrichten zeigen, dass der Wille zum Dialog über die Vorurteile gegenüber Politik absolut da ist. Über diesen superintensiven Austausch habe ich mich sehr gefreut.



Halbzeitkampagne 2023

In diesem Rahmen habe ich extrem viel für meine Arbeit im Bundestag mitnehmen können, Eindrücke gewonnen und Dinge neu gelernt – aber gleichermaßen auch viele Hinweise selbst geben und die Arbeit von uns Bundestagsabgeordneten besser und transparenter erklären können.

Seit 2024 darf ich als Kreisvorsitzender zusammen mit meiner Co-Vorsitzenden Sandra Odendahl meinen Heimatverband Lübeck leiten. Wir haben uns eine Menge vorgenommen: Die SPD in Lübeck wollen wir offener und transparenter machen – besser nach innen und nach außen kommunizieren, Respekt und Wertschätzung in den Mittelpunkt stellen und eine Atmosphäre schaffen, die zum Mitmachen einlädt.

Außerdem hat mich meine Strömung, die Parlamentarische Linke in der Bundestagsfraktion, im Februar 2024 in das Amt des Sprechers gewählt. Über das große Vertrauen, welches mir die Kolleginnen und Kollegen entgegengebracht haben, bis zum Ende der Wahlperiode als einer der drei Sprecher*innen, zusammen mit Matthias Miersch und Wiebke Esdar, die Parlamentarische Linke vertreten zu dürfen, habe ich mich außerordentlich gefreut.

In den letzten Jahren durfte ich dreißigmal als Redner für die SPD-Fraktion das Wort ergreifen. Diese kostbaren Minuten habe ich nicht nur genutzt, um für meine Fachthemen zu streiten, sondern auch den Demokratiefeinden im Bundestag mit deutlichen Worten und sozialdemokratischer Haltung die Stirn zu bieten. Umso mehr ist es mir eine Ehre, nun für euch und die SPD in Schleswig-Holstein auf Platz 1 der Landesliste in den Bundestagswahlkampf zu ziehen. Für das große Vertrauen und den starken Rückhalt bin ich extrem dankbar und das gibt mir viel Kraft für den anstehenden Wahlkampf in den nächsten Wochen.

KONTAKT

In Berlin:

📞 030 227-716 39

📞 0151 519 582 65

✉️ tim.kluessendorf@bundestag.de

Im Wahlkreis

🏡 Große Burgstraße 51, 23552 Lübeck

📞 0451 300 877 93

✉️ tim.kluessendorf.wk@bundestag.de

Im Internet:

🌐 tim-kluessendorf.de

FACEBOOK facebook.com/tim.kluessendorf

INSTAGRAM instagram.com/tim.kluessendorf

TIKTOK tiktok.com/@timkluessendorf





BENGT BERGT



Die politische Arbeit in Berlin war im Jahr 2024 geprägt von mühsamen Verhandlungen mit den Koalitionspartnern, insbesondere der FDP. Der oft öffentlich ausgetragene Streit hatte dem Ansehen der Regierung massiv geschadet. Es ist Bundeskanzler Olaf Scholz, den sozialdemokratischen Ministerinnen und Ministern sowie den Berichterstatterinnen und Berichterstattern zu verdanken, dass trotz des Streits und bis zum Ampel-Aus im November 2024 einige beachtliche Verhandlungserfolge verbucht werden konnten.

Energiepolitisch ist das sogenannte „Solarspaket I“ zu nennen. Über die Photovoltaik hinaus enthält das Paket wichtige Impulse für den beschleunigten Ausbau weiterer erneuerbarer Energien, insbesondere der Windkraft oder der Biomasse, sowie im Bereich der Stromnetze. Dabei werden auch wichtige europarechtliche Regelungen zur Genehmigungsbeschleunigung umgesetzt und die europarechtlichen Potenziale für erneuerbare Energien genutzt.

Bedeutend für den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren ist auch die Umsetzung der RED III-Richtlinie. Diese wurde durch die Gegenwehr der FDP gestoppt. Als SPD kämpfen wir weiter für die Verabschiedung: Sowohl für die Windenergie als auch für die Solarenergie müssen (Wind) bzw. können (Solar) Beschleunigungsgebiete ausgewiesen werden. Das gilt aber nicht für ökologisch besonders sensible Gebiete. Insbesondere soll es keine Beschleunigungsgebiete in Fauna-Flora-Habitat-Gebieten oder Vogelschutzgebieten, Naturschutzgebieten sowie Nationalparks geben können.

Ziel der Beschleunigungsgebiete ist die Verfahrensbeschleunigung auf Genehmigungsebene. Oder kurz gesagt: Wir treiben den Ausbau erneuerbarer Energien weiter konsequent voran.

Das ist gut für unser Klima, unsere Umwelt, den Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger – denn der Strompreis von nachhaltig erzeugtem Strom wird mittelfristig sinken – und unsere Wirtschaft. Schon heute ist die Erzeugung von Wind- oder Solarstrom ein Standortfaktor. Sie schaffen Jobs und generieren Steuereinnahmen. Und sie bringen sogar direkte Zahlungen von 0,2 Cent pro Kilowattstunde in die Gemeindekassen, Beispiele sind Lentföhrden und Nützen.

Für unsere Wirtschaft haben wir konkrete Verbesserungen beschlossen, darunter das Bürokratie-Entlastungsgesetz. Mit knapp 53 Milliarden Euro liegen die Investitionen für Infrastruktur – Schienen, Straßen, Nahverkehr, Digitales, Bildung – auf Rekordniveau. Allerdings reicht das bei Weitem nicht aus: Bis 2035 müssen 600 Milliarden Euro in ein zukunftsfestes Land investiert werden – dafür kämpfen wir bei der Bundestagswahl!

Durch Änderungen bei der Gaspeicherumlage ist die Finanzierung der Gas-Transitkosten durch Deutschland künftig solidarischer für unsere europäischen Nachbarn: Für sie reduzieren sich die Transitkosten, dadurch machen wir eine Abkehr von russischem Gas einfacher.

Im Jahr 2024 konnten wir auch den Strompreis für die Industrie senken: Der Strompreis für Neuabschlüsse liegt bei etwa 17 Cent pro Kilowattstunde, 2023 lag er noch bei knapp 25 Cent. Auch das reicht nicht aus, weshalb wir für eine Deckelung der Netzentgelte eintreten.

Apropos Netzentgelte: Die Reform der Netzentgelte ist einer der größten Erfolge in diesem Jahr, insbesondere für Schleswig-Holstein. Dafür habe ich lange gekämpft. Bisher war es so: Länder, die viel erneuerbaren Strom produzieren, haben oft höhere Stromkosten als Länder, in denen wenig erneuerbarer Strom produziert wird. Weil die Stromleitungen für den Transport fehlen, muss Strom oft abgeschaltet werden – das sorgt für Strafzahlungen und treibt den Strompreis in die Höhe. Erfolge bei den Erneuerbaren werden so bestraft – das war ungerecht! Damit ist jetzt Schluss: Die Kosten werden fairer verteilt, der Strompreis für Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sinkt seit dem 1. Januar 2025.

Darüber hinaus gehört wohl das Start-Chancen-Programm zu den größten sozialpolitischen Erfolgen im Jahr 2024. Der Bund investiert innerhalb von zehn Jahren zehn Milliarden Euro für Schulen mit vielen sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern. Zu den zehn Milliarden Euro des Bundes kommen weitere zehn Milliarden der Länder.

In meinem Wahlkreis erhalten die Gemeinschaftsschule Ossenmoorpark, die Grundschule Niendorfer Straße (beide Norderstedt), die Grundschule Trappenkamp und die Theodor-Storm-Schule in Bad Oldesloe Geld aus dem Programm.

Ziel des Programms ist, dass deutlich mehr Schülerinnen und Schüler gut rechnen, lesen und schreiben lernen. Das stärkt nicht nur das Selbstbewusstsein, sondern auch die demokratische Teilhabe. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Deshalb muss auch nach der Wahl gelten: Sparen bei Bildung – nicht mit uns!



Grundlage meiner Arbeit in Berlin ist der persönliche Kontakt zu den Menschen vor Ort in meinem Wahlkreis. Nicht nur im Wahlkampf, sondern jeden Tag. Deshalb habe ich etwas Neues gewagt und mein festes Büro gegen ein rollendes eingetauscht: Seit August bin ich mit einem umgebauten VW Bulli im Wahlkreis unterwegs. Ein voll ausgestattetes mobiles Büro, das nicht nur Platz für Flyer und Laptop bietet. Ausgestattet mit Kühlschrank, Kaffeeküche und Sitzecke, lädt der Bus nicht nur zum Plaudern über Politik, sondern gerade in dieser Jahreszeit auch zu einer heißen Tasse Kaffee ein.

Die vergangenen drei Jahre waren für mich eine anstrengende, aber vor allem erfüllende Zeit. Denn es ist für mich Ehre und Privileg, die Bürgerinnen und Bürger aus Segeberg und Stormarn in diesen stürmischen Zeiten im Deutschen Bundestag vertreten zu dürfen.

KONTAKT

Ab März 2025 nicht mehr im
Bundestag vertreten:

✉ partei@bengt-bergt.de
🌐 bengt-bergt.de



MATHIAS STEIN

Bei der Bundestagswahl 2021 haben mich die Bürger*innen des Wahlkreises Kiel, Altenholz und Kronshagen (Wahlkreis 5) zum zweiten Mal direkt in den Bundestag gewählt. Neben meinem eigenen Wahlkreis betreue ich in dieser Legislaturperiode noch den Kreis Dithmarschen für die SPD-Bundestagsfraktion.

Als ordentliches Mitglied im Verkehrsausschuss kann ich mein Engagement für die solidarische Verkehrswende weiter fortsetzen. Für die Arbeitsgruppe Verkehr der SPD-Bundestagsfraktion verantworte ich als Berichterstatter die Themen Rad- und Fußverkehr, Straßenverkehrsrecht und Verkehrssicherheit sowie den Bereich Binnenschifffahrt und Wasserstraßen. Zudem bin ich stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss, im Verteidigungsausschuss und im Ausschuss für Tourismus.

Zusätzlich zu meiner Arbeit in der Arbeitsgruppe und im Ausschuss engagiere ich mich als Sprecher und Koordinator in der überfraktionellen Parlamentsgruppe Binnenschifffahrt, als Sprecher und Co-Vorsitzender im Parlamentskreis Fahrrad und bin als „Festmacher“ Vorstandsmitglied der sogenannten Küstengang, in der ich mich mit den anderen Mitgliedern der norddeutschen Küstenländer über alle Themen rund um die Nord- und Ostsee austausche. Zudem bin ich stellvertretender Vorsitzender der deutsch-nordischen Parlamentariergruppe und innerhalb der SPD-Fraktion Mitglied der Parlamentarischen Linken.

POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN UND ERFOLGE

Bei der Verbesserung der Bedingungen für die solidarische Verkehrswende in unseren Städten haben wir in puncto Verkehrsrecht in dieser Legislaturperiode einen wichtigen Fortschritt erzielt. Denn

mit dem Straßenverkehrsgesetz (StVG), das ich als Berichterstatter für die SPD-Bundestagsfraktion im vergangenen Herbst verhandeln durfte, haben wir mit der Aufnahme der zusätzlichen Ziele Umweltschutz, Gesundheitsschutz und städtebauliche Entwicklung ein modernes, zeitgemäßes Verkehrsrecht geschaffen. Es bietet die Grundlage für eine umfassende Reform der Straßenverkehrsordnung (StVO), die allerdings allein in der Zuständigkeit von Bundesrat und Bundesregierung liegt. Die StVO-Novelle auf Grundlage des neuen StVG, die der Bundesrat im Juli verabschiedet hat, verbessert die Möglichkeiten der Kommunen, Sonderbusspuren sowie Rad- und Fußwege einzurichten. Das kommt der Verkehrswende in unseren Städten direkt zugute. Zudem wird es künftig wesentlich leichter Zebrastreifen anzubringen, und es gibt auch einige Verbesserungen bei der Anordnung von Tempo 30. Beide Maßnahmen werden die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer*innen zu Fuß und auf dem Rad verbessern.

Als Berichterstatter für Binnenschifffahrt und Wasserstraßen und gebürtiger Kieler habe ich natürlich den Nord-Ostsee-Kanal immer ganz besonders im Blick. Den Personalmangel der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung (WSV), den wir auch bei uns in Schleswig-Holstein spüren, halte ich für ein hausgemachtes Problem von Minister Wissing. Seit Jahren stellt der Deutsche Bundestag der WSV zusätzliche Stellen zur Verfügung und seit Jahren scheitert das Bundesverkehrsministerium (BMDV) daran, diese Stellen schnell und adäquat zu besetzen. Für die SPD-Bundestagsfraktion habe ich daher ein Positionspapier mit sehr konkreten Verbesserungsvorschlägen vorgelegt. Wie wichtig eine schlagkräftige WSV ist, sehen wir nicht nur am NOK, sondern merken wir gerade dieser Tage wieder bei dem Schiffsunglück auf der Mosel. Die vielen engagierten Fachleute der WSV haben beste Arbeitsbedingungen und unsere volle Unterstützung verdient.



Foto: Fionn Grosse

ENGAGEMENT IM WAHLKREIS

Als direkt gewählter Abgeordneter ist es mir wichtig, für die Bürger*innen ansprechbar zu sein – sowohl in meinen regelmäßig stattfindenden Sprechstunden als auch jederzeit ganz ungezwungen auf der Straße. Mein Credo ist, dass man die Wähler*innen nur vertreten kann, wenn man weiß, welche Herausforderungen sie haben und was sie sich für die Zukunft wünschen.

Besonders erfreulich waren die finanziellen Bundeszuwendungen für Kieler Projekte. 2023 wurden durch das Denkmalschutz-Sonderprogramm unter anderem 399.700 Euro für die Pauluskirche und 170.000 Euro für die Sanierung der MS „Stadt Kiel“ bereitgestellt. Das Kesselhaus des Marinelazaretts erhielt 408.060 Euro. 2024 folgten Fördermittel aus dem Programm „KulturInvest“: 550.000 Euro für die Synagoge in der Wikingerstraße und fast 4 Millionen Euro für das Theater Kiel. Es ist ein großer Erfolg, dass wir diese Mittel nach Kiel holen konnten, und ich freue mich, dass sie das kulturelle Erbe und die Lebensqualität meiner Heimatstadt stärken.

ABSCHIED UND AUSBLICK

Im Juli 2024 habe ich bekannt gegeben, dass ich mich nicht noch einmal auf ein Mandat im Bundestag bewerben werde. Es war mir eine große Ehre und ein Privileg, die Interessen meiner Heimatregion im Deutschen Bundestag zu vertreten. Gemeinsam mit meinem Team konnte ich viel für die Bürger*innen im Wahlkreis und das Land Schleswig-Holstein erreichen und in Berlin wichtige Weichen für die solidarische Verkehrswende stellen. Auch wenn meine letzte Legislaturperiode früher enden wird als erwartet, bin ich dankbar für die Erfahrung und freue mich schon auf den Wahlkampf, damit die SPD stärkste Kraft im Parlament bleibt.

Ich danke allen von Herzen für das Vertrauen und die Unterstützung.

KONTAKT

Ab März 2025 nicht mehr im Bundestag vertreten:

- 🌐 mathias-stein.de
- 📷 instagram.com/stein.mathias/
- 👤 facebook.com/mathias.stein.spd/
- 𝕏 x.com/stonie_kiel



DR. KRISTIAN KLINCK

Seit Oktober 2021 bin ich der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis 006 Plön-Neumünster. Im Bundestag vertrete ich die SPD-Fraktion als Mitglied im Verteidigungsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat sowie im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen.

Im Verteidigungsausschuss habe ich mich ange-sichts des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine für die **Unterstützung der Ukraine** stark gemacht. Gleichzeitig werbe ich für das Verfolgen **diplomati-scher Lösungsansätze**, die hoffentlich im Jahr 2025 zu einem stabilen Waffenstillstand führen werden. Darüber hinaus arbeite ich für die Sicherstellung einer modernen Ausrüstung für unsere Bundes-wehr und damit verbunden an der Verbesserung von Prozessen in Verteidigungsministerium und Beschaf-fungssamt.

Das **Beschaffungsbeschleunigungsgesetz** (BBGBw), das die Koalition 2022 beschlossen hat, hat zu einem deutlich höheren Tempo bei der Beschaffung geführt. 2024 war ein Rekordjahr für die Bundeswehr, denn noch nie wurden so viele **Beschaffungsprojekte** auf den Weg gebracht, um **notwendige Bedarfe der Bundeswehr zu decken**: 97 Rüstungsvorhaben mit einem **Gesamtwert von rd. 58,7 Mrd. Euro wurden beschlossen**. Die SPD-Bundestagsfraktion möchte auch in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass wir 2 % des BIP oder mehr in die Verteidigung und damit in die Sicherheit unseres Landes investieren. Das gelingt nicht mit Steuergeschenken an Vermö-gende in dreistelliger Milliardenhöhe.

Rüstungsausgaben sollen meiner Überzeugung nach zu einer Wertschöpfung in der deutschen Wirtschaft beitragen. Zudem sind mir Wertschätzung und Für-sorge für unsere Veteraninnen und Veteranen wichtig. Besonders stolz bin ich darauf, dass ich mit meinen Kollegen in der verteidigungspolitischen AG der Fraktion einen Beitrag zur Einführung eines **Veteranen-tags** leisten durfte, mit Erfolg: 2025 wird zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands ein Gedenktag zu Ehren der Veteraninnen und Veteranen durch-geführt werden.

Als Vorsitzender der **Reservistenarbeitsgemein-schaft Bundestag** setze ich mich außerdem für die Belange der ehemaligen Soldatinnen und Soldaten ein, die der Bundeswehr weiterhin dienen wollen. Dafür verdienen sie unseren Respekt. Neben Wert-schätzung mache ich mich auch für bessere finan-zielle und materielle Rahmenbedingungen stark, damit die Reservistinnen und Reservisten ihre wich-tige Arbeit im Heimatschutz und bei der territorialen Verteidigung weiterhin erfolgreich durchführen werden.

Im Zentrum unserer politischen Bemühungen muss aus meiner Sicht **Sicherheit** im Innern und nach außen sowie in sozialer Hinsicht wie bei der Siche-rung des Arbeitsplatzes stehen. Unsere Wirtschaft braucht einen verlässlich bezahlbaren Energiepreis, Bürokratieabbau und Änderung praxisfremder Vorgaben. Wir benötigen Investitionen in die Sanie- rung und den klimafreundlichen Umbau unserer Infrastruktur, insbesondere Straßen, Schienen, Schulen, Kitas und öffentliche Gebäude. Eine geordnete und gleichzeitig humanitäre **Asyl- und Flüchtlingspolitik** ist mir ebenfalls eine Herzensangelegenheit. In diesem Sinne bin ich als Mitglied des OSZE Ad-hoc-Komitees zu Migration 2024 nach Lampedusa und Malta gereist, wo ich mich vor Ort über die Lage informieren durfte. Wir brauchen eine bessere Regulierung von Migration und müssen die interna-tionalen Hintergründe für die Migrationsbewegungen, die Fluchtursachen, in den Blick nehmen.

Auch in Berlin habe ich den Wahlkreis stets im Fokus. Dazu gehört in erster Linie die **Einwerbung von Fördergeldern**, um Projekte und Vorhaben im Wahl-kreis zu unterstützen und somit das Investitionsvo-lumen zu erhöhen. Hier konnte ich unter anderem folgende Projekte einwerben:

- Sanierung der Uwe-Harder-Stadthalle in Neumünster (3 Mio. Euro)
- Errichtung eines neuen Parks am Alten Rangierbahnhof in Neumünster (7,5 Mio. Euro)
- Neubau der Unterkunft des THW-Ortsverbands Preetz (bis zu 18 Mio. Euro)
- Sanierung der Kirchen St. Claren in Blekendorf und St. Marien in Kirchnüchel aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm (je ca. 300.000 Euro)

Zudem habe ich **Informationsbesuche in allen Bundeswehrstandorten** im Wahlkreis durchgeführt. Ich habe auch wichtige Bundeswehrstandorte und Firmen mit **wehrtechnischer Produktion** besucht, zu nennen sind z. B. Flensburg und natürlich Kiel. Ziel ist auch hier die bedarfsgerechte und zügige Förderung und Impulsgebung für Entscheidungen zur Mittelvergabe im Verteidigungsausschuss.

Seit meinem Amtsantritt führe ich regelmäßig **Bürgersprechstunden** durch und bin grundsätzlich für Anliegen der Bürgerinnen und Bürger da. Jeden Sommer habe ich eine Woche lang auf meiner **Job-Tour** in Firmen im WK mitgearbeitet. 2024 war ich unter dem Motto „**100 Gemeinden – 100 Stunden“ in den Kommunen meines Wahlkreises** und habe dort z. B. deren Bürgermeister*innen, Landräte, Vereine, Verbände, die Feuerwehren, Kitas, kleine und mittelständische Betriebe, Geschäfte und landwirtschaftliche Betriebe besucht.

Alle schriftlichen und persönlichen Anfragen (E-Mail und Brief) beantworte ich mit Unterstützung durch mein Team selbst und achte auf problembezogene Antworten. Dies stößt auf eine positive Resonanz. Ich meine, die SPD braucht mehr davon! In den vergangenen drei Jahren sind etwa 1.000 Anfragen aus den verschiedensten Themenbereichen eingegangen und wurden beantwortet, z.T. mit recht umfangreicher Recherche bei Berliner Ministerien.

Für die **Ortsvereine** stehe ich für **Informationsveranstaltungen** zur Verfügung („Bericht aus Berlin“), für die auch auf Plakaten und mit Anzeigen geworben wird. Seit Beginn meiner Amtszeit habe ich **Online-Veranstaltungen** angeboten, z. B. auch mit dem Fraktionskollegen aus dem Wahlkreis Segeberg, Bengt Bergt. Das Format „**Fraktion-vor-Ort**“ (FvO) habe ich im Jahr 2023 mit der Fraktionskollegin Peggy Schierenbeck zu gesunder Schulernährung durchgeführt. Es folgten 2024 FvO-Veranstaltungen mit dem Fraktionskollegen Bengt Bergt zum Thema Rente sowie mit Ariane Fässcher zum Thema Gewalt gegen Frauen. Regelmäßig fand mein Angebot zum Gespräch mit interessierten Jugendlichen aus dem Wahlkreis unter dem Motto „**Pizza und Politik**“ statt.

KONTAKT

Ab März 2025 nicht mehr im Bundestag vertreten:

✉ kristian-klinck.de



DIE ARBEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

05



DELARA BURKHARDT, MDEP

Als eure Europaabgeordnete und Spitzenkandidatin der SPD Schleswig-Holstein waren die zurückliegenden zwei Jahre meiner Arbeit stark geprägt durch die Europawahl und den Wahlkampf dafür. Es ist mir eine riesige Ehre, dass ich euch weitere fünf Jahre im Europäischen Parlament vertreten darf.

Das Ergebnis bei der Europawahl kann uns aber natürlich nicht zufriedenstellen. Als SPD haben wir es nicht geschafft, die Menschen von unseren Themen zu überzeugen. Im Wahlkampf habe ich oft gehört: Ich finde euer Programm gut, aber warum kämpft ihr nicht in der Bundesregierung dafür?

Auch, wenn das nur ein schwacher Trost ist: Als SPD Schleswig-Holstein haben wir mit 16,7% ein Ergebnis erzielt, das 2,8% über dem Bundesschnitt liegt. Wir haben ca. 17.000 Schleswig-Holsteiner*innen mehr von uns überzeugen können als noch bei der Europawahl 2019. Nicht zuletzt haben wir es geschafft, die AfD auf Platz 4 zu verweisen. Ein besonderer Fokus lag auf dem Social Media Wahlkampf. Dieser Fokus beinhaltete nicht nur finanzielle, sondern auch personelle Ressourcen. Das hat sich ausgezahlt: Mein Wahlkampf Content wurde mehr als 600.000-mal aufgerufen, mehr als 220.000 Schleswig-Holsteiner*innen habe ich nur über Instagram und Facebook erreicht. Insgesamt habe ich allein auf Instagram 52 Videos in der heißen Wahlkampfphase gepostet. Als Spitzenkandidatin für ganz Schleswig-Holstein konnte ich so Menschen und Zielgruppen erreichen, die ich sonst mit unseren Botschaften nicht erreicht hätte.



Foto: Marc Fricke

Hinzu kamen dann natürlich noch die klassischen Wahlkampftermine: Allein in der heißen Wahlkampfphase, in den sechs Wochen vor der Wahl, habe ich über 100 Termine in Schleswig-Holstein wahrgenommen, bin 6.000 Kilometer quer durchs Bundesland gefahren und habe an 54 Schulkundiskussionen teilgenommen.



MEINE POLITISCHE ARBEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Wie auch in der vorangegangenen Legislaturperiode gehöre ich erneut dem Vorstand der SPD Europa an und setze mich dort für eine progressive Politik ein. Auch bin ich erneut Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Noch in der letzten Legislaturperiode konnte ich in diesem Ausschuss eines meiner Herzensprojekte zum Abschluss bringen: die Verordnung gegen EU-getriebene Entwaldung. Im April 2023 stimmte das Plenum für die Verordnung, die ich als Berichterstatterin erst geschrieben und dann später als sozialdemokratische Chefverhandlerin mit Kommission und Mitgliedsstaaten verhandelt hatte.

Und nicht nur das: Im April 2024 haben wir eine neue Verpackungsverordnung beschlossen, mit der wir Mehrwegverpackungen europaweit zur Normalität machen und unnötige Wegwerfverpackungen abschaffen. Seit November 2022 habe ich an dem Gesetz gearbeitet und als sozialdemokratische Chefverhandlerin an den Verhandlungen teilgenommen. Und es hat sich gelohnt! Ab 2030 werden fast alle Verpackungen recyclingfähig sein müssen. Dadurch werden mehr Abfälle weiterverwertet und es werden weniger wertvolle Rohstoffe im Restmüll und letztlich in der Müllverbrennungsanlage oder auf der Abfalldeponie landen.

Der Schutz unseres Klimas, unserer Umwelt und der natürlichen Ressourcen gehören auch in dieser Legislaturperiode zu meinen Arbeitsschwerpunkten. So bin ich Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für die Richtlinie über umweltbezogene Angaben (Green Claims Directive) und vertrete das Parlament in den Verhandlungen mit der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten. Die Richtlinie soll Verbraucher*innen die Gewissheit geben, dass etwas, das von Unternehmen als umweltfreundlich beworben wird, auch tatsächlich umweltfreundlich ist.

Neben dem Umweltausschuss bin ich in dieser Legislatur auch stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie sowie dem Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Damit werde ich meinen Einsatz für eine sozialgerechte, sektorenübergreifende Transformation weiter verstärken können. Für Schleswig-Holstein habe ich so die beste Kombination an Zuständigkeiten herausgeholt. Denn für unser Land zwischen den Meeren ist die Transformation die größte Chance seit vielen Jahrzehnten, um einen wirtschaftlichen und gleichzeitig nachhaltigen Aufschwung zu ermöglichen. Gerade im neuen Parlament, das stärker nach rechts gerückt ist und einer Kommission, die männlicher und rechts-nationaler als die vorherige ist, werde ich noch lauter dafür eintreten.

Auch bei den Delegationen freue ich mich auf neue Herausforderungen: Neben der Delegation für die Beziehungen zu Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo bin ich nun auch stellvertretendes Mitglied in den Delegationen für die Beziehungen zu Iran und für die Beziehungen zur Föderativen Republik Brasilien.





MEINE WAHLKREISARBEIT IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Ich freue mich besonders darüber, dass Europa nun auch an der Westküste vertreten ist. Mit der Eröffnung meines Wahlkreisbüros im Kreisbüro der SPD Dithmarschen in Heide im September 2023 haben mein Team und ich eine weitere Anlaufstelle für die Menschen vor Ort geschaffen, damit ich Sorgen und Vorschläge aus Dithmarschen und den umliegenden Kreisen zu europäischen Themen direkt mit nach Brüssel & Straßburg nehmen kann.

42 Wochen im Jahr ist Sitzungswoche im Europäischen Parlament. Montags bis donnerstags tagen die Ausschüsse in Brüssel und die Plenarwoche findet einmal im Monat in Straßburg statt. Das bedeutet, dass ich vor allem am Freitag und am Wochenende Termine in Schleswig-Holstein machen kann. Vor allem zum Thema Klima- und Umweltschutz, Migration sowie Minderheiten habe ich viele Termine wahrgenommen. Sei es in Gesprächen mit Umwelt- und Klimaschutzverbänden, Landwirt*innen, Umweltbildungseinrichtungen, Meeresschutzorganisationen, Abfall- und Recyclinghöfen, Forschungseinrichtungen, nachhaltigen Start-Ups, Flüchtlingshilfen, Minderheitenvertretungen, Jugendverbänden und Frauen*bündnissen, bei Besuchen von Mooren und vielen weiteren.

SONSTIGE FUNKTIONEN UND MITGLIEDSCHAFTEN

Seit 2017 bin ich Teamerin in der gewerkschaftlichen Berufsschularbeit der DGB-Jugend. Außerdem bin ich Mitglied bei ver.di, NGG, AWO, NaturFreunde, Nabu, Earth Percent, Willy-Brandt-Center Jerusalem e.V., Obama Foundation Alumni's, Friedrich-Ebert-Stiftung e.V..

KONTAKT

Wahlkreisbüro Kiel
Europa-Eck
Weißenburgstraße 36, 24116 Kiel
0431 289 316 02
moin@delara-burkhardt.eu

Wahlkreisbüro Heide
Hamburger Str. 2, 25746 Heide
Bürozeiten: Jeden 2. und 4. Mittwoch
im Monat
moin@delara-burkhardt.eu

Büro im Europäischen Parlament in Brüssel
Rue Wiertz 60, 1047 Bruxelles;
Raum ASP12G169
+32 (0) 2 28 45672
delara.burkhardt@europarl.europa.eu

Im Internet:

- www.delara-burkhardt.eu
- facebook.com/delarabur
- instagram.com/delarabur
- youtube.com/user/Delara92
- tiktok.com/@delarabur



Kooperationspartner der SPD in Sachen Sicherheit im Norden



Sicherheitsdienst //
Personenschutz //
Objektschutz //
Detektei //

Magnum Security GmbH
Hutmacherring 6 // **23556 Lübeck**
0451 81668

www.magnum-security.de **info@magnum-security.de**



IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel

Verantwortlich: Nina Thielscher

Redaktion und Gestaltung: Till Fischer

Fotos (soweit nicht namentlich gekennzeichnet): SPD Landesverband Schleswig-Holstein

Druck: SCHOTTdruck, Bunsenstraße 8, 24145 Kiel

SPD-SCHLESWIG-HOLSTEIN.DE

IMAGE
P r o d u k t e **SPD**
 SHOP

**NEU
GIE
RIG?**



IMMER DAS RICHTIGE ... UND ALLES AUS EINER HAND

Vom Kugelschreiber über Plakate bis hin zu T-Shirts und Jacken!
Viele individualisierbare Produkte wie Visitenkarten, Flyer oder Postkarten.

Alles, was Ihr für Eure Parteiarbeit vor Ort braucht, findet Ihr hier:

SHOP. SPD.DE